

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 2. Juli 1917. Nr. 242.

München und Wien. Der Münchener Oberbürgermeister Dr. von Borscht hat an die Wiener Stadtvertretung nachstehendes Telegramm gerichtet: „In der festlichen Stunde, in der die Vertretung der Münchener Bürgerschaft Ihren geliebten Landesherrn und seine erlauchte Gemahlin hier willkommen heißen darf, gedenkt sie auch der alten schönen Reichshauptstadt an der Donau mit der herzlichen Sympathie, die München von jeher mit Wien verbunden hat. Die warme Zuneigung, die Seine Majestät Kaiser Karl der Stadt München entgegenbringt, die begeisterte Aufnahme, die das hohe Fürstenpaar bei der Münchener Bevölkerung gefunden hat, soll die Freundschaft zwischen München und Wien noch mehr befestigen. In diesem Gefühle der Zusammengehörigkeitsenden wir der Vertretung der Stadt Wien, an deren Blühen und Gedeihen wir den wärmsten Anteil nehmen, die herzlichsten Grüße.“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte: „Mit aufrichtiger Dankbarkeit haben wir die Nachricht von der herzlichen Aufnahme unseres geliebten Kaiserpaars in München vernommen und sind von Freude erfüllt über diesen liebevollen Empfang. Wir empfinden das unserem Landesfürsten in der bayrischen Hauptstadt bereitete Willkomm nicht nur als das Bekenntnis bundes- und waffenbrüderlichen Freundschaft, sondern auch als den Ausdruck der Bluts-genossenschaft, die ein gemeinsames Band um unser Volk schließt und in seinem Herzen den gleichen Pulsschlag pochen läßt von Jahrhundert zu Jahrhundert. Die österreichische Reichshaupt- und Residenzstadt grüßt in Treuen das bayrische Volk und seine Hauptstadt, das herrliche München!“

Wettbewerbe für Wiener Architekten. Das vom Stadtrate eingesetzte Preisgericht nahm unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Hierhammer die Zuerkennung der für die Wettbewerbe „Öffentliche Ankündigungssäule“ und „Befestigungsvorrichtung für Fahnen an den Schauseiten von Privat-Gebäuden“ vor. Für den ersten Wettbewerb waren 35 Entwürfe, für den letzteren 23 Entwürfe eingelangt. Die Preissträger des Wettbewerbes „Öffentliche Ankündigungssäule“ sind: Karl Hoffmann (Kennwort „Hait“), Robert Kalesa (Kennwort „Edelweiß“), Karl Krist (Kennwort „Erna“), Franz Novak (Kennwort „Säule“) und Emanuel Stwertnik (Kennwort „Mittwoch“).

Außerdem war vom Preisgerichte die vom Architekten Paul Ehrlich unter dem Kennworte „Mehr Licht“ überreichte Arbeit als eines Preises würdig erkannt worden, es konnte jedoch mit Rücksicht auf die klare Bestimmung der Wettbewerbsausschreibung, wonach nur selbständige Architekten mit Preisen bedacht werden können, eine Preiszuerkennung nicht erfolgen.

Die Preise für den Wettbewerb „Fahnenbefestigung“ wurden zuerkannt an: Wunibald Deininger (Kennwort „Wind“), Paul Gütl (Kennwort „Einfach I“), Franz Kaym (Kennwort „Akanthus“), Rudolf Krause (Kennwort „Aushängschild“) und Karl Krist (Kennwort „Erna“).

Hinsichtlich beider Wettbewerbe hat das Preisgericht von einer Reihung der einzelnen preisgekrönten Arbeiten abgesehen, weshalb die Preiszuerkennung in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Preissträger erfolgte.

Der Bürgermeister Ehrenmitglied der Gastwirte-Genossenschaft.

Die letzte Generalversammlung der Genossenschaft der Gastwirte in Wien hat einstimmig beschlossen, den Bürgermeister zum Zeichen des Dankes und der Anerkennung zum Ehrenmitglied zu ernennen. Die Ehrenurkunde wird heute dem Bürgermeister überreicht durch eine Abordnung bestehend aus dem Genossenschaftsvorsteher Penz, Vorsteher-Stellvertreter Glück, den Schriftführern Kirsch und Heinrich Rain, den Ausschußmitgliedern Hopfner, Hütter, Partik und Scholz sowie Genossenschaftskommissär Dr. Schwarz. In eingehender Rede würdigte Vorsteher Gemeinderat Penz die zahlreichen Verdienste des Bürgermeisters als Magistratsdirektor, Handelsminister und Bürgermeister um das Gastwirt-Gewerbe und dankte insbesondere dem Bürgermeister für seine Vermittlung bei der Hintanhaltung von Schädigungen, welche geeignet waren, die Gastwirte während des Krieges in Mitleidenschaft zu ziehen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte, er habe seitdem er im Dienste der Stadt Wien stehe, es für seine Pflicht gehalten, stets für den Gewerbestand einzutreten, den er als einen der wichtigsten Bestandteile der Großstadt betrachte. Auch während der Kriegszeit habe er sich bemüht, den Gastwirten in allen Ernährungsfragen zu helfen, er müsse aber betonen, daß die Machtmittel der Gemeinde bezüglich der Ernährung außerordentlich beschränkt sind und daß es vieler Bitten und Vorstellungen bei den Zentralen bedürfe, um etwas zu erreichen. Der Bürgermeister besichtigte dann mit Interesse die Ehrenurkunde, welche unter anderem auch ein Bild der Verleihung der Schankberechtigung an die Stadt Wien enthält, welche die Konzession für 38 Betriebe besitze.

Lieferung von Schuhen. Der Wiener Magistrat (Abteilung 11) benötigt 50.000 bis 80.000 Paar Schuhe mit Holzsohlen für Mittellose im kommenden Winter. Für die Lieferung wurde eine Offertverhandlung für den 10. Juli 10 Uhr vormittags im Büro des Obermagistratsrates Dr. Winkler im Neuen Rathause 5. Stiege, Parterre ausgeschrieben. Die Holzsohlen müssen benagelt und mit Absatzseisen versehen sein. Die Vergebung erfolgt auch in Teilmengen zu 20.000 bis 30.000 Paaren, die bis Ende Oktober d.J. benötigt werden ..

Ortsschulratswahlen. Bei der Samstag, den 30. Juni unter der Leitung des Altersvorsitzenden Jahn vorgenommenen Konstituierung des neugewählten Ortsschulrates des 4. Bezirkes (Funktionsperiode 1917 bis 1923) wurden der bisherige Obmann Gemeinderat Direktor Philp und der bisherige Obmann-Stellvertreter Bezirksvorsteher Charwat einstimmig wiedergewählt.

243

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Montag 2. Juli 1917 abends Nr 243

Die Genossenschaft der Wiener Gastwirte ersucht um
Aufnahme folgender Notiz:

Köhle für Gastwirte zu Kochzwecken. Den Mitgliedern der
Gastwirte-Genossenschaft wird von der Vorsteherung mitgeteilt:
Ueber Auftrag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten
haben zur Ermittlung des Gesamtbedarfes an Kohle und Koks die
Inhaber von Gastwirtschaften ihren unumgänglich notwendigen
Monatsbedarf an Kohle und Koks für Kochzwecke bekanntzugeben.
Es entsprechen daher die an die Genossenschaft eingelangten
Zuschriften, welche den Monatsbedarf für Koch-und Heizzwecke
beinhalten und in welchen gleichzeitig Bestellungen auf
Kohlenlieferung gemacht werden, nicht dem geforderten Nach-
weis. Es sind deshalb neuerliche Anmeldungen nur lautend auf
den monatlichen Bedarf an Kohle für Kochzwecke in Gewichts-
mengen von Meterzentnern mittels Karten unverzüglich der
Genossenschafts-Vorsteherung einzusenden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 3. Juli 1917. Nr. 244.

Erste Österreichische Sparkasse. Im Juni d. J. wurden bei der Ersten österreichischen Spar-Casse von 27.031 Parteien K 19,171.016 eingelegt, von 20.763 Parteien K 18,170.975 rückgezahlt. Der Einlagenstand belief sich Ende des Monats nach Zuschreibung der halbjährigen Zinsen auf 652,079.919 Kronen. Hypothekar-Darlehen wurden zur Zeichnung von Kriegsanleihe K 895.036 zugezählt, dagegen K 606.651 rückgezahlt. Ende des Monats betrug der Stand der Hypothekar-Darlehen K 327,314.916. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich am 30. Juni auf K 18,492.597 und an 60jährigen Pfandbriefen waren K 18,667.400 im Umlaufe. Wechsel wurden K 4,677.913 eskomptiert und K 5,221.732 einkassiert; der Stand des Wechsel- und Salinenportefeuilles betrug am 30. Juni K 46,237.591.

Wettbewerbe für Wiener Architekten. Von der Gemeinde Wien werden für in Wien ansässige, selbständige Architekten deutscher Volkszugehörigkeit die nachfolgenden Wettbewerbe ausgeschrieben:

- A) Wettbewerb für die baukünstlerische Ausgestaltung einer Schule auf der Schmelz. 5 Preise zu je K 2000.
- B) Wettbewerb für die künstlerische Ausgestaltung einer Blumenverkaufshalle etc. auf der Platzfläche vor der Sezession. 5 Preise zu je K 1000. Einreichungstermin 15. September 12 Uhr mittags. Die Einreichungsstelle für die Wettbewerbsarbeiten ist die Magistrats-Abteilung 22 im Neuen Rathaus, woselbst auch die ausführlichen Bestimmungen und Unterlagen für diese Wettbewerbe während der Amtsstunden erhältlich sind.

Neue Straßenbenennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Poyer beschlossen, die westliche Verlängerung der Hetzendorfer Straße bis zur Einmündung der Bergheidengasse in die Bezeichnung „Hetzendorfer Straße“ die südliche Verlängerung der Wattmangasse zwischen Fasangartengasse und Hetzendorfer Straße in die Bezeichnung „Wattmangasse“ und die nördliche Verlängerung der Bergheidengasse zwischen Hetzendorfer Straße und Fasangartengasse in die Bezeichnung „Bergheidengasse“ einzubeziehen.

Vorrückung von Lehrpersonen. Nach einem Antrage des StR. Tomola hat der Stadtrat ernannt: Wenzel Neugebauer zum Volksschullehrer 1. Klasse, Karoline Seifert und Marie Jerhot zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse, Josef Mitterstöger, Anton Stanzig, Johann Baumgartl, Rudolf Burkert und Eugen Koblitz zu Volksschullehrern 2. Klasse, Valerie Kravani, Marianne König, Stephanie Adler, Anna Viktoris, Elisabeth Risch, Hermine Preußler, Anna Hoyer und Leopoldine Hein zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

Gemeindevermittlungsämter. Im laufenden Monate finden bei den Gemeindevermittlungsämtern Mariahilf und Neubau an jedem Mittwoch, das ist also am 4., 11., 18. und 25. Juli um 10 Uhr vormittags Verhandlungen statt.

Eine Aktion des Stadtrates zur Versorgung mit Gemüse.

In seiner heutigen Sitzung beschäftigte sich der Stadtrat in eingehender Weise mit den gegenwärtig überaus ungünstigen Zufuhren von Gemüse auf die Wiener Märkte. Nach einer längeren Aussprache, an der sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Vizebürgermeister Hierhammer, die Stadträte Angermayer, Braun, Dechant, Grünbeck, Dr. Hein, Hötzel, Hohensinner, Körber, Knoll, Müller, Schwer, von Steiner und Wippel beteiligten, wurden als Ergebnis der Beratung folgende Entschlüsse gefaßt:

1. Die Gemeinde Wien spricht einen Teil der Produktion der Wiener Gärtner für sich an, um damit die Beschickung der Märkte sicherzustellen.
2. An die Regierung wird mit der strikten Forderung herangetreten, die nötigen Arbeitskräfte der Gärtner zu entheben und zu beurlauben.
3. Ueber Antrag des Stadtrates von Steiner: Es ist zu veranlassen, daß die angeforderten Gemüsemengen zur Versorgung der breiten Massen der Bevölkerung durch vom Magistrate zu bestellende Fachleute auf den offenen Märkten zur Verteilung kommen, und
4. Die Zufuhr von Lebensmitteln aller Art hat nicht durch Lastzüge sondern auf dem schnellsten Wege durch Personen- und Schnellzüge zu erfolgen.
5. Ueber Antrag des Stadtrates Dechant: Die Gemeinde Wien möge sich bei der Durchführung der geforderten Maßnahmen mit der Genossenschaftsvorstellung der Handels- und Gemüsegärtner ins Einvernehmen setzen, um ein möglichst fachgemäßes Vorgehen zu erzielen.

245

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 4. Juli 1917. Nr. 245.

Der amtliche Einkaufschein.

Von Magistratsrat Dr. J a m ö c k.

Ende dieser Woche beginnt die Ausgabe der amtlichen Einkaufscheine für die Mindestbemittelten, danach die für die übrigen Haushalte und Einzelpersonen. Die Einführung des amtlichen Einkaufsscheines, welcher sich als erweiterte und ausgebauta Familienkarte, die seinerzeit Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller angeregt hat, darstellt, bezweckt vor allem den Ausschluß von in Wien nicht sesshaften Personen beim Bezuge verschiedener Lebensmittel und Bedarfsartikel, eine Eindämmung des Anstellens, indem nur im Wohnbezirke und vom Scheininhaber eingekauft werden kann, und bietet gleichzeitig die Möglichkeit der Abgabe von Lebensmittel an die gesamte Bevölkerung oder auch nur eine oder mehrere Gruppen der Bevölkerung, welche als wirtschaftlich schwächer besonderer Obsorge bedürfen. Die Einkaufscheine enthalten Name, Beruf, Wohnort des Haushaltvorstandes bzw. der Einzelperson, ferner vorgedruckt die Anzahl der Personen des Haushaltes und zwar von 1 bis 7. Für Haushalte von 7 Personen bis 14 Personen werden 2 Einkaufscheine bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission ausgestellt, für solche über 14 Personen besondere Einkaufscheine in den Konskriptionsamts-Abteilungen der magistratischen Bezirksämter des Wohnbezirkes. Außerdem enthält die Karte noch den Stempel der Brotkommission, bzw. des Bezirksamtes und die Unterschrift des Ausstellers. Mitglieder von Konsumentenorganisationen sind verpflichtet, auf den Einkaufschein den Stempel ihrer Organisation aufdrucken zu lassen. An der rechten Seite des Stammes sind 40 Abteile eingetragen, deren jeder nebst der fortlaufenden Zahl immer die Zahl der Personen enthält, für welche der Schein ausgegeben wurde. Diese Abteile, welche vom Verkäufer abgetrennt werden müssen, bilden für die Behörde die genaue Kontrolle über die der Kopffzahl nach abzugebenden Artikel. Nehmen wir zum Beispiel an: Die Gemeinde Wien ist in der Lage pro Person ein Ei abzugeben. Vor Einführung der Einkaufscheine war eine Kontrolle der Händler nicht möglich. Auch die vielfach zur Aushilfe in Benützung gezogene Mehl- und Brotbezugskarte bildete nur die Kontrolle dafür, daß ihre Inhaber nicht mehr als einmal vom Bezugsrecht Gebrauch machen konnten; inwieweit sie jedoch Gebrauch gemacht haben und wieviel der Händler Artikel tatsächlich zur Abgabe brachte, konnte nicht überprüft werden. Dieser Uebelstand fällt durch Einführung des amtlichen Einkaufsscheines weg. Ein Haushalt von 6 Personen erhält auf Grund des amtlichen Einkaufsscheines gegen Abtrennung des entsprechenden Abschnittes 6 Eier. Der Abschnitt weist genau nach, daß 6 Eier zur Abgabe gelangt sind. Im Hinblick darauf, daß in Wien außerordentlich viele Konsumentenorganisationen bestehen, welche beinahe die Hälfte der Einwohnerschaft als Mitglieder umfassen und diese Organisationen den städtischen Abgabestellen gleichgehalten werden, ist es notwendig, daß deren Mitglieder durch Aufdruck des Stempels der Organisation gekennzeichnet werden, da die städtischen Abgabestellen an Mitglieder einer Konsumentenorganisation bestimmte Artikel nicht abgeben dürfen, umgekehrt wieder die Organisationen nur berechtigt sind, ihre Mitglieder zu beteiligen. Die amtlichen Einkaufscheine für die Mindestbemittelten enthalten überdies auf der linken Seite nebst 12 Abschnitten für den Bezug des „Wohlfahrtsfleisches“ den Raum für den Stempel der Fleischabgabestelle und ist daselbst auch der Fleischabgabetag ersichtlich gemacht. Dadurch, daß die Stellen zur Abgabe des Wohlfahrtsfleisches vermehrt und die Bezugsberechtigten nach verschiedenen Abgabtagen gleichmäßig verteilt werden, sowie dadurch, daß die Bezugsberechtigten

versichert sind, die gleichen Fleischmengen am Abgabtag wirklich zu erhalten, wird das Anstellen, das bisher stunden-, ja nächtelang währte, bis auf ein Minimum herabgemindert werden und dürfte nach kurzer Zeit ganz verschwinden. Die Einkaufscheine der Mindestbemittelten werden in grüner, blauer und brauner Farbe ausgestellt, während die Einkaufscheine der übrigen Haushalte in weißer Farbe gehalten sind. Einen Einkaufschein in grüner Farbe erhalten diejenigen Mindestbemittelten, deren Einkommen pro Kopf und Monat für die erwachsene Person nicht mehr als 40 K, für Kinder unter 14 Jahren nicht mehr als 25 Kronen beträgt. Für die blaue Karte stehen diese Zahlen im Verhältnis von 50 K zu 30 K, für die braunen von 80 K zu 50 K, wobei jedoch die Einschränkung gilt, daß Haushalte mit einem Gesamteinkommen von über 4000 K jährlich vom Erhalte der Einkaufscheine für Mindestbemittelte ausgeschlossen sind. Nehmen wir den Fall an, die Gemeinde Wien erhält ein bestimmtes Quantum eines Lebensmittel- oder Bedarfsartikels, so kann sie in diesem Falle als Bezugsberechtigte nur die Inhaber der grünen oder der grünen und blauen oder der grünen, blauen und braunen Einkaufscheine beteiligen. Sie kann auch Inhabern dieser Karten die Preise abstimmen und den Wenigstbemittelten sehr weit entgegenkommen, zu welchem Zwecke auch der Staat Beiträge leistet, während die Inhaber der weißen Scheine die normalen Preise zu zahlen haben. Die Ueberlassung des Einkaufsscheines oder des bezogenen Fleisches oder sonstiger Waren an andere Personen zieht neben der Strafe auch den Verlust der Begünstigung durch Einziehung des Mindestbemittelscheines nach sich.

Ueber die Zusammensetzung der Haushalte sind vielfach irrige Auffassungen vorhanden, namentlich über die Zahl der Haushalte mit einer größeren Anzahl von Personen. Es dürfte deshalb von Interesse sein, zu erfahren, daß derzeit 116.961 Haushalte mit 2 Personen, 116.720 Haushalte mit 3 Personen, 92.676 Haushalte mit 4 Personen, 60.706 Haushalte mit 5 Personen, 35.365 Haushalte mit 6, 18.678 Haushalte mit 7, 9469 Haushalte mit 8, 4458 Haushalte mit 9, 2153 Haushalte mit 10, 1003 Haushalte mit 11, 476 Haushalte mit 12 und 971 Haushalte mit mehr als 12 Personen in Wien bestehen. Die letzteren sind meist Haushalte mit gewerblichen Arbeitern und Lehrlingen und es kommen solche Haushalte mit über 100 Personen zum Beispiel bei größeren Hotels vor. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Haushaltungsdichte früher eine größere war und das Herabgehen durch die vielfachen Einrückungen seine natürliche Erklärung findet.

Die Ausgabe der amtlichen Einkaufscheine für Mindestbemittelte, die seinerzeit die vorgeschriebene Erklärung abgegeben haben, beginnt am 7. Juli und endet am 11. Juli und zwar findet sie für diese Haushalte und Einzelpersonen mit dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens

- A bis F am 7. Juli
- G bis K am 9. Juli
- L bis R am 10. Juli
- S bis Z am 11. Juli

statt. Haushaltungsvorstände und Einzelpersonen, mit welchen solche Erklärungen aufgenommen wurden und welche inzwischen den Wohnort gewechselt haben, haben vor dem Tage der Anmeldung sich unter Vorweisung des derzeitigen polizeilichen Meldezettels zur Brot- und Mehlkommission des Aufnahmsortes zu begeben und erhalten von dieser behufs Uebergabe an die zuständige Brot- und Mehlkommission das nötige Dokument.

Für die übrigen Haushalte und Einzelpersonen findet die Abgabe der weißen Einkaufscheine mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens für die Buchstaben

- A bis E am 12. Juli
- F bis H am 13. Juli
- I bis L am 14. Juli

- M bis Q am 16. Juli
- R, S, Sch am 17. Juli
- St bis Z am 18. Juli

statt.

Die Abgabe erfolgt immer in der Zeit von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags gegen Vorweisung der polizeilichen Meldezettel.

Eine Verordnung sowie 1 Exemplar der Einkaufscheine für Mindestbemittelte und andere Haushalte liegt bei.

Zufuhr von Gemüse auf die Märkte mittels Straßenbahn. Die Gemeinde Wien hat, um den Gärtnern den Besuch der Märkte zu erleichtern, seit 26. Juni einen nächtlichen Straßenbahnverkehr zur Beförderung von Gemüse von Kaiser Ebersdorf und Kagran zum Naschmarkt eingerichtet. Da bisher von demselben kein Gebrauch gemacht wurde, wird der Verkehr von heute an wieder eingestellt.

Umbau der Kahlenbergbahn. Der Kahlenbergbahn-Gesellschaft wurde im Jahre 1912 die Konzession zum Bau und Betrieb einer elektrischen Kleinbahn von Nußdorf auf das Plateau des Kahlenberges erteilt. Die Gesellschaft war verpflichtet, die Elektrifizierung der Zahnradbahn innerhalb zweier Jahre vorzunehmen. Die Frist wurde sodann bis zum Jahre 1917 erstreckt und da infolge der Kriegsereignisse der Umbau nicht möglich war, suchte die Gesellschaft um eine neuerliche Fristverlängerung an. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Stadtrates von Steiner die Frist bis zum Jahre 1920 zu erstrecken.

Errichtung eines Umsteigebahnhofes in Süßenbrunn. Der Stadtrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung nach einem Antrage des Stadtrates Wippel, eine Eingabe des Industriellen Klubs Favoriten an das Eisenbahnministerium wegen Ausgestaltung der Bahnverbindungsanlage in Süßenbrunn zu einem Personen-Umsteigebahnhofe am Schnittpunkte der Linien der Nord- und Ostbahn beim Eisenbahnministerium zu befürworten. Es wird aber hierbei betont, daß die Haltestelle Breitenlee nicht aufgelassen werden darf.

246
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Franz Mitzew,**
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 5. Juli 1917. Nr. 246.

Ueberreichung der Salvator-Medaille an Geheimen Hofrat Pieszczyk. In feierlicher Weise überreichte heute vormittags Bürgermeister Dr. Weiskirchner in seinem Empfangssalon dem Vorstand der deutschen Botschaftskanzlei Geheimen Hofrat Adolf Pieszczyk die diesem vom Gemeinderate verliehene große goldene Salvator-Medaille. Der Feier wohnten bei: Die Gemahlin des Ausgezeichneten, der deutsche Botschafter Graf Wedel mit den Mitgliedern der Botschaft Prinz zu Erbach-Schönberg, Graf Bernstorff, Prinz Heinrich Reuß, Hofrat Steinke und Geheimsekretär Hinz, in Vertretung der bayerischen Gesandtschaft der Geschäftsträger Freiherr von Hoffmann, in Vertretung der sächsischen Gesandtschaft Freiherr von Kassel, Sektionschef von Schlecht^{er} vom Ministerium des Aeußern, Polizeipräsident Gayer, Hofrat^{Dr. von} Révay vom kgl. ung. Ministerium, Hofrat Kaminsky vom Handels-Museum, der deutsche Reichsratsabgeordnete Major Frommer, Dr. v. Vivenot und Rechtsanwalt Dr. Adler vom deutschen Generalkonsulat, der Provinzial Pellerin und Superior Schumacher vom Orden der Trinitarier, Kammel vom Entomologen-Verein, die Schriftsteller Greiml, Bungers, Dr. Szeps, Regierungsrat Wilhelm und Dr. Leopold Mandl, Professor Grünberg, die Gemeinderäte Philp und Goldeband, Bezirksvorsteher kaiserlicher Rat Wieninger, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Präsidialvorstand Formanek, Marktamsdirektor Kommerzialrat Bauer, Oberstaatsbahnrat Dr. von Frankl-Hochwarth, Oberleutnant Kruse, Direktor Eicher von der Länderbank, Direktor Hainzheimler vom Wr. Bank-Verein, von Industriellen: Generaldirektor Schweisser (Bühler & Komp.), Fabrikant Wentzke, Direktor Hochstetter (Skodawerke), Baurat Ing. Krone (Krupp i.E.), Direktor Beyschlag, Direktor Gebhart, Fabrikant Dr. Herzel (Skodnica), Direktor Thomas, Fritz Rotter, Generaldirektor Hall, Direktor Knipschild, vom Verein der Bayern Bockhorni, Schmid, Hainzlmayr und Schneider, Vertreter der Vereine Niederwald und Teutoburg und des deutschen Erzieherinnenheims u.v.a.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt an den Ausgezeichneten eine Ansprache, in der er u.a. sagte: Es ist ein von unseren Vätern geübter Brauch, verdienten Männern den goldenen Ratspfennig als Ehrengabe zu überreichen. Durch das Gemeindegesezt ist dem Gemeinderate die Möglichkeit gegeben, die Salvator-Medaille in Gold ^{als} ~~als~~ Auszeichnung zu verleihen und auf diese Weise haben wir die Möglichkeit, unserer Dankbarkeit und Anerkennung gegenüber verdienten Männern Ausdruck zu verleihen. Die heutige Ueberreichung dieser Auszeichnung gibt uns die erwünschte Gelegenheit, Ihnen auch persönlich den Dank des Bürgermeisters und der Gemeindevertretung für Ihr edles und unentwegtes Wirken zum Ausdruck zu bringen. Unter 7 kaiserlich deutschen Botschaftern haben Sie die vornehme Tradition der Beziehungen zwischen kaiserlich deutscher Botschaft und Stadtverwaltung gepflegt, ich danke Ihnen für Ihr stets Entgegenkommen gegenüber der Gemeindeverwaltung, aber auch für Ihr soziales, charitatives Wirken im deutschen Hilfsvereine. Die Medaille trägt das Bild des Erlösers, der uns die reine Nächstenliebe lehrte. Diese ist auch in diesen Zeiten, da haßerfüllte Gegner gegen uns ankämpfen, in deutschen Landen zu voller Blüte gelangt. Der Haß wird entgegnet durch die Liebe, welche uns befähigt, Hunderttausenden zu helfen und ungezählte Tränen zu trocknen. Möge die Medaille Ihrer Familie Glück bringen, mögen Sie in der Auszeichnung eine Anerkennung für Ihr bisheriges Wirken sehen. Ich will Sie Ihrer Ge-

burtstadt nicht wegnehmen, aber ich darf wohl sagen, daß Sie, sehr geehrter Herr Hofrat, der Unsrige sind. Ich beglückwünsche Sie herzlichst!
Herr Friedl vom Verein Niederwald dankt dem Bürgermeister, daß er den Vertretern des Vereines Gelegenheit gegeben habe, heute hier zu erscheinen und dem allverehrten Herrn Geheimen Hofrat den herzlichsten und ergebensten Dank des Vereines auszusprechen. Den hier lebenden Reichsdeutschen, denen schon in der Jugend die Stadt Wien als Zaubergerilde und holdes Märchen vorschwebte, ist diese Stadt zur zweiten Heimat geworden und die Nibelungentreue möge auch weiter den Weg erhellen, auf dem Reichsdeutsche und Oesterreicher vereint gemeinsam vorwärtzuschreiten haben.

Namens des Vereines der Bayern beglückwünschte der Obmann Bockhorni den Ausgezeichneten, welcher Ehrenmitglied des Vereines ist. Auch die Bayern verehren in Hofrat Pieszczyk einen geraden deutschen Mann, in welchem die Tugenden des deutschen Volkes sich glücklich vereinigen. Möge dem Ausgezeichneten wie uns allen ein baldiger siegreicher Friede beschieden sein und möge der Herr Geheime Hofrat noch viele Jahre in körperlicher Kräftigkeit und mit dem Herzen voll Jugend für die Vertreter des Deutschen Reiches wirken.

Hofrat Pieszczyk erwiderte: Für die mir seitens der Stadt Wien zuteilgewordene hohe Auszeichnung bitte ich Euer Exzellenz meinen herzlichsten und ergebensten Dank entgegenzunehmen. Diese Auszeichnung erfüllt mich mit stolzer Freude. Darf ich doch in ihr den mich beglückenden Beweis erblicken, daß es mir während meines 40jährigen Aufenthaltes in der herrlichen Kaiserstadt an der Donau, die mir und meiner Familie eine zweite Heimat geworden ist, in meinem bescheidenen Wirkungskreis vergönnt war, das Wohlwollen und die freundschaftliche Gesinnung der Wiener Bürgerschaft zu gewinnen. Empfangen Sie die Versicherung, daß mir der heutige Tag unvergeßlich bleiben wird und daß ich und die Meinen dieses Ehrenzeichen in dankbarem Gedächtnisse an Euer Exzellenz gütige Worte und das Wohlwollen der Wiener Bürgerschaft als wahres Familienkleinod treu bewahren werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte allen für ihre Anwesenheit bei der heutigen Feier und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die beiden Monarchen.

Städtisches Wohlfahrtsamt. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat sich auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge schon seit Jahren über den Rahmen ihrer gesetzlichen Pflichten hinaus in mannigfacher Weise betätigt. Durch den Krieg und seine Folgen wird es notwendig sein, in dieser Richtung noch weiter zu gehen. Der Bürgermeister hat daher die Errichtung eines eigenen städtischen Wohlfahrtsamtes angeordnet, dessen besondere Aufgabe darin bestehen wird, die Pflege neuer Zweige der städtischen sozialen Fürsorge einzuleiten. Das neue Amt wird sich mit allen jenen Fragen der Sozialfürsorge zu befassen haben, die nicht bereits in den Wirkungskreis des städtischen Wohnungsamtes, des städtischen Jugendamtes, des städtischen Arbeiterfürsorgeamtes und der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide und der für die Sozialhygiene bestehende Stelle gehören. Insbesondere wird ihm auch das fortlaufende Studium aller jener Neuerungen auf sozialpolitischem Gebiete obliegen, die für die Gemeindeverwaltung von Interesse sind; Zur Beiraterstattung hierüber sind die „Blätter für das Armenwesen der Stadt Wien“ bestimmt, die infolge dessen zu Blättern „für das Wohlfahrts- und Armenwesen der Stadt Wien“ ausgestaltet werden sollen. Dem Amte ist schließlich auch die Einrichtung und Leitung von Kursen zur weiteren Ausbildung der städtischen Beamten für den sozialpolitischen Dienst übertragen; diese Kurse wollen auch privaten Körperschaften für ihre Mitglieder oder Angestellten zugänglich sein. Das neue Amt wird die Bezeichnung „Magistratsabteilung XI c - städtisches Wohlfahrtsamt“ führen, den Sitz im neuen Rathaus haben und schon in den nächsten Tagen seine Tätigkeit beginnen. Zum

Vorstande des städtischen Wohlfahrtsamtes wurde vom Bürgermeister der Magistrats-Sekretär Dr. Rudolf Hornek bestellt, welcher seit 13 Jahren die Schriftleitung der „Blätter für das Armenwesen“ inne hat und in den letzten Jahren eine Reihe von Druckschriften über Arbeitslosenversicherung, Kriegsfürsorge, Militärversorgung und über den staatlichen Unterhaltsbeitrag veröffentlicht hat.

Städtische Straßenbahnen. Vom 13. d.M. angefangen werden Abonnement-Karten für das Tarifgebiet 2 der städtischen Straßenbahnen nur mehr mit Giltigkeit bis 31. Juli 1917 ausgegeben.

Fleischabgabe für die Minderbemittelten. Vom 9. Juli angefangen wird das Wohlfahrtsfleisch zum Preise von K 3,80 per Kilogramm nur gegen Vorweisung des grünen, blauen oder braunen amtlichen Einkaufscheines für Mindestbemittelte und gegen Abtrennung des jeweils gültigen Wochenabschnittes (beginnend mit dem Buchstaben A) durch den Verkäufer in Abgabestellen der Großschlachtereien zum Verkaufe gelangen. Die Abgabestellen, zusammen 50, dürfen nur an Bewohner ihres Bezirkes Fleisch abgeben. Der Abgabetag ist auf dem Einkaufscheine ersichtlich. Die abzugebende Fleischmenge wird jeweils besonders verlautbart. Für die mit 8. Juli beginnende Woche beträgt sie für Inhaber von Scheinen bis einschließlich 3 Personen ein halbes Kilo, 4 Personen und darüber 1 Kilo. Die Mindestbemittelten, welche am Samstag, den 7. d.M. ihren Einkaufschein erhalten werden (Buchstaben A bis F) werden Montag zum Einkaufe schreiten. Jene, welche Montag, den Schein erhalten (G bis K) können am Mittwoch einkaufen, die am Dienstag den Schein erhalten (L bis R) am Donnerstag und die am Mittwoch den Schein erhalten (S bis Z) können am Samstag einkaufen. An den fleischlosen Tagen Dienstag und Freitag wird kein Fleisch abgegeben. Die Ueberlassung des Einkaufscheines oder des bezogenen Fleisches an andere Personen wird nebst sonstiger Strafe mit Entziehung der Begünstigung des verbilligten Bezuges geahndet. Jeder Bezugsberechtigte wähle sich die im Wohnbezirke der dem Wohnort zunächst gelegenen Abgabestelle. Beim Ersteinkaufe wird der Einkaufschein mit dem Stempel der Abgabestelle versehen und kann Fleisch nurmehr an dieser Abgabestelle bezogen werden. Da jeder Bezugsberechtigter die verlautbarte Menge am Abgabetege innerhalb der Abgabezeit erhält, ist ein Anstellen nicht nötig. Abgabezeit von 1/4 7 Uhr früh bis 1/2 12 Uhr mittags.

Anmeldung des Heu- und Strohbedarfes. Gemäß der Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 29. Mai d.J. zufolge der die Ernte des Jahres 1917 an Heu und Stroh beschlagnahmt wurde, haben die Verbraucher ihren bis zur nächsten Heu- und Strohernte nicht aus eigener Fechtung gedeckten Bedarf an Heu und Stroh bis längstens 1. August 1917 bei der Gemeinde anzumelden. Nähere Mitteilungen über die Form und den Vorgang bei der Anmeldung im Gemeindegebiet Wien werden in den nächsten Tagen verlautbart werden.

Fahrbegünstigung für Kinder. Im Verlaufe der Aussprache über die Erhöhung der Straßenbahntarife im Gemeinderate hatte Gemeinderat Kunschak einen Antrag gestellt, daß den Familien bei Sonntagsausflügen Begünstigungen auf der Straßenbahn gewährt werden. In Erledigung dieses Antrages beschloß heute der Stadtrat nach einem Antrage des VB. Hoß den Kinderfahrpreis an Sonn- und Feiertagen auf 12 Heller zu belassen.

ad H. 246. + 57.917

Zulagen an Pensionisten. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß, den städtischen Angestellten, die im Genusse von Ruhe- und Versorgungsgenüssen stehen, zu den Kriegszulagen, die mit Beschluß vom 4. Jänner 1917 bewilligt wurden, soweit der jährliche Ruhegenuß 4000 K und die jährlichen Gesamtversorgungsgenüsse 3000 K nicht übersteigen, einen einmaligen mit dem Augustbezüge auszuzahlenden außerordentlichen Zuschuß von 100 K als Aushilfe bewilligt. Das voraussichtliche Erfordernis wird ungefähr 650.000 K erreichen.

Zulagen für Familien der Eingerückten. Nach einem Antrage des Stadtrates Spalowsky / beschloß der Stadtrat / den Familien der eingerückten städtischen Beamten, Lehrer und Angestellten eine einmalige außerordentliche Aushilfe von 50 Kronen sowie 10 K für jedes Kind zu bewilligen. Für diese Aushilfe ist ein Gesamtaufwand von 700.000 Kronen erforderlich.

Aus dem Stadtrate. (Sitzung vom 5. Juli.) Nach einem Antrage des Stadtrates Tomola wird der Ankauf des Buches über die österreichischen Abteien und Propsteien „Die Stiftsherren“ von Friedrich Reischl für die Bezirkslehrer- und Lokallehrerbibliotheken in den Schulen beschlossen. - Nach einem Antrage des Stadtrates Heindl werden für die Behebung eines Rohrgebrechens in der Schottengasse im 1. Bezirk 19.900 K bewilligt, - Stadtrat Dechant beantragt die Abteilung von Liegenschaften im 18. Bezirk Pötzleinsdorf an der Höhne- und Hockegasse auf 14 Baustellen. (Ang.) - Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer wird der Polizeidirektion Wien ein Betrag von 6000 Kronen zur Verteilung an jene Sicherheitwachmänner zur Verfügung gestellt, die sich bei Lebensrettungen und Hilfeleistungen im Jahre 1916 besonders verdient gemacht haben. - Nach einem Antrage des Stadtrates Schneider wird für die Erneuerung der Abzweigung Kinderspitalgasse Gleis 2 zum inneren Hernalser Gürtel ein Betrag von 13.700 K bewilligt. - StR. Wippel beantragt die Erwerbung von Gründen in Oberlaa Stadt im Ausmaße von 5061 Quadratmeter um den Einheitspreis von K 2,78 per Quadratmeter. (Ang.)

Obmännerkonferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister fand heute eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt. Vizebürgermeister Hög berichtete über verschiedene Gegenstände, die auf der Tagesordnung der morgigen Gemeinderatssitzung stehen. Der Bürgermeister teilte hierauf mit, daß über Aufforderung der Regierung die zur Behebung der Kohlenknappheit eingesetzte Kohlenversorgungskommission der Gemeinde Wien zu einer ständigen Einrichtung auszugestaltet sei, in welcher die verschiedenen Interessengruppen vertreten sein sollen. Dem Vorschlage des Bürgermeisters, daß die Vertreter der Gemeinderatsparteien als Mitglieder dieser Kommission beizuziehen sind, stimmte die Obmännerkonferenz zu.

Magistratsrat Dr. Jamöck berichtete über die Einführung eines amtlichen Einkaufscheines für den Bezug von Lebensmitteln und Bedarfsartikel.

Dr. Roskopf berichtete über die Mehlversorgung der Stadt Wien.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete sodann über die Bemühungen der Gemeinde, vorjährige Kartoffel zu erlangen und bemerkte, daß sie bisher leider vergebens waren. Er besprach ~~weiter~~ die Vorkahrungen für die Beschaffung von Frühkartoffeln und Spätkartoffeln der heurigen Ernte und die Grundzüge der Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln überhaupt.

Bei der Erörterung über den jetzigen Stand der Beschickung der Märkte mit Gemüse gab er zunächst einen allgemeinen Ueberblick über die derzeitigen Verhältnisse, wies auf die Ursachen der geringen Beschickung hin, zählte die Maßnahmen auf, um eine bessere Beschickung in der nächsten Zeit zu ermöglichen und erwähnte, daß die Gemeinde Wien nach Möglichkeit getrachtet habe, durch Lieferungsverträge zur besseren Versorgung der Stadt Wien mit Gemüse beizutragen. Er gab bei dieser Gelegenheit eine interessante statistische Zusammenstellung zum Vergleich der Gesamtzufuhren von Gemüse auf die Wiener Märkte. Im Juni 1914 kamen 159.995 Meterzentner, im Juni 1916 70.501 Meterzentner und im Juni 1917 nur mehr 50.438 Meterzentner Gemüse auf die Märkte. Von den Wiener Gärtnern ~~und~~ jenen der Umgebung wurden die Märkte im Juni 1914 mit 95.970 Meterzentner, im Juni 1916 mit ~~56.649~~ 56.649 Meterzentner und im Juni 1917 nur mehr mit 11.716 Meterzentner Gemüse beschickt. Magistratsrat Dr. Ehrenberg besprach die Ursachen dieser außerordentlichen Verminderung und die Maßnahmen, die in Erwägung stehen, um eine Besserung auf diesem Gebiete herbeizuführen.

8
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur **Franz Michler,**
Wien, I. Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 6. Juli 1917. Nr. 248.

Unberechtigtes Abholen von Syphonflaschen. Der Vorsteher der Genossenschaft der konzessionierten Erzeuger kohlensaurer Getränke gibt bekannt, daß sich Unberufene als Vertreter der Metall-Zentrale oder des Kriegsministeriums ausgeben und unberechtigter Weise Syphonflaschen abholen. Es wird ersucht, diese Leute anzuhalten und der Polizei zu übergeben, da sie Schwindler sind.

Armenlotterie. Die Gemeinde Wien wird auch im Jahre 1918 eine Lotterie zu Gunsten der Armen der Stadt Wien veranstalten. Ausgegeben werden 500.000 Lose. Die Lotterie wird mit 5950 Treffern, darunter 23 Geldtreffern, im Gesamtwerte von 200.000 Kronen ausgestattet werden. Die Ziehung wird wieder Faschingdienstag (12. Februar 1918) stattfinden. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrage des Stadtrates Wessely die bezüglichen Bestimmungen.

Bau von Kleinwohnungshäusern. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrage des Stadtrates Zatzka die Anordnung von zwei Straßenhöfen anlässlich der Erbauung von 8 Häusern mit Kleinwohnungen in Baumgarten nächst der Pfaffenbergen- und Pachmannngasse.

Vorrückung von Lehrpersonen. Nach einem Antrage des StR. Tomola hat der Stadtrat die Volksschullehrerin 2. Klasse Marie Gillinger zur Volksschullehrerin 1. Klasse und die provisorischen Lehrerinnen 2. Klasse Marie Kotulan, Josefa Seichter und Isabella Marzy zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse ernannt.

W I E N E R G E M E I N D E R A T.

Sitzung vom 6. Juli 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. **Weiskirchner** macht folgende Mitteilungen:

Die G. Roth Aktiengesellschaft hat dem Kommando der städtischen Feuerwehr anlässlich der Hilfeleistung bei einem Brande den Dank ausgesprochen und einen Betrag von 1000 Kronen für den Mannschaftsfonds gespendet.

Richard Hock spendet 500 K, Josef Pravda 100 Kronen für die Armen Wiens.

Generalstabsarzt Dr. Anton Stanzl hat ein Oelgemälde von Berta Rohrwasser für die städtischen Sammlungen letztwillig vermacht, Direktor-Witwe Hedwig Sacher hat Drucke und Handschriften aus dem Nachlasse ihres Gatten für die städt. Sammlungen gespendet.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner** führt hierauf aus:

Wie dem Gemeinderate bekannt ist, habe ich schon im Jahre 1913 den Entwurf der neuen Bauordnung der Regierung behufs Vorbereitung ihrer Stellungnahme bei der Beratung des Entwurfes im n.-ö. Landtage zur Kenntnis gebracht. Vor einigen Tagen ist mir nun folgender Erlaß des k.k. Statthalters zugekommen: „Ueber Erlaß des k.k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 13. Juni 1917 werden nach Abschluß der interministeriellen Verhandlungen über den Stadtratsentwurf einer neuen Bauordnung für die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 10 Exemplare der Bemerkungen zu diesem Entwurfe mit der Einladung übermittelt, das Erforderliche zu veranlassen, damit der Entwurf im Sinne der Stellungnahme

der Regierung einer durchgreifenden Revision unterzogen werde. Im Interesse eines möglichst raschen Zustandekommens der neuen Bauordnung wird es sich empfehlen, den ungearbeiteten Entwurf noch vor dessen Behandlung im Gemeinderate behufs Vorlage an das genannte Ministerium hierher gelangen zu lassen.“

Ich habe diese Bemerkungen, die sich in eingehendster Weise - auf 137 Seiten - mit dem Entwurfe kritisch befassen und nicht nur gegen zahlreiche Einzelheiten sondern auch gegen gewisse grundsätzliche Bestimmungen des Entwurfes wenden, dem Magistrate zur ehesten Berichterstattung zugewiesen und glaube, daß es am zweckmäßigsten sein wird, wenn nach Erstattung dieses Berichtes ein aus allen Parteien des Gemeinderates zusammengesetzter Ausschuss die Umarbeitung des Entwurfes in die Hand nimmt. Dieser hätte sofort an die Arbeit zu schreiben und mit Unterstützung der technischen und juristischen Vertreter des Magistrates über die Sommermonate ein Elaborat fertigzustellen, so daß wir im September sofort mit der Beratung im Gemeinderate beginnen werden. Ich erlaube mir die Einsetzung eines 18 gliedrigen Ausschusses vorzuschlagen, welcher bereits heute gewählt werden soll. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich keine Einwendung, ich erkläre ihn daher für angenommen; die Wahl wird in der heutigen Sitzung erfolgen.

Das städtische Jugendamt legt folgenden Bericht vor: Das Ansuchen des Bürgermeisters an das Obersthofmeisteramt vom 10. Mai d.J. um Ueberlassung von Spielwiesen im Vorpark von Schönbrunn hat das Obersthofmeisteramt mit 23. Mai d.J. dahin erledigt, daß die Rasenflächen des Schönbrunner Vorparkes nach der Heuernte gegen jederzeitigen Widerruf für die Dauer des Krieges zu Zwecken des Jugendspieles verwendet werden dürfen. Am 30. Mai fand der erste Lokalaugenschein statt, bei welchem 2 Wiesen ausgewählt und für die Aufstellung einer Spielhütte und der Abortanlagen unverbindlich der Platz bestimmt und die Legung des Kanales, eines Wasserrohres und der hierzu notwendigen Erdbewegungen im Parke im Beisein des Vertreters der Hofgardendirektion vorgeschlagen wurden. Die Kosten hiefür hätte die Gemeinde zu tragen. Das Bauamt wurde mit der Vorlage der Kostenvoranschläge beauftragt.

Der Bürgermeister fügt hinzu: Ich habe nämlich an das Obersthofmeisteramt das Ersuchen gestellt, mit Rücksicht auf die dichtbevölkerten Bezirke 13, 14 und 15 in der Nähe dieser Bezirke einen Spielplatz zu widmen. Diesem Ansuchen wurde Folge gegeben und wir sind für diesen neuen Beweis der Fürsorge sehr dankbar. (Lebhafter Beifall.) Diese Spielwiesen würden bereits in nächster Zeit zur Benützung gelangen können. GR. **Stein** hat eine Interpellation eingebracht, welche sich mit internen Angelegenheiten der deutsch-Freiheitlichen Partei befasst. Ich bin der Meinung, dass das Plenum des Gemeinderates nicht der Ort ist, wo diverse Streitigkeiten zwischen Gemeinderat Stein und Parteigenossen zur Austragung kommen. Ich lehne daher die Verlesung und die Beantwortung dieser Interpellation ab.

GR. **Schäfer** weist in einer Anfrage auf den Uebelstand hin, dass seit 3 Wochen keine galizischen Eier am Markte sind, und ersucht den Bürgermeister im Interesse der Bevölkerung beim Ernährungsminister zu intervenieren, die Märkte in Zukunft wieder mit Eier zu beschicken. Es sei eigentümlich, dass gerade in dieser Zeit, in der Eier genügend vorhanden sind, sie der Bevölkerung vorenthalten werden.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner** erwidert:

Die Aufbringung und Versendung der Eier aus Galizien ist vollständig zentralisiert und von der Regierung der galizischen Eier- und Geflügelgenossenschaft in Krakau übertragen, welche Genossenschaft somit allein die erforderlichen Ausfuhrbewilligungen seitens der k.k. galizischen Statthalterei erhält.

Die Eierzufuhren seitens dieser Genossenschaft nach Wien waren vom März diesen Jahres an durchwegs befriedigend und wurden wöchentlich bis zu 2000 Kisten im Wege der Händlerschaft dem Wiener Konsum zugeführt. Seit Anfang Juni sind diese Eiersendungen bedeutend zurückgegangen und in der vorigen Woche auf 80 Kisten gesunken. In dieser Woche haben sich die Zufuhren etwas verbessert.

Die Gemeindeverwaltung hat schon vor einiger Zeit beim k.k. Amte für Volksernährung auf dieses Sinken der Zufuhren aufmerksam gemacht. Nach den Mitteilungen dieses Amtes ist in ungefähr 14 Tagen eine Besserung der Eierzufuhren und zwar sowohl aus Galizien als auch aus Ungarn in Aussicht gestellt worden.

Bgm. Dr. **Weiskirchner**: Eine Gewährleistung übernehme ich nicht dafür.

GR. **Schäfer** stellt folgende Anfrage:

Im Namen sämtlicher Etablissementbesitzer im Prater/allerEtablissements und in Wien, sowie auch aller Kaffee- und Gasthausinhaber bitte ich Herrn Bürgermeister während der Sommerszeit die Sperrstunde für Gastwirte und Cafetier um eine Stunde später zu verlegen. Besonders übel trifft die jetzige frühe Sperrstunde alle Sommergeschäfte Wiens. Die Bitte liegt auch im Interesse der ganzen Wiener Bevölkerung, welche nach des Tages Mühen und Sorgen, besonders in diesen abnormal heißen Tagen das Bedürfnis hat, sich in frischer, freier Luft ein wenig zu erholen.

Ausserdem ist das steuerliche Interesse des Staates daran in grossem Masse beteiligt, dass diese Betriebe voll und ganz in der jetzigen schweren Zeit aufrecht erhalten werden können. Seit 1. ds.Mts. hat das ungarische Ministerium die allgemeine Sperrstunde für das Gast- und Kaffeehausgewerbe auf 1 Uhr verlegt.

Bgm. Dr. **Weiskirchner**: Ich werde diese Anfrage dem Statthalter überreichen.

GR. **Schäfer** stellt eine ausführlich begründete Anfrage über die Regelung der Bezüge der Sicherheitswache.

Bgm. Dr. **Weiskirchner**: Ich wünsche gewiss, dass der Sicherheitswache, die einen sehr angestregten und verantwortungsvollen Dienst versieht, die grösstmögliche Förderung ihrer materiellen Bezüge zuteil werde. Ich kann aber nichts anderes tun, als diese Anfrage dem Polizeipräsidenten für die thunlichste Berücksichtigung zu überreichen.

Gemeinderat **Partik** macht in einer Anfrage aufmerksam, daß kürzlich die Steueradministration für den 21. Bezirk mit jener für den 2. und 20. Bezirk vereinigt wurde. Es sei ferner beabsichtigt, die Steueradministration für den 8. und 9. Bezirk mit jener für den 6. und 7. Bezirk zusammenzulegen. Hiedurch entstehen neue Uebelstände im Verkehr der Parteien mit der Steueradministration. Es wird gefragt, was der Bürgermeister zu tun gedenke, um die Nachteile der Zusammenlegung mehrerer Steueradministrationen von der ohnehin schon hart bedrängten Bevölkerung abzulenken.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner** erwidert: Die vorliegende Beschwerde des Antragstellers finde ich vollständig berechtigt. Schon seit einer Reihe von Jahren wird wiederholt der lebhafteste Wunsch der Bevölkerung nach Vermehrung der k.k. Steueradministrationen in Wien laut. Auch der Gemeinderat hat sich schon in seiner Sitzung vom 19. Oktober 1906 mit dieser Frage beschäftigt und eine Petition an den damaligen Finanzminister gerichtet, in welcher unter Hinweis auf das wiederholt zutage getretene, in verschiedenen Anträgen der autonomen Vertretungen laut gewordene oder sonst notorische Bedürfnis der Steuerträger einerseits und auf die in Frage kommenden dienstlichen Interessen der k.k. Steueradministrationen und der städtischen Ämter, endlich unter Hinweis auf die mit großen Opfern der Gemeinde im Interesse des steuerzahlenden Publikums vollzogene weitestgehende Dezentralisierung der städtischen

Aemter gebeten wurde, die k.k. Steueradministrationen in Wien derart zu vermehren, daß auf jeden Gemeindebezirk eine eigene Steueradministration mit dem Amtssitze im Bezirke und zwar womöglich in der nächsten Nähe des betreffenden städtischen Amtes, entfällt. Diesem Wunsche ist bisher nicht Rechnung getragen worden; umso härter trifft es daher die Bevölkerung, wenn im Gegenteil noch eine weitere Verminderung von Steueradministrationen eintreten soll. Ich habe bereits, als mir die Absicht von den Zentralisationsbestrebungen der k.k. Steuerbehörde mitgeteilt wurde, beim Leiter des Finanzministeriums gegen diese Maßregel telegraphisch Einspruch erhoben und erwarte, daß dem berechtigten Verlangen der Gemeinde im Interesse des steuerzahlenden Publikums auch entsprochen wird. Ich werde übrigens die vorliegende Anfrage dem Leiter des Finanzministeriums übermitteln und überdies noch persönlich vorsprechen. und werde ihm noch sagen: Kriegsanleihe zeichnen, hohe Steuern zahlen und noch Erschwernisse in der Art der Durchführung, das ist zu viel!

GR. Josef Müller stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, sich mit dem Landesverteidigungsministerium ins Einvernehmen zu setzen, damit alle Lebensmittelproduzenten, Milchmeier, Gärtner, Fleischhauer, Fleischhauer, Bäcker und sonstige Gewerbetreibende, die im Approvisionnement arbeiten und zur Produktion sowie Beschaffung von Lebensmitteln dringend notwendig sind, unbedingt enthoben werden, damit die Lebensmittelversorgung Wiens leichter ermöglicht wird?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist zweifellos eine große Härte darin gelegen, daß Gewerbetreibende, die mit der Approvisionierung befaßt sind, einberufen werden und zwar Milchmeier, Gärtner, u.a. Ich werde dem Wunsche des Interpellanten entsprechen und in erster Linie dafür den Minister Höfer vom Volksernährungsamt interessieren und ihn bitten, er möge sich mit mir beim Landesverteidigungsminister nachdrücklich für die Erfüllung einsetzen. Es heißt immer, wir sollen durchhalten, es muß uns aber auch die Möglichkeit gegeben werden, durchzuhalten und dazu gehört, daß die Approvisionierungsgewerbetreibenden im Hinterland ihre Tätigkeit im Interesse der Verbraucher ausüben können.

GR. Stein stellt folgende Anfrage: Der Bürgermeister hat seit Kriegsbeginn eine Obmännerkonferenz eingesetzt, welche weder im Gemeindestatut vorgesehen ist, noch dem von ihr in Anspruch genommenen Tätigkeitsgebiet zufolge der geltenden parlamentarischen Auffassung von der begrenzten Kompetenz einer wirklichen Obmänner-Konferenz entspricht.

Schon der Zahl der Teilnehmer nach, liegt hier vielmehr die Bildung eines Parteienrats, oder besser gesagt, eines Wohlfahrtsausschusses vor, welcher vielfach in die Agenden des Gemeinderates eingreift, und dessen Befugnisse vorwegnimmt. Während die Art der Beschickung der Obmänner-Konferenz durch die christlichsoziale Partei und die Sozialdemokraten doch noch nach der Berufsart ihrer Vertreter als wirkliche Vertretung der Wählerschaft angesehen werden kann, ist dies bei dem fortschrittlichen Parteienverband durchaus nicht der Fall. Die sozialwirtschaftliche Schichtung der Wählerschaft, die fachliche Eignung der in die Konferenz entsandten Teilnehmer sind total unberücksichtigt geblieben. Die Abordnung des fortschrittlichen Parteiverbandes, bestehend aus 3 doctores iuris läßt viel eher auf eine Deputation aus der Advokatenkammer schließen, als auf die politische Vertretung einer Wählerschaft, deren überwiegender Großteil Kaufleute und Industrielle sind, eine Tatsache, welche die Zusammensetzung dieser Delegation als einen Faustschlag ins Gesicht ihrer Wähler erscheinen läßt.

So kann es nicht Wunder nehmen, daß die Erfolge der hauptsächlich mit der Approvisionierungs- und Kohlen-Misère befaßten Obmänner-Konferenz hauptsächlich an den Knopflöchern der fortschrittlichen Partei-Vertreter

sichtbar in die Rechnung traten. Neben dem mangelnden Erfolg in diesen in das Leben der Bevölkerung so tief einschneidenden Fragen, ist der letzte Grund für die Existenzberechtigung dieser Obmänner-Konferenz die Nichttagung des Gemeinderates längst in Wegfall gekommen.

Aus allen diesen Erwägungen stelle ich die Interpellation:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Tätigkeit der Obmänner-Konferenz auf die hergebrachte parlamentarische Kompetenz, d. i. die Vereinbarung von Sitzungen und Tagesordnungen, und deren Zusammensetzung auf die wirklichen Obmänner der Parteien, unter dem Vorsitze des Herrn Bürgermeisters zu beschränken?
2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Agenden der Approvisionierung und Kohlenbeschaffung den hierfür bestehenden Ausschüssen zuzuweisen, und dieselben, mit Rücksicht auf eingetretene Vakanzen, durch Neuwahlen zu ersetzen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Obmännerkonferenz ist von mir zu Beginn des Krieges geschaffen worden, ohne daß eine statutarische Grundlage dafür vorhanden war. Sie hat sich aber außerordentlich bewährt, und hat dazu beigetragen, daß der Gemeinderat einig war bei der Durchführung großartiger Maßnahmen im Interesse der gesamten Bevölkerung. Ihr Weiterbestand ist insbesondere von großem Wert für die Vorberatung jener Geschäftsstücke, für deren Erledigung ein taktisch einig Vorgehen sämtlicher Gemeinderatsparteien notwendig ist. Obwohl Gemeinderat Stein nicht in der Obmännerkonferenz sich befindet, so hat sie sich trotzdem bewährt. Was die Ausschüsse anbelangt, da kann ich nur mitteilen, daß über Verordnung der Regierung ein eigener Bezirkswirtschaftsrat mit einer gewissen Kompetenzumschreibung gebildet wurde. Ueber Auftrag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten wird jetzt eine eigene Kohlenversorgungskommission ins Leben gerufen, in welcher sowohl die beteiligten Geschäftsleute, als auch die Verbraucher einen Schutz ihrer Interessen finden werden. Daß Gemeinderat Stein weder in der einen noch in der anderen Körperschaft einen Platz gefunden hat, das ist seine Sache. (Lebhafte Heiterkeit.)

Gemeinderat Kunschak stellt folgende Anfrage: Den Bediensteten der städtischen Straßenbahnen wurde in dieser Woche nur die halbe Menge Mehl zugewiesen, für die fehlende Menge wurde denselben gegen Abnahme der ganzen Mehlkarte Maisgrieß ausgefolgt. Ob dieser Maßnahme herrscht unter den Straßenbahnbediensteten große Aufregung. Die Bediensteten behaupten, daß in allen anderen Fabriken und auch an die Mitglieder der Konsumvereine die volle Mehlmenge und neben dieser außerhalb der Mehlkarte Maisgrieß als Ersatz für Kartoffel und Gemüse ausgefolgt werden. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister bereit, die Beschwerde der Straßenbahnbediensteten zu überprüfen? Was gedenkt der Bürgermeister zu veranlassen, um den Straßenbahnbediensteten, die eben ebenso schweren, als für die gesamte Bevölkerungswichtigen Dienst leisten, mindestens die gleiche Lebensmittelzuweisung wie der übrigen Bevölkerung zu sichern.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Um jedes Mißverständnis zu bannen muss ich im vorhinein erklären, daß die Mehlbelieferung für die Straßenbahnbediensteten nicht durch die Gemeinde erfolgt, sondern die Konsumtenorganisationen, zu denen auch die Straßenbahnbediensteten gehören, werden vom Ernährungsamt direkt dotiert. Es tritt immer mehr zutage, wie schlecht es war, die Belieferung der Bevölkerung zu teilen. Wir müssen das hergeben, was wir bekommen und ebenso ist es bei den Organisationen. Die Gemeindeverwaltung hat gefordert, einen Einblick und eine Uebersicht zu erhalten von dem, was nach Wien kommt und verteilt wird. Dies ist aber von der Regierung nie zugestanden worden. Ich werde diese Anfrage zum Anlass nehmen und an das Ernährungsamt und an das Kriegsministerium herantreten, damit diese ungleiche Verteilung der Lebensmittel ein Ende nimmt.

Damit ist der Einlauf erledigt und es wird zur Beratung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bürgermeister Hierhammer beantragt jenen Sicherheitswachleuten, welche sich bei Lebensrettungen und Hilfeleistungen im Jahre 1916 besonders verdient gemacht haben, eine Remuneration im Gesamtbetrage von 6000 Kronen zuzuerkennen. (Ang.)

Vize-Bgm. Hoß berichtet über die Bewilligung von Zuschusskrediten und zwar für Lf. Grundsteuer samt Zuschlägen 25.600 Kronen.

Für den Bau einer Leichenkammer im II. Bezirk Dresdenerstrasse 21.000 Kronen.

Für Kranken- und Unfallfürsorge für städtische Arbeiter (Bedienstete) 56.210 Kronen.

Für den Bau einer Doppelbürgerschule in Zwischenbrücken, Vorgartenstrasse 100.000 Kronen.

Für die Instandhaltung der Lösch- und Rettungsgeräte und Ausrüstungsgegenstände 40.000 Kronen.

V.B. Hoß beantragt einen Nachtrag zum Reglement für das Lagerhaus der Stadt Wien, betreffend Gebühren und Abgaben der Brandschaden- und Wassergefahr. Sämtliche Anträge werden genehmigt.

V.B. Hoß berichtet über die Bewilligung eines ausserordentlichen Ausschusses zu den Kriegszulagen zu Ruhe- und Versorgungsgenüssen und stellt folgenden Antrag:

Zu dem mit Gemeinderatsbeschluss vom 4. Jänner 1917 festgesetzten Kriegszulagen zu Ruhe- und Versorgungsgenüssen wird, sofern diese Bezüge am 1. Juni 1917 bereits bestanden haben, der jährliche Ruhegenuss K 4000.- und der jährlichen Gesamtversorgungsgenüsse K 3000.- nicht übersteigen, ein einmaliger mit dem Augustbezüge auszahlender ausserordentlicher Zuschuss von K 100.- als Haushilfe bewilligt.

Das Erfordernis beträgt K 650.000 und verteilt sich auf die eigenen Gelder mit K 370.000 und auf die Unternehmungen mit 280.000 Kronen.

GR. Dr. Granitsch: Ich begrüße selbstverständlich mit grosser Befriedigung, dass diese Aushilfe bewilligt wird, möchte aber darauf aufmerksam machen, dass alle solche Aushilfen nichts nützen, wenn die Staatsverwaltung uns in jeder Beziehung im Stiche lässt und die Wirtschaft mit den fortwährenden Preissteigerungen und Wucherpreisen nicht endlich abstellt. Es wäre an der Zeit mit der Regierung doch wieder ein ernstes Wort zu reden, damit da endlich eine Aenderung eintritt.

GR. Rotter: Das sollten Sie im Parlament sagen.

GR. Dr. Granitsch: Im Parlament interessiert man sich scheinbar für diese Fragen nicht.

GR. Rotter: Ja, nur die 1000 Kronendiäten.

Der Referent erwidert, dass der Gemeinde leider nichts anderes übrig bleibe, als immer zu petitionieren und welchen Erfolg das meist habe, sehe man ja.

Die Anträge werden hierauf genehmigt.

V.B. Hoß berichtet weiters über die Einführung des ermässigten Kinder tarifes auf den städtischen Strassenbahnen an Sonn- und Feiertagen,

GR. Dr. Granitsch wiederholt bei dieser Gelegenheit die Forderung nach Einführung des 20 Hellereinheitstarifes statt des 22 Hellertarifes.

Die Referentenanträge werden unverändert genehmigt.

V.B. Hoß berichtet über die der Gemeinde erwachsenen Kosten der Militärbequartierung und beantragt das Mehrerfordernis von 3.591.000 Kronen für das Verwaltungsjahr 1916/1917 auf die Kassenbestände zu verweisen, gleichzeitig aber an die Regierung eine Petition zu richten, wegen entsprechender Aenderung des Einquartierungsgesetzes und insbesondere einer Regelung der Einquartierung im Kriege, welche die Gemeinde Wien der schweren Lasten, welche sie nach den derzeit geltenden Bestimmungen treffen, enthebt.

GR. Dr. Schwarz-Hiller sagt, dass die Frage am Platze sei, ob diese Kosten nicht überhaupt in die Allgemeinen Kriegskosten hineinfallen, welche nicht bloss von Oesterreich, sondern auch von Ungarn mitgetragen werden müssen. Er beantragt die Petition an die Regierung in diesem Sinne zu erweitern.

Der Referent V.B. Hoß erklärt, dass in der Petition auf diese Ausführungen Rücksicht genommen werden wird, worauf die Anträge zur Genehmigung gelangen.

V.B. Hoß beantragt die Einrechnung des vollen Anteilslohnes der Aufnahmebeamten der städtischen Leichenbestattung in die Ruhebezüge.

STR. von Steiner berichtet über die Erwerbung von Liegenschaften in Grinzing im 19. Bezirk aus der Verlassenschaft nach Eduard Hauser. die Gründe haben ein Ausmass von 30970 m², der Preis beträgt eine Krone pro m².

STR. Hermann beantragt das Mehrerfordernis für den Bau des Entlastungskanales in der Kinderspitalgasse im IX. Bezirk und am äusseren Hernalsergürtel im XVII. Bezirk per 80.000 Kronen zu genehmigen.

Alle diese Anträge werden genehmigt.

STR. Schneider beantragt die Weiterführung der Linie „ 6 “ über die Geiselbergstrasse bis Simmering und der Linie „ 15 “ über die Reinprechtsdorferstrasse und Gudrunstrasse bis zum Gellertplatz unter gleichzeitiger Auflassung der Linie „ 7 “ unter Beibehaltung der bisherigen Verkehrsdichte.

GR. Reumann sagt, dass damit einer alten Forderung, die seit 8 Jahren immer wieder erhoben wurde, endlich Rechnung getragen sei. Er spreche den Wunsch aus, dass in Zukunft, wenn solche berechnete Wünsche erhoben werden, etwas eingehender und rascher die Berechnung hiezu geprüft werde.

STR. Wippel betont, dass auch er und die Bezirksvertretung zu wiederholten Malen dieselbe Forderung erhoben haben und gebe er seiner Genugtuung Ausdruck, dass man endlich zu diesem Ergebnis komme.

Der Referent STR. Schneider betont, dass erst nach dem Ausbau des Strassenbahnhofes Favoriten, der eben nicht früher erfolgen konnte, diese Linienänderung durchgeführt werden konnte.

Der Referentenantrag wird hierauf genehmigt.

STR. Spalowsky berichtet über die Bewilligung von Kriegszulagen für Familien der zum Militärdienst eingerückten oder zur persönlichen Kriegsdienstleistung herangezogenen aktiven Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen einschließlich der Lehrpersonen. Die Aushilfe soll in der Regel 50 Kronen für die Ehegattin und 10 Kronen für jedes unversorgte Kind betragen. Sie kann jedoch je nach den Verhältnissen der Familien höher oder niedriger bemessen werden. Die Gesamtkosten betragen 700.000 Kronen.

GR. Hohensinner bezeichnet den Betrag von 50 K als einen Bettel. Er erklärt er habe schon gelegentlich der Beratung dieses Gegenstandes im Stadtrate auf seine im Jänner d.J. gestellten Anträge hingewiesen und er bittet diese Anträge anzunehmen. Sie lauten: Die eingerückten Angestellten und Lehrer erhalten eine einmalige Kriegsaushilfe in der Höhe der den übrigen Angestellten zuerkannten Teuerungszulagen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so beantrage er: Die Angestellten und Lehrer erhalten eine einmalige Kriegsaushilfe in der Höhe der den übrigen Angestellten gewährten Kriegsaushilfen. Den Fixangestellten müsste eine Summe gegeben werden die es ihnen ermöglicht das ihr schweres Los erleichtert wird. Es gibt allerdings nur ein wirklich erfolgreiches Mittel, das ist der Abbau der Lebensmittel-Preise und da muß gefragt werden wo bleibt das Volksernährungsamt, welches diesen Abbau in Aussicht gestellt hat.

STR. Spalowsky bemerkt in seinem Schlusswort, daß der Stadtrat bei der Vorlage der gegenwärtigen Anträge sich fragen mußte, wie weit die Bedeckung der erforderlichen Kosten vorhanden seien. Die Durchführung der vom GR. Hohensinner gestellten Anträge würde 5 Millionen Kronen erfordern. Sehr richtig sei die Bemerkung des GR. Hohensinner bezüglich des Abbaues der Lebensmittel-Preise. Der Redner begrüßt es mit Freude, daß GR. Hohensinner gefragt habe, wo das Volksernährungsamt ist und damit zum Ausdruck brachte, daß das Versagen der Staatsgewalt an dem unerhörten Steigen der Lebensmittel-Preise schuld sei.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des GR. Hohensinner abgelehnt und der Referenten-Antrag wird genehmigt.

STR. Zatzka legt den Schlussbericht über den Bau des städtischen Amtshauses im 13. Bezirke vor. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

249

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 7. Juli 1917. Nr. 249

Regelung des Butterverkaufes. Die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Fettstoffen ist infolge der vollständig unzureichenden Beschickung des Wiener Marktes mit Fettschweinen immer schwieriger geworden und das Anstellen um diesen Artikel hat Dimensionen angenommen, so daß nunmehr versucht wird, wenigstens einigermaßen eine Besserung auf diesem Gebiete herbeizuführen. Es wird deshalb von der nächsten Woche angefangen, eine Rayonierung des Butterverkaufes platzgreifen. Die mit gelben Mehlbezugs-karten beteiligten Haushalte und Einzelpersonen erhalten von Dienstag, den 10. Juli angefangen die Butter nur in den städtischen Butterabgabestellen, jeder Mehlabgabestelle entspricht eine Butterabgabestelle, deren Standort durch Plakate in der zugewiesenen Mehlabgabestelle ersichtlich ist. Es wurden in erster Linie solche Geschäftsleute berücksichtigt, die sich schon bisher mit dem Verkauf von Butter gewerbsmäßig beschäftigt haben. Da deren Anzahl durch die Anzahl der Mehlabgabestellen begrenzt ist, konnten nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden. Die bereits Vorge-merkten werden bei eventuellem Bedarf berücksichtigt werden. Weitere Anmeldungen um Zuweisung einer Butterabgabestelle sind zwecklos.

Zur Erlangung der Butter sind die Mehlbezugskarte und sämtliche dem Haushalte zustehenden Butter- und Fettkarten vorzuweisen. Bis auf wei-
per Person
teres werden für jede Butter- oder Fettkarte 6 Dekagramm Butter/wöchent-
lich ausgegeben. Von den Butterkarten werden sämtliche Abschnitte der entsprechenden Woche vom Verkäufer abgetrennt, von der Fettkarte nur die der Buttermenge entsprechenden drei Abschnitte, so daß die verbleiben-
den Abschnitte für den Bezug von anderweitigen Fettstoffen, soweit sie erhältlich sind, verwendet werden können. Der Butterverkauf findet in den Butterabgabestellen an allen Wochentagen mit Ausnahme des Montags während der ganzen Geschäftszeit statt und da die Buttermenge für jede Person sichergestellt ist, erscheint jedes Anstellen vollkommen über-flüssig und zwecklos. Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche im Besitze einer blauen Mehlbezugskarte sind, haben die auf sie ent-fallende Buttermenge, welche gleichfalls bis auf weiteres 6 Dekagramm pro Person und Woche beträgt, nur im Wege ihrer Organisation zu beziehen. Ueber die Regelung des Butterverkaufes hat der Magistrat als politische Behörde 1. Instanz eine Verordnung erlassen, welche nebst den genannten Bestimmungen auch solche über den Bezug von Butter für Diabetiker und für Vereine und Anstalten enthält.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat heute einen kurzen Erholungsurlaub angetreten und während seiner Abwesenheit den Vizebürgermeister Hoß mit der Führung der Geschäfte betraut.

Todesfall. Am 2. d.M. starb zu Odrau der Wiener städtische Lehrer i.R. Eduard Neisser im Alter von 70 Jahren. Von 1892 bis 1906 bekleidete er mit seltener Hingebung das Ehrenamt eines Bundesschriftführers des n.-ö. Sängerbundes, der ihn 1906 zu seinem Ehren-Mitgliede ernannte. Besondere Verdienste hat sich der Genannte gelegentlich der deutschen Sängerbundes-feste in Stuttgart und Graz, der Jahrhundertfeier der Volkshymne, mehrerer n.-ö. Sängerbundesfeste, Kaiserhuldigungständchen u.a. erworben. Neisser war in nationalen und Sängerkreisen namentlich des 18. Bezirkes sehr be-liebt und ein allverehrtes Mitglied des Gesang- und Geselligkeitsvereines „Währinger Tafelrunde“.

Einsiedezucker für Obstgartenbesitzer. Die „Anweisungen“ auf Einsiede-zucker an jene Obstgartenbesitzer Wiens, welche rechtzeitig und mit gehörig bestätigten Gesuchen ihren Anspruch angemeldet haben, können vom Dienstag, den 10. d.M. an bis einschließlich Montag, den 16. d.M. während der üblichen Amtsstunden bei dem magistratischen Bezirksamte des Wohnortes der Anspruchsberechtigten behoben werden. Gegen Vorweisung und Abgabe dieser „Anweisungen“ sowie gegen Entrichtung des hiefür entfallenden Be-trages können die Parteien den angewiesenen Zucker bei folgenden Firmen Wiens beheben und zwar:

- die Parteien der Bezirke 1 bis 12 bei der Firma Wilhelm Hauk,
10. Bezirk Quellenstraße 74.
- die Parteien des 13. Bezirkes bei der Firma Angerer & Kaltenbeck
14. Bezirk Prinz Karlgasse 25;
- die Parteien der Bezirke 14 bis 17 bei Josef Skupil & Co. 1. Bez.
Maximilianstraße 11;
- die Parteien des 18. Bezirkes bei C. Burghardt & Co., 1. Bezirk
Giselastraße 3;
- die Parteien des 19. Bezirkes bei Kainz & Partik, 9. Bezirk
Marktgasse 38;
- die Parteien des 20. und 21. Bezirkes bei Horowitz Neffen, 1. Bez.
Hegelgasse 11.

Wichtig für Sommerfrischler. Wiener Sommerfrischler, die ihre Lebensmit-tel von Wien in die Sommerfrischen mitnehmen, werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sie, um Beanständigungen durch die behördlichen Organe zu vermeiden, sich Transportscheine für den Transport dieser Lebensmittel bei der zuständigen Brotkommission lösen können. Die Beschaf-fung solcher Transportscheine liegt auch deshalb im Interesse der Sommer-frischler, weil ihnen seinerzeit bei der Rückkehr nach Wien die Bezirks-hauptmannschaften Transportscheine zur Mitnahme von Lebensmitteln aus der Sommerfrische nach Wien in jener Menge ausstellen müssen, welche die Sommerfrischler laut des ersten ihnen ausgefolgten Transportscheines von Wien hinaus mitgenommen haben.

250

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Samstag, 7. Juli 1917. Abends. Nr. 250.

Verleihung des Eisernen Kreuzes an den Bürgermeister.

Kaiser Wilhelm II. hat dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner das Eiserne Kreuz verliehen. Der deutsche Botschafter Graf Wedel erschien heute im Rathause und überreichte dem Bürgermeister im Auftrage des deutschen Kaisers die Auszeichnung.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche Donnerstag und Freitag 10 Uhr vormittags zu Sitzungen zusammen.

251

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ

Wien Montag 9. Juli 1917. Nr. 251.

Zum Brande der Serviten Kirche. Bürgermeister Dr. Weiskirchner, welcher gestern einen kurzen Erholungsurlaub angetreten hatte, unterbrach ihn und begab sich heute früh in Begleitung des Branddirektors Jenisch zur Serviten-Kirche, um die Brandstätte eingehend zu besichtigen. Der Bürgermeister sprach der Geistlichkeit der Klosterkirche seine Teilnahme aus, brachte den Offizieren und der Mannschaft der städtischen Feuerwehr seinen herzlichsten Dank und die vollste Anerkennung zum Ausdruck. Die Rettung der beiden Kirchtürme war eine Meisterleistung unserer Berufsfeuerwehr.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag 9. Juli 1917. Nr. 252.

Kaiser Jubiläumsspital der Stadt Wien. Bohon bei der Errichtung des Kaiser-Jubiläumsspitales der Stadt Wien war in Erwägung gezogen, die Verwaltung dieser Anstalt durch die Magistrats-Abteilung 11b, die mit der Leitung des unmittelbar neben dem Spitale gelegenen Versorgungsheimes in Lainz betraut ist und auch dort ihren Amtssitz hat, besorgen zu lassen. Doch überzog damals die Ansicht, daß diese Angelegenheit in den Wirkungskreis der Magistrats-Abteilung 10 für Gesundheitswesen gehöre. Die bisherigen Erfahrungen haben nun gezeigt, daß die Verwaltung des Spitales durch die im Ratshause befindliche Magistrats-Abteilung insbesondere bei den jetzigen Verkehrsschwierigkeiten nicht zweckmäßig sei und der Bürgermeister hat daher verfügt, sie der Magistrats-Abteilung 11b zuzuweisen.

Stiftung. Im August d. J. gelangen die Zinsen der Georg und Anna Fillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, welche infolge von Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind; Bürger der ehemaligen Vorstadt Lainz genießen vor allen andern Bewerbern den Vorzug.

Gesuche um Beteiligung sind bis 15. Juli in der Kanzlei des Bezirksausschusses: Warntahlf 6. Amerlingstraße 6 einzubringen.

Aus der vertraulichen Sitzung. Der Gemeinderat beschloß in seiner letzten vertraulichen Sitzung, dem Feuerwehr Oberinspektor Ingenieur Willibald Chitil, dem anlässlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand der Titel „Kommandant der städtischen Feuerwehr“ verliehen worden war, die Bewilligung zu erteilen, an Stelle dieses Titels, den Titel „Branddirektor der Wiener städtischen Feuerwehr“ zu führen. Dem Branddirektor Hugo Jenisch wurde in Würdigung seiner hervorragenden und für die Gemeinde besonders ersprießlichen Dienstleistungen während der Kriegszeit eine in den Ruhegenuß einrechenbare Personalzulage zuerkannt. Der Feuerwehrinspektor Anton Wagner wurde ad personam zum Oberinspektor der städtischen Feuerwehr ernannt. Dem Archivar G. A. Ressel wurde der Titel Archiv-Vizedirektor verliehen. Dem Magistratsrate Dr. Anton Loderer wurde für seine ersprießliche Tätigkeit als Magistrats Referent des Amtshausbaues im 13. Bezirke die vollste Anerkennung, dem Magistrats-Sekretär Franz Kopečný, dem städtischen Bau-Oberkommissär Ing. Eduard Lasch, dem städtischen Bauinspektor Ing. Josef Strehler und dem städtischen Rechnungs-Uberrevidenten Karl Weigl anlässlich ihrer Mühewaltung bei der genannten Bauführung die vollste Anerkennung ausgesprochen.

Eine Auszeichnung für Gemeinderat Baron. Der Gemeinderat hat in seiner letzten vertraulichen Sitzung beschlossen, dem ~~dem~~ ^{gewesenen} Stadtrat kaiserlichen Rat Robert Baron in Würdigung seines vielseitigen und erfolgreichen Wirkens im öffentlichen Leben die doppelt große goldene Salvator Medaille zu verleihen. Gemeinderat Baron, welcher im 64. Lebensjahre steht, gehört seit dem Jahre 1912 dem Stadtrate an und hat vor kurzem infolge Kränklichkeit diese Stelle zurück gelegt. Er ist Mitglied zahlreicher Kommissionen und Ausschüsse und hat in den verschiedenen Zweigen der öffentlichen Verwaltung eine intensive Tätigkeit entwickelt.

Akazienblätter als Spinat. Aus Kreisen der Bevölkerung wurde wiederholt die Anregung gegeben, die Blätter des Akazienbaumes zur Bereitung eines Gemüses zu verwenden und ist die Meinung aufgetaucht, daß diese Blätter als Spinatersatz Verwendung finden könnten. Die Marktamtsdirektion der Stadt Wien hat nun Kochversuche unternommen und kann hierüber folgendes mitteilen: Das an sich sehr zähe Blatt war trotz längeren Kochens, bei starker Feuerung, nicht weich zu bringen. Infolge dieser Erscheinung waren die gesottene Blätter nicht zu passieren, aber auch eine Zerkleinerung mit dem Wiegemesser so wie bei Spinat, war absolut nicht möglich. Es war daher nur eine Zubereitung in Form von Kochsalat möglich. Trotz Zusatzes von Gewürzen, zeigte das Gemüse einen faden, ja unangenehmen Geschmack. Durch diese Kochversuche dürfte wohl der Beweis erbracht sein, daß sich die Blätter nicht eignen, einen Gemüseersatz abzugeben.

Warmes Frühstück für Schulkinder. Vielfach ist die Befürchtung geäußert worden, daß die so ersprießliche Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder“ während der Sommermonate eingestellt wird, wodurch gerade diejenigen Kinder, denen es nicht vergönnt ist den Sommer auf dem Lande zu verbringen, am empfindlichsten getroffen würden. Ueber zahlreiche an die Kriegs-Fürsorgezentrale gestellte Anfragen wird bekannt gegeben, daß zufolge Anordnung des Bürgermeisters das warme Frühstück für Schulkinder auch während der Sommerferien zu verabfolgen ist. Es wird dafür Sorge getragen werden, daß das Frühstück, welches in den bisherigen Kochstellen zubereitet wird, auch weiterhin in den Schulen unter entsprechender Aufsicht an die Kinder verteilt werden wird.

Verkehr städtischer Angestellter mit Parteien. Der Magistrats Direktor Dr. Nüchtern hat an alle Amtsvorstände nachstehenden Erlaß gerichtet: Die ausserordentlichen Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß die städtischen Aemter noch viel mehr als sonst von der Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Dies gilt namentlich von den magistratischen Bezirksämtern und ihren Abteilungen, von den Aemtern, welche die Armenpflege und das Militärwesen besorgen, im Ernährungsdienste tätig sind oder den Bezug sonstiger unentbehrlicher Bedarfsgegenstände regeln. Die Vorschrift, welche schon im allgemeinen die städtischen Angestellten zu Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber den Parteien verpflichtet, erlangt unter diesen Umständen erhöhte Bedeutung. Die Bevölkerung, die in den mannigfachen Schwierigkeiten und Nöten des Krieges mit den städtischen Aemtern zu tun hat, soll darauf rechnen dürfen, daß sie daselbst jederzeit verständnisvolle Förderung ihrer berechtigten Interessen und nach Möglichkeit Rat und Hilfe findet. Alle Wünsche können ja leider nicht in Erfüllung werden; aber auch, wer unbefriedigt bleiben muß, findet sich leichter darein, wenn sein Anliegen teilnehmend angehört und die Unmöglichkeit der Gewährung mit freundlichen Worten dargetan wird.

Ich lege daher besonderes Gewicht darauf, daß sich die städtischen Angestellten bei allen ihren Amtshandlungen im Verkehr mit den Parteien von den vorerwähnten Gesichtspunkten leiten lassen. Sie werden sich dadurch den Dank der Gemeinde-Vertretung und die allgemeine Anerkennung verdienen.

27. Jahrg. Wien, 10. Juli 1917. Nr. 253.

Eine neue Bauordnung für Wien. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung die Wahl von 18 Mitgliedern in den Gemeinderats-Ausschuß zur Beratung des Entwurfes einer neuen Bauordnung für Wien vorgenommen. Es wurden gewählt die Gemeinderäte Ludwig Biber, Franz Bretschneider, Anton David, Theodor Eglauer, Franz Eigner, Georg Ermerling, Dr. Franz Hemala, Alfons Herold, Franz Huber, Franz Kubacek, Leopold Kunschak, Edmund Melcher, Heinrich Roth, Hans Schneider, Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, Dr. Ignatz Stich, Franz Ullreich und Ludwig Zatzka.

Butterpreise. Die Höchstpreise für ausländische Butter wurden geändert und dementsprechend stellen sich die Detail-Preise, bis auf weiteres wie folgt: K 12,80 per kg für ausgeschnittene Ware, K 13.- per kg für pakettierte Ware; es dürfen demnach für 12 dkg nicht mehr als K 1,54 bei ausgeschnittener Ware und K 1,56 bei pakettierter Ware berechnet werden.

Kriegerheimstätten. Das Kuratorium des Wiener Kriegerheimstättenfondes ist nunmehr vollzählig gebildet und wird demnächst seine Konstituierung vornehmen. Der Leiter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Sektions-Chef Emil Homann Ritter von Herimberg, hat im Einvernehmen mit dem Landmarschall des Erzherzogtums Oesterreich unter der Enns an den Bürgermeister das Ersuchen gerichtet, in Würdigung der Tatsache, daß die Schaffung dieses Fonds vor allem der unermülichen Initiative des Bürgermeisters zu danken ist und daß er in erster Linie an dem Wirken und Gedeihen dieses Wiener-Fonds beteiligt sei, die Stelle des Oberkurators bei diesem Fonde auf die Dauer von drei Jahren anzunehmen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat diesem Ersuchen entsprochen. Als Oberkurator-Stellvertreter wurden bestellt aus der Kurie des Staates Ministerialrat Dr. Franz Meinzinger Edler von Meinzingen, aus der Kurie des n.ö. Landesauschusses Landesauschuß Johann Mayer, aus der Kurie der Gemeinde Wien Gemeinderat Leopold von Steiner. Außer den genannten Persönlichkeiten sind als Kuratoren bestellt worden: von der Kurie des Staates Dr. Paner, Oberbaurat Leopold Arndt, Ministerialrat Johann Poppr, Finanzrat Ewald Hovansky, als stellvertretenden Kuratoren: Oberfinanzrat Dr. Thaddäus Uhle und Ministerial-Sekretär Bohdan Bulyk. Aus der Kurie des Landes Niederösterreich wurden zu Kuratoren bestellt: Landesrat Dr. Alois Kastner und Buchhaltungs-Direktor Viktor Morwitzer, aus der Kurie der Gemeinde Wien: Vizebürgermeister Franz Hoß, Gemeinderat Leopold Kunschak, Gemeinderat Dr. Ignatz Stich und als Kurator-Stellvertreter: Stadtrat Ludwig Zatzka. Der Minister für Landesverteidigung hat als Vertreter der Militärverwaltung entsendet: Sektionsrat Dr. Robert Edler von Schiekh und Landwehr-Oberintendanten Ludwig Eitl. Als Vertreter mit beratender Stimme gehören dem Kuratorium namens der Zentralstelle für Wohnungsreform in Oesterreich Hofrat Dr. Rudolf Maresch und Oberbaurat Julius Koch an. Auch die Geschäftsführung des Fonds ist bereits satzungsgemäß eingerichtet und zum administrativen Berichterstatter der Vorstand des Wohnungsamtes der Stadt Magistratsrat Dr. Alois Sagmeister, zum technischen Berichterstatter Stadtbauingenieur Dr. Heinrich Goldemann bestellt worden. Mit dem Rechnungs- und Kontrolldienste wurde der Rechnungsrat der Stadtbuchhaltung Hans Oheral betraut.

Dänische Deckenaktion. Wie bereits berichtet, gehen die Mittel dieser unter dem Ehrenschatz/Erzherzogin Isabella stehenden Aktion in die Verwaltung der Gemeinde Wien über, um als ein dem Wiener Kriegerheimstättenfonds angegliederter Spezialfonds den Invaliden Arbeit und Verdienst zu schaffen. Aus diesem Anlasse hatten sich am 9. d.M. im Palais Erzherzog Friedrich die leitenden Persönlichkeiten der Aktion, Vorsitzender General der Infanterie Gottfried Seibt Edler von Ringenhardt, die Vizepräsidentin des Damenkomitees Frau Generalkonsul Emmy von Medinger, die Mitglieder des Damenkomitees Frau Fränkl-Thonet, Frau Szerena Lederer, Frau Thonet-Wurmb, weiteres kais. Rat Huber und Hans von Medinger; für die Gemeinde Wien Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Obermagistratsrat Dr. Dont und Magistratsrat Dr. Sagmeister eingefunden, um mit Zustimmung der Schutzfrau die Uebergabe zu vollziehen. Exzellenz von Seibt richtete an Erzherzogin Isabella eine Ansprache, in welcher er die Entwicklung des Unternehmens in großen Zügen schilderte, betonte, wie sehr der erzielte Erfolg der Förderung durch die höchste Schutzfrau zu danken sei und der Hoffnung Ausdruck gab, daß in ihrer neuen Widmung die bewährten Einrichtungen und Mitteln des Fonds weiterhin segensreich wirken werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner überreichte der Erzherzogin eine Ausfertigung der Widmungsurkunde und bat Ihre kaiserliche Hoheit den ehrerbietigsten Dank der Gemeinde für die hochherzige Zuwendung entgegenzunehmen. Er wies darauf hin, in welchem bedeutendem Maße die Kriegerheimstättenaktion der Gemeinde Wien als erstes größeres Unternehmen Oesterreichs in einer der wichtigsten und schwierigsten Fragen, der Beschäftigung der angesiedelten Krieger, durch die reichen Mittel und zweckmäßigen Einrichtungen der Aktion erleichtert werde. Besonderer Dank gebühre auch den leitenden Persönlichkeiten der Aktion, Vorsitzenden General der Infanterie von Seibt und der Präsidentin Emmy von Medinger. Erzherzogin Isabella erwiderte, daß sie gerne die Zustimmung zur Uebertragung an die Wiener Kriegerheimstätten gegeben habe. Sie habe stets mit Freuden die ungemein günstige Entwicklung der Aktion im Auge behalten und erwarte zuversichtlich, daß auch in der neuen Form dem Unternehmen ein voller Erfolg beschieden sei. Zum Schlusse nahm Ihre kaiserliche Hoheit durch Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Vorstellung des administrativen Berichterstatters des Wiener Kriegerheimstättenfondes Magistratsrates Dr. Sagmeister entgegen und zog alle anwesenden Persönlichkeiten in ein längeres angeregtes Gespräch.

Bezirksrats-Sitzung. Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hält am Donnerstag den 12. d.M. 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

Zur Butterrasyonierung. Anlässlich der Butterrasyonierung wurde die Wahrnehmung gemacht, daß in vielen Fällen die auf den amtlichen Mehlbezugskarten enthaltenen Buchstaben oder Ziffern ohne Kenntnis des Bezirkswirtschaftsrates Stelle 1 bereits durchlocht oder abgeschnitten sind. Dieses Vorgehen ist unstatthaft, weil hiedurch die einheitliche Anordnung auf Kenntlichmachung des Bezuges beeinträchtigt werden kann. Die Mehlbezugscheine sind amtliche Urkunden, welche nur nach den Weisungen der Behörden von den Konsumenten-Organisationen und Geschäftsleuten benützt werden dürfen. - Einzelne Kunden haben das Verlangen gestellt, an Molkerei-Filialen umrayoniert zu werden, in dem Glauben, daß sie dort bessere Butter erhalten. Es wird festgestellt, daß die Beschaffenheit der Butter in allen Butterabgabestellen die gleiche ist.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

254

27. Jahrg. Wien, 11. Juli 1917. Nr. 254

Im Zentralfriedhofe. Der Wiener Stadtrat hat genehmigt, daß vom Jahre 1912 angefangen, die gemeinsamen Gräbergruppen im Wiener Zentralfriedhofe zum dritten Male belegt werden dürfen. Im Jänner 1918 wird mit der Belegung der Gruppe 9A begonnen werden. Jene Parteien, welche Leichen des zweiten Belages anlässlich dieser Wiederbelegung in einem anderen Grabe beisetzen zu lassen beabsichtigen, erhalten über ihr diesfälliges Ansuchen die Bewilligung zur Exhumierung. Dieses Ansuchen ist beim Wiener Magistrate (Abt. 10) einzubringen. Da jedoch die Exhumierung der in gemeinsamen Gräbern bestatteten Leichen nach erfolgter Wiederbelegung des betreffenden Grabes nicht mehr möglich ist, kann ein solches Ansuchen nur vor dem Beginne der Wiederbelegung mit Erfolg gestellt und auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht mehr genommen werden. Die auf den gemeinsamen Gräbern befindlichen Grabkreuze des zweiten Belages werden, insoferne sie sich noch in gutem Zustande befinden, über Ansuchen der Parteien auf den neu belegten Gräbern wieder bei derselben Grabnummer gegen Entrichtung der hiefür festgesetzten Gebühren von K 2,20 zur Aufstellung gebracht.

Auszeichnungen für Bedienstete der städtischen Stellwagen-Unternehmung. Die Wagenführer Johann Schelnberger, Vormeister, zugeteilt einer Sanitäts-Autokolonne, Karl Witt, Korporal, zugeteilt einer Kraftwagenkolonne und Josef Wögerer, Gefreiter, zugeteilt einer Fliegerkompagnie wurden mit dem eisernen Verdienstkreuz am Bande der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Status der rechtskundigen Beamten Dr. Karl Luik und Anton Hölblinger zu Magistrats-Oberkommissären; Dr. Franz Glaser und Dr. Friedrich Edlen von Tepser zu Magistrats-Kommissären; Dr. Rudolf Höllerl, Dr. Oskar Himmelbauer und Dr. Ferdinand Holzer zu Magistrats-Konzipisten; Dr. Heinrich Ianach zum städtischen Oberarzt; Albin Bobik zum Veterinärsamts-Inspektor; Eduard Kirchner zum Marktamts-Inspektor und Rudolf Glück zum Marktamts-Offizial; Anton Kraus zum Akzessisten des Zentral-Wahl und Steuerkatasters

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, 12. Juli 1917. Nr. 254.

Abfahrt von Kindern in die Schweiz. Gestern nachmittags wurde die zweite Partie von erhohlungsbedürftigen Kindern in die Schweiz befördert. Am 30. Mai sind bereits 400 Kinder nach Einsiedel gefahren und jetzt wurden wieder 500 Kinder auf 6 Wochen dorthin gebracht und zw. 240 von Wien, 120 von Budapest, 40 aus Brünn, 60 aus Prag und 40 aus Graz. Die Budapester und Brünner Kinder sind gestern früh in Wien eingetroffen und wurden gemeinsam mit den Wiener Kindern in der Kriegsküche im 15. Bezirk Friedrichsplatz verköstigt. Zur Abfahrt der Kinder hatte sich Erzherzogin Isabella mit ihrer Tochter Prinzessin Salm-Salm und begleitet vom Kammervorsteher Graf Cappy und der Hofdame Gräfin Zamoyka eingefunden. Ferner waren in der Kriegsküche erschienen Prinz Eduard Lichtenstein und Gemeinderat Philp, welche die Leitung des Transportes über haben, Prinzessin Alexandrine Windischgrätz, Frau Dr. Schwarzwald, Baronin Kübeck, Professor Dr. Franz, die Obermagistratsräte Dr. Dont und Artzt, Bezirksvorsteher Dr. Mattis, Magistratsrat Dr. Korschann und Oberrechnungsrat Löffler.

Die Erzherzogin ließ sich sämtliche Begleitpersonen vorstellen, sprach eine Reihe von Kindern an und besichtigte die Kriegsküche, wo sie einige Speisen verkostete. Um 6 Uhr abends fuhren die Kinder mit der Westbahn ab; in Linz schließen sich die Prager Kinder, in Innsbruck die Grazer Kinder an. In Feldkirch (Mittagsstation) treffen die Kinder mit jenen Kindern zusammen, die aus Einsiedeln wieder in die Heimat zurückkehren. Diese kommen am Freitag den 13. d.M. 10 Uhr in Wien am Westbahnhof an.

Spanische Aerzte in Wien. Die Regimentsärzte Dr. Jose Blanco und Dr. Francisco Luque der kön. spanischen Militärmission, welche anlässlich der Inspizierung der russischen Gefangenenlager in Wien weilten, besichtigten über Einladung des Bürgermeisters geführt von Stadtphysikus Dr. Pichler verschiedene Baulichkeiten und zw.: das Kühlhaus, die Speicher, Wasserleitungs-Reservoirs, Jubiläums-Spital etc. Die Herren sprachen auch beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor und gaben ihrer Anerkennung über das Gesehene mit Worten des Dankes Ausdruck.

Wettbewerbbauschreibungen für Wiener-Architekten. Von der Gemeinde Wien werden für in Wien ansässige, selbständige Architekten deutscher Volkzugehörigkeit die nachfolgenden Wettbewerbe ausgeschrieben: 1.) Wettbewerb für die baukünstlerische Ausgestaltung einer Schule auf der Schmelz. 5 Preise zu je 2000 K. 2.) Wettbewerb für die baukünstlerische Ausgestaltung einer Blumenverkaufshalle und dgl. auf der Platzfläche vor der Sezession. 5 Preise zu je 1000 K. Einreichungs-Frist: 15. September 1917, 12 Uhr mittags. Die Einreichungsstelle für die Wettbewerbsarbeiten ist die Magistrats-Abteilung 22 im neuen Rathaus, wo auch die ausführlichen Bestimmungen und Unterlagen für diese Wettbewerbe während der Amtsstunden erhältlich sind.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.
Wien, I., Neues Rathaus.

255

27. Jahrg. Wien, Freitag, 13. Juli 1917. Nr. 254.

W i e n e r S t a d t r a t .

Sitzung vom 12. Juli

Vorsitzende Vize-Bürgermeister Hoß und Rain.

Nach einem Antrage des StR. Grünbeck, wird die Erwerbung von Gründen in der Beringgasse, Hernalser-Hauptstraße und Arzberggasse im Ausmaße von $2818 \cdot 30 \text{ m}^2$ um den Betrag von $172.389 \cdot 86 \text{ K}$ d. i. $61 \cdot 17 \text{ K per m}^2$ zur Errichtung eines städtischen Kohlenlagerplatzes genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Schneider, wird der Erweiterung der normalspurigen Gleisanlage im Gaswerke Leopoldau mit dem Kostenbetrage von 62.870 K zugestimmt.

Für die Ausgestaltung der Zufahrtsgleise zur Hauptwerkstätte der städtischen Straßenbahnen im 13. Bezirk wird ein Betrag von 50.000 K genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Schwer, wird der Ankauf von 3 Garnituren Bosch-Licht- und Anlasseranlagen und des Einbaues derselben in die älteren Bezinkraftwagen der städtischen Feuerwehr mit dem Kostenbetrage von 10.000 mK genehmigt.

1600 m Feuerwehrschräuche für die Wiener städtische Feuerwehr werden mit den Kosten von 13.600 K angeschafft.

Nach einem Antrage des StR. Schneider wird für die bei der Erneuerung der Gleisanlagen in der Gentsgasse bei der Köhlergasse notwendig gewordenen Holzpflasterungsarbeiten ein Betrag von 14.000 K genehmigt.

Nach einem Antrage des VB. Hoß wird der Ankauf und die Aufstellung einer gebrauchten Holzbaracke für das Lagerhaus der Stadt Wien mit dem Gesamterfordernisse von 6.500 K genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Zatzka werden für Herstellungen beim Baue der Brunnen-Graben-Quellenleitung 220.000 K bewilligt.

Nach einem Antrage des StR. Müller wird die Abteilung der Liegenschaften 12. Bezirk Hetzendorf nächst der Premlechnergasse auf 4 Baustellen und 16 Baustellenteile genehmigt.

Anerkennung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß beschlossen, dem Ober-Kontrollor Leopold Hortig und den Kontrolloren Rudolf Kuschel, Alois Kriz, Markus Pickele, Emanuel Rotter, Eduard Nawratil, Alfred Petri, Wilhelm Dworak, Friedrich Burg, Karl Miltner, Karl Seidel, Ladislaus Hula, Felix Pöschl, Ferdinand Huber, Eduard Scholz, Adolf Haas, Josef Windhör, Rudolf Piller, Rudolf Knauer, Heinrich Schmitz und Anton Moser des Konseptionsamtes für ihre mehr als zweijährige anstrengende und sehr ersprießliche Tätigkeit bei der Gebahrung mit den Lebensmittelkarten die volle Anerkennung des Stadtrates auszusprechen.

256

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 14. Juli 1917. Nr. 255.

Eine Verwahrung des Stadtrates. Nach einem Berichte ^{eines} Wiener Abendblattes soll der Leiter des ungarischen Ernährungsamtes Baron Kürthy erklärt haben, daß in Wien wegen der gänzlich unfähigen Organisation bedrohlicher Mangel herrsche. Stadtrat Hohensinner brachte in der Stadtrats-Sitzung vom 12. d.M. diesen Artikel zur Sprache und verlangte, daß gegen diesen unzutreffenden Anwurf, soweit er sich gegen die Gemeinde Wien richte, die Obmänner-Konferenz Stellung nehmen soll. Stadtrat Spalowsky verwies darauf, daß die Mängel in der Organisation lediglich in der Aufbringung und Anlieferung der Lebensmittel herrschen; hiemit habe jedoch die Gemeinde nichts zu tun, vielmehr sei das Sache städtischer Behörden, insbesondere des Amtes für Volksernährung. Vize-Bürgermeister Hoß bezeichnet es als tief bedauerlich, daß ein ungarischer Funktionär derartige Äußerungen macht, durch die der Schein einer Anschuldigung gegen die Gemeinde hervorgerufen wird. Die folgenden Redner, die Stadträte Knoll, Wippel, und Hötzel traten den eingangs erwähnten Anwürfen ebenfalls entgegen, worauf folgender Beschluß einstimmig gefasst wurde: Der Wiener Stadtrat bedauert die in einem Wiener Abendblatte vom 11. d.M. mitgeteilten Äußerungen des Leiters des ungarischen Ernährungsamtes Baron Kürthy und weist dieselben als eine Einmischung in österreichische, insbesondere Wiener Verhältnisse zurück. Der Stadtrat erklärt, daß die bezeichneten Mängel der Organisation nur in der Aufbringung und Anlieferung der Lebensmittel gesucht werden könne und daß die von der Gemeinde durchzuführende Verteilung eben unter dem Umstande leide, als die von staatlichen Behörden durchzuführende Aufbringung und Anlieferung ungenügend ist. Soweit der Vorwurf sich demnach gegen die Gemeinde Wien richten sollte, müßte er als unzutreffend mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Jubiläumswallfahrt nach Mariazell. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an Pater Abel nachstehendes Telegramm gerichtet: Ich bin im Herzen bei unseren Wiener Männern, die mit der 25. Jubiläumswallfahrt nach Mariazell gekommen sind und vereinige mit ihnen mein Gebet für den Sieg unserer Helden und die Abwendung der Not unseres Volkes. Möge der Allmächtige unser Gebet gnädig aufnehmen und uns seinen Schutz angedeihen lassen! Meine innigsten Grüße den lieben Wiener Wallfahrern und ihrem allverehrten Führer!

Vorübergehende Schließung des Schuberthauses. Infolge von Herstellungen, die im Schubertause (9. Nußdorferstraße 54) vorgenommen werden, können die üblichen Besuchsstunden des Schubertmuseums zeitweilig nicht aufrechterhalten werden. Das Schubertmuseum bleibt daher Sonntag des 19. Juli und an den nächstfolgenden Tagen geschlossen.

Bezirksrat Währing. Die Bezirksvertretung Währing hält am 20. Juli 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

257

27. Jahrg. Wien, Montag, 16. Juli 1917. Nr 256.

Städtische Straßenbahnen. Vom Mittwoch den 18. d.M. an treten nachstehende Aenderungen in der Linienführung auf den städtischen Straßenbahnen in Kraft: Die Linie 15 „Wallensteinplatz-Lazarethgasse-Kaiserstraße-Mariahilferstraße“ wird weiter geführt über die Wallgasse-Reinprechtsdorferstraße-Gudrunstraße bis zum Geillertplatz; Die Linie 6 „Mariahilferstraße-Wallgasse-Gudrunstraße-Geillertplatz“ wird über die Geiselbergstraße bis zur Simmeringer-Hauptstraße weiter geführt. Die Linie 7 entfällt von diesem Tage an.

Jubiläumswallfahrt. Der geschäftsführende Vize-Bürgermeister Hoß hat an P. Abel nachstehendes Telegramm gerichtet. Zur 25. Jubiläums-Männerwallfahrt erlaube ich mir meine innigsten Segenswünsche zu übermitteln. Gott helfe weiter unserem Vaterland und Volk!

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Dr. Harald Girtler Ritter von Kleeborn zum Magistrats-Konzipisten, Emil Bistritschan, Josef Ruis und Johann Hafner zu städtischen Bauräten, Moritz von Reichart zum Bau-Oberkommissär, Dr. Friedrich Burger zum städtischen Arzt erster Klasse, Karl Firlinger zum Kanzlei-Oberoffizial. - Dem Bau-Inspektor Josef Bönisch wurde der Titel Baurat, den Exekutionsamts-Oberoffizialen Rob. Stanek, Anton Deinhardt, Ludwig Rasner, Mauriz Buhl, Richard Hönich, Theodor Liha, Ludwig Ferdinand Steinböck, Adolf Fraundörfer, Emanuel Teltscher, Johann Auerhahn, Karl Weber, Richard Welser, Ferdinand Ledermann und Moritz von Barth-Sabarth der Titel „Direktions-Adjunkt“ verliehen.

Grundankauf. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Zatzka, von dem Stifte Schotten Gründe im 16. Bezirk im Ausmaße von rund 154.000 Quadratmeter um den Betrag von 1,370.000K zu erwerben.

258

WIENER RATHAUS K O R E S P O N D E N Z .

Wien, Montag 16. Juli 1917. Nr. 259.

Baron Kürthy und die Wiener Gemeindevertretung.

Der Präsident des ungarischen Landesernährungsamtes Baron Kürthy hat an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit Beziehung auf die in der Stadtrats-Sitzung vom 12. ds. Mts.

beschlossene Resolution folgendes Telegramm gerichtet:

„ Mit Bedauern erfuhr ich aus Zeitungsnotizen die Interpretierung, welche einer meiner Aeusserungen von Seiten der Stadtgemeinde Wien zuteil wurde. Ich erlaube mir Euer Exzellenz zur gefälligen Kenntnisnahme nachdrücklich zu betonen, dass diese Interpretation, da die beigefügte Kritik von der Presse her stammt, auf einen bedauerlichen Irrthum beruht, weil meine betreffende Aeusserung die Approvisionierungs-Administration Oesterreichs und der Stadt Wien überhaupt nicht berührt umsoweniger als ich die dortige Auffassung, dass die Einnengung in die Administrationsverhältnisse des Schwesterstaates gegenseitig unbedingt zu vermeiden ist, vollkommen theile.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, welcher heute abends von einem kurzen Urlaub zurückgekehrt ist, hat in Erwiderung dieses Telegrammes an den Baron Kürthy nachstehende Antwort gerichtet:

Von einem einwöchentlichen Urlaub nach Wien zurückgekehrt, finde ich die Resolution des Stadtrates und die diesbezügliche Depesche Euer Exzellenz vor. Ich gebe mir die Ehre, Euer Exzellenz für die durch dieses Telegramm vermittelte Aufklärung der Angelegenheit bestens zu danken und möchte auch meinerseits dem Bedauern darüber Ausdruck geben, dass durch solche vertrauliche Mitteilungen der Presse das in unserer Zeit doppelt notwendige Einvernehmen Gefahr läuft, beeinträchtigt zu werden. Dem Stadtrate werde ich Ihre geschätzte Nachricht in seiner nächsten Sitzung zur Kenntnis bringen.

253

Abgabe von Marmelade an Mindestbemittelte Ueber Auftrag des k. k. Amtes für Volksernährung wird in der nächsten Woche an die Gruppe 1 und 2 der Mindestbemittelten Marmelade zum ermäßigten Preise von 1 K für je $\frac{1}{2}$ kg abgegeben. Diese Abgabe geschieht für die Gruppe 1 (grüne Einkaufsscheine) am Montag, für die Gruppe 2 (blaue Einkaufsscheine) am Mittwoch und zwar bei den Kartoffelabgabestellen. Die Abgabe geschieht vorzugsweise auf Märkten und in den Markthallen. In den Bezirken, in welchen sich weder Märkte noch Markthallen befinden, sind die Adressen der mit der Marmeladeabgabe betrauten Kartoffelabgabestellen bei der Marktamts-Abteilung des betreffenden Bezirkes zu erfragen. Die Verkaufsstellen sind durch eine Tafel mit der Aufschrift „Abgabestellen für Mindestbemittelte“ gekennzeichnet. Der Verkauf erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes 1 des amtlichen Einkaufsscheines und entfällt auf jeden Haushalt ein halbes Kilogramm. Es ist zu hoffen, daß bereits im Laufe der kommenden Woche mit der Abgabe von Gemüse an Mindestbemittelte begonnen werden kann.

269

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 17. Juli 1917. Nr. 260.

Wettbewerb. Von der Gemeinde Wien wird ein allgemeiner Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Relief an der geplanten Brunnenanlage auf dem Spielplatze der Kronprinz Otto Schule, 20. Stromstraße 78 - Vorgartenstraße 42 ausgeschrieben. Das Relief soll eine Huldigung der Kinder für den Kronprinzen Otto zur Darstellung bringen; es bleibt jedoch dem freien Ermessen des Künstlers überlassen, wie er diesen allgemeinen Gedanken darzustellen für gut findet. Die Teilnahme an diesem Wettbewerb steht jedem in Wien ansässigen Künstler deutscher Volkszugehörigkeit offen. Die Wettbewerbsarbeiten sind bis 1. Oktober 1917, 12 Uhr mittags in der Magistrats-Abteilung 15 im Neuen Rathause, 5. Stiege, 2. Stock abzuliefern. Die näheren Bestimmungen sowie die Unterlagen für diesen Wettbewerb sind im Stadtbauamte, Fachabteilung 2a (Neues Rathaus, 4. Stiege, Halbstock) an Wochentagen während der Amtsstunden von 8 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags erhältlich.

Feierlichkeiten im Rathause. Bürgermeister Dr. Weiskirchner wird am Donnerstag dem Volksschuldirektor i. R. Josef Jahn, dem der Gemeinderat das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen, hat dem Bürger eid abnehmen und eine Reihe von neuen Bürgern beeidigen. Ferner wird er dem Volksschuldirektor Julius Hofbauer die Ehrenmedaille für 14 jährige treue Dienste, dem Mitglied der freiwilligen Feuerwehr Schiffmühlen-Kriau Wilhelm Eckert die Ehrenmedaille für 25 jährige Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuerwehres und den Bediensteten der städtischen Straßenpflege Franz Kindl, Franz Krunert, Franz Högel, Karl Schäffer, Franz Zehetmayer, Franz Hartmann, Franz Weingärtner und Franz Aichberger Ehrengeschenke überreichen.

Amtlicher Einkaufsschein. Morgen ist der letzte Tag zur Behebung des amtlichen Einkaufsscheines bei den zuständigen Brotkommissionen. Es wird aufmerksam gemacht, daß diese Scheine gut aufzuheben sind, da für in Verlust geratene Scheine Duplikate nicht ausgefolgt werden.

Christlicher Mütterverein. Vor Kurzem fand die Konstituierung einer neuen Filiale in der Pfarre St. Othmar im 3. Bezirk statt. Als Vorsteherin wurde gewählt Stadtratsgattin Frau Barbara Haas, als Stellvertreterin städtische Waisenrätin Maria Peschl. Das rege Interesse, daß sich für die neue Pfarrgruppe kund gibt, läßt ein glückliches Gedeihen dieser Pfarrgruppe hoffen. Als Tag der allmonatlichen Versammlungen wurde der erste Mittwoch eines jeden Monates bestimmt. Zeit 6 Uhr abends. Versammlungsort; Kinderbewahranstalt 3. Bezirk Weißgärberstraße 10.

Baron Kürthy und die Wiener Gemeindevertretung. Der Bürgermeister hat in einer Zuschrift an den Baron Kürthy mit Rücksicht auf eine Meldung in einem Abendblatt über Äußerungen desselben bezüglich der Approvisionierung der Stadt Wien sein Bedauern ausgesprochen, daß durch irrtümliche Mitteilungen der Presse daß in unserer Zeit doppelt notwendige Einvernehmen Gefahr läuft, beeinträchtigt zu werden. In der hierüber ausgegebenen Notiz stand anstatt „irrtümlich“ „vertraulich“, was hiemit richtig gestellt wird.

260

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, Dienstag 17. Juli, 1917. Nr. 261

Zur Kohlenversorgung. Mit der Verordnung des k. k. Statthalters vom 12. Juli 1917, wurde eine Bedarfs- und Vorratsaufnahme des Heizmaterials für Feuerungsanlagen der industriellen Unternehmungen angeordnet. Nach § 5 dieser Verordnung sind für die zu erstattenden Anzeigen ausschließlich die bei den politischen Bezirksbehörden erhältlichen amtlichen Formulare zu verwenden. In Wien sind diese Formulare von Mittwoch den 18. Juli an bei den magistratischen Bezirksämtern jenes Bezirkes, in welchen das betreffende Unternehmen gelegen ist, zu beheben und bis längstens 25. Juli 1917 bei diesem wieder abzugeben. Es wird bemerkt, daß es sich nur um eine vom k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten angeordnete Erhebung handelt und daher bei diesem Anlasse gestellte Ansuchen um Zuweisung von Kohle nicht berücksichtigt werden können.

Wiener Rathaus-Korrespondenz. 262

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 17. Juli 1918. Nr 262

Güterverkehr nach Polen. Am 20. Jänner 1917 wurde der Zolldienst von Szczakowa nach Granica verlegt und ein Zollamt in Granica eingerichtet. In Granica schließt die k. k. Nordbahn an die k. und k. Heeresbahn an. Seit Einrichtung dieses Zollamtes in Granica besorgt die Heeresbahn Nord durch eigene fachliche Organe gegen mäßige Gebühren die gesamte Verzollung, also sowohl die Verzollung in der Richtung von Oesterreich nach Polen als auch in umgekehrter Richtung und macht dadurch jede anderweitige Vermittlung durch Spediteure bei der Verzollung entbehrlich. Auskünfte erteilt das Kommando der k. und k. Heeresbahn Nord, Abteilung 6, in Radom und die K. und k. Heeresbahnstation Granica.

Anerkennung. Der Bezirksschulrat hat der Volksschullehrerin 1. Klasse Emilie Strauß ~~die~~ belobende Anerkennung, dem Bürgerschullehrer 3. Klasse Alois Nitsch und der Volksschullehrerin 1. Klasse Pauline Kleinod die Anerkennung ausgesprochen.

Wiedereröffnung des Museums der Stadt Wien. Das historische Museum der Stadt Wien im Rathause, welches seit längerer Zeit geschlossen war, wird von Donnerstag den 19. Juli an bis zum Eintritte der kalten Jahreszeit für den öffentlichen Besuch in seinen wichtigsten Teilen wieder geöffnet sein. Besuchsstunden: Dienstag und Donnerstag 9 bis 2 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr, bei freiem Eintritt. Sonderbesuche zu anderen Stunden können gegenwärtig nicht stattfinden.

Schonet die Schuhe für die rauhe Jahreszeit und traget Sandalen. Die von der Kriegsfürsorgezentrale bisher im Rathause abgegebenen Ledersandalen mit biegsamen Holzsohlen werden nunmehr auch in den Bezirksvertretungen der Bezirke 10, 11, 12, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20 zum Preise von 2 K 80 h bis 4 K 30 h je nach Größe abgegeben. Die Verkaufsstunden sind an den Amtstafeln ersichtlich gemacht.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola dem Ansuchen des Volksschuldirektors Matthias Gatscharek, Bürgerschullehrers Karl Müller und der Volksschullehrerin Hermine Spanner um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.

262

Die Kohlenversorgungskommission der Stadt Wien. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit des Leiters des Arbeitsministeriums Ritter von Homann fand heute die erste Sitzung der Kohlenversorgungskommission der Stadt Wien statt, bei welcher einleitend der Bürgermeister auf die grosse Wichtigkeit dieser Frage hinwies, sich die Unterstützung des Ministeriums und der Behörden erbat, aber auch die hingebungsvolle Mitarbeit aller Schichten der Bevölkerung, die ja in der Kohlenkommission vertreten sind, aufrief, da es nur auf diese Weise möglich sein werde, in zweckmässiger und befriedigender Art die Frage einer Lösung zuzuführen. Magistrats-Rat Dr. Fastenbauer erstattete sodann ein Referat über die ~~Kak~~ allgemeine Lage der Kohlenversorgung in Wien. Der Leiter des Arbeitsministeriums ergriff sodann zu folgenden Ausführungen das Wort:

Es gereicht ihm zu r aufrichtigen Befriedigung in diesem Kreise zu erscheinen, weil er das Bedürfnis habe, vor allem Rechenschaft über das zu geben, was das Ministerium für öffentliche Arbeiten zur ~~Steuerung~~ Steuerung der grossen Kohlenfrage bisher unternommen hat. Die Kohlenfrage übertrifft an Bedeutung womöglich noch die Lebensmittelfrage. Sie hat sich auch im Krieg heraus entwickelt. Schon im Jahre 1914 hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten vorausblickend durch eine Ministerialverordnung sich die Möglichkeit verschafft, wenn es die öffentlichen Interessen erheischen, Kohle für öffentl. Zwecke in Anspruch zu nehmen. Diese Ministerialverordnung hat sich tatsächlich als ausserordentlich zweckmässig erwiesen und unter anderem auch die Grundlage gebildet um die Bedürfnisse der Reichshauptstadt Wien decken zu können. Es wurde dann die Kohlenversorgungskommission gebildet, um die Verteilung der Kohle entsprechend der Dringlichkeit des Bedarfes vorzunehmen. Die Zentralisierung war notwendig, um zu vermeiden, dass durch ungestümes Andrängen der verschiedenen Stäten ein Chaos entsteht. Dagegen soll bei der Kohlenverteilung die möglichste Kohlenzentralisierung eintreffen, weil es nicht möglich ist von einer Stelle aus für das ganze Reich die Kohlenzuweisung bis ins Kleinste durchzuführen, wie es den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Die Kohlenlage ist gegenwärtig äusserst ernst geworden infolge des Rückganges der Produktion in unseren heimischen Kohlenrevieren infolge der Verminderung der Einfuhr aus dem oberschlesischen Reviere und andererseits

infolge des gesteigerten Bedarfes namentlich der Eisenbahnen und der Fabriksindustrien. Im Friedensjahr 1913 betrug die heimische Kohlenförderung 44 Millionen Tonnen. Dazu wurden eingeführt; 13 Millionen aus Deutschland und eine Million aus England, dagegen wurden aus dem nordwestböhmischem Braunkohlenrevier nach dem deutschen Reiche 6 Mill. Tonnen ausgeführt. Wenn man Ein- und Ausfuhr gegenüberhält und hiezu die Produktion schlägt, kommt man auf einen verfügbaren Stand von 50 Mill. Tonnen. Im Jahre 1916 betrug die Produktion nurmehr 41 Mill. Tonnen, es wurden 8 Millionen eingeführt und 6 Millionen ausgeführt, so dass wir nur über 43 Millionen verfügten. Erheblich ging die Produktion seit Jänner 1917 zurück. Wir haben schon gegenwärtig vom Jänner bis Juni 1917 einen Ausfall in der Produktion von 1,900.000 ~~Mill.~~ Tonnen ~~und~~ in der oberschles. Einfuhr von 1,100.000 Tonnen. Das ergibt gegenüber der gleichen Zeit 1916 rund 3 Mill. weniger. Wir müssen also, wenn keine Besserung eintreten sollte, bei einem Ausfall von 6 Millionen Tonnen rechnen, so dass wir nur über rund 37 Millionen Tonnen verfügen können. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten ist an diesen Erscheinungen nicht achtlos vorübergegangen. Wenn seine Bestrebungen in mancher Hinsicht bisher keinen Erfolg aufwiesen, so ist das nicht seine Schuld, sondern eben ~~höhere~~ höhere Gewalt. ~~Es~~ Gleichwohl sehen wir auch heute mutig der Zukunft entgegen, den Zusammenbruch wollen und werden wir verhüten, nicht allein, aber im Verein mit der Bevölkerung und allen welche an der Kohlenfrage interessiert sind. Bereits vor mehreren Monaten wurde eine Verbrauchserhebung für das Jahr 1916 und nunmehr eine Bedarfserhebung für das Jahr 1917 durchgeführt, welche sich besonders auf ~~jene~~ die Städte mit mehr als 6000 Einwohner erstreckte. Diese Erhebungen sollen die Grundlage für die Kontingentierung bilden. Allerdings wird man nur ziemlich knappe Mengen zuteilen können, vor kurzem stand in einem Abendblatt, dass 600 kg per Monat für eine Wohnung, bestehend aus Zimmer und Küche genügen, das ergebe für 6 Monate 3600 kg und wenn man unter den 26 Millionen Einwohnern Oesterreichs nur 5 Millionen Haushaltungen annimmt so ergebe dies 18 Millionen Tonnen Hausbrandkohle, die Hälfte unserer gesamten Inlandsproduktion. Es bliebe also für die anderen Zwecke überhaupt kein Brennstoff übrig. Was den gesteigerten Bedarf betrifft, so betrug er z.B. bei den österr. Staatsbahnen im Jahre 1916 5,200.000 Tonnen, im Jahre 1917 7,200.000 Tonnen. Dazu kommt noch der Bedarf der Privatbahnen und der Kriegführung selbst. Es ist selbst-

Wiener Rathaus-Korrespondenz. 268

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek,
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 19. Juli 1917. Nr. 264.

Kriegstrauung. Heute vormittags fand in der Kalvarienbergkirche in Hernals die Kriegstrauung der Tochter des ersten Vize-Bürgermeisters Hierhammer Fräulein Grete, mit Herrn Hans Wratschko aus Wels statt.

Auszeichnungen und Beeidigungen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm heute eine Reihe von Beeidigungen und Überreichungen von Auszeichnungen vor. Hiezu hatten sich eingefunden Präsident der Bürgervereinigung Stadtrat Brauneiß, die Stadt- und Gemeinderäte ~~Bauer~~^{Bauer}, Jung, Josef Müller, Roth, Rupprecht, Rykl, Schlechter, August Schmidt, Solterer, Ulreich, ~~Bevölkerungs-Versteher~~^{Stellvertreter Hanisch}, Obmann des Ortschaftsrates kaiserlicher Rat Stix, Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern, Magistratsrat Dr. Madjera, die Magistratssekretäre Jiresch und Dr. Paul Branddirektor Jenisch und Andere. Nach der Beeidigung von 9 Bürgern im Gemeinderat-Sitzungssaale nahm Bürgermeister Dr. Weiskirchner in seinem Empfangsalon die Beeidigung des Volksschuldirektors i.R. Josef Jahn, der durch die Verleihung des Bürgerrechtes mit Nachsicht der Taxen ausgezeichnet wurde vor, wobei Magistratssekretär Jiresch die Eidesformel verlas. Der Ausgezeichnete wurde sodann vom kaiserlichen Rat Stix namens des Ortschaftsrates und vom Gemeinderate Schmidt namens des Bezirksbeglückwünscht, worauf der Schwager des Ausgezeichneten Gemeinderat Schlechter den Bürgermeister namens der Familie den Dank für die Auszeichnung zum Ausdruck brachte. Weiters überreichte der Bürgermeister dem Kommandanten der freiwilligen Feuerwehr Schiffmühlen-Krieau Wilhelm Eckert die Feuerwehr-Ehrenmedaille und den Bediensteten der städtischen Straßenpflege, Franz Kindl (16. Bezirk), Franz Krunert (16. Bezirk), Franz Högl (19. Bezirk), Karl Schöffler (19. Bezirk), Franz Zehetmayer (12. Bezirk), Franz Hartmann (16. Bezirk), Franz Weingärtner (16. Bezirk) und Franz Aichberger (19. Bezirk) Ehrengeschenke von 50 bzw. 25 Kronen.

Ernennung von Schulleitern. Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Berichte des StR. Tomola ernannt: zu Bürgerschul-Direktoren: Rudolf Holubowsky, 2. Bez. Weintraubengasse 13; Franz Prochaska, 3. Bez. Hainburgerstr. 40; Rudolf Arnoscht, 4. Bez. Preßgasse 24; Josef Hödl, ^{K.B.Sch.} 8. Bez. Zeltgasse 7; Josef Obensimer, ^{M.B.Sch.} 8. Bez. Zeltgasse 7; Josef Rotter, 10. Bez. Knöllgasse 59; Oswald Hohensinner, 10. Bez. Herzgasse 27; Anton Waas, 11. Bez. Enkplatz 4; Anton Langer, 12. Bez. Steinbauergasse 27; Karl Marie Tögel, 13. Bez. Auhofstraße 49; Karl Langaschek, 15. Bez. Zinckgasse 12/14; Ludwig Wallenda, 16. Bez. Habsburgerplatz 18; Emil Heinold, 17. Bez. Kalvarienberggasse 37; Anton Maier, 18. Bez. Schoppenhauerstraße 79; Ludwig Anhart, 18. Bez. Anastasius-Grüßgasse 10; Edmund Helmreich, 20. Bez. Jägerstraße 54; Theodor Schwarz, ^{K.B.Sch.} 20. Bez. Staudinger-
^{M.B.Sch.}gasse 6; Franz Beer, 20. Bez. Staudinger-
gasse 6; ferner an Schulen, an welchen die Direktorstelle durch eine mosaische Lehrkraft zu besetzen ist; Jakob Polifka, 2. Bez. Obere-Augartenstraße 38; Salomon Kuhner, 2. Bez. Schwarzinger-
gasse 4.

Zu Oberlehrern. Adolf Tegel, 2. Bez. Schönngasse 2; Eugen Pospischnil, 2. Bez. Obere-Augartenstraße 68; Alois Lindmaier, 3. Bez. Kleistgasse 12;

Edmund Raschka, 3. Bez. Paulplatz 4; Ernest Blaschek, 6. Bez. Rahl-
gasse 2; Johann Mülleutner, 7. Bez. Burggasse 14; Josef Blasch, 7. Bez.
Lerchenfelderstraße 61; Karl Steinleitner, 8. Bez. Lerchengasse 19;
Leopold Donatin, 9. Bez. Währingerstraße 43; Josef Lynge, 9. Bez. Galilei-
gasse 5; Franz Pörtl, 10. Bez. Randhartingergasse 17; Josef Czernik,
11. Bez. Herderplatz 1; Josef Wolfschütz, 12. Bez. Hetzendorferstraße
138; Karl Lugmeier, 12. Bez. Singrienergasse 21; Franz Posch, 12. Bez.
Fockygasse 20; Franz Fuchs, 13. Bez. Felbigergasse 97; Emil Till, 14. Bez.
Kellinggasse 7; Anton Krashoviz, 15. Bez. Friesgasse 10; Josef Janoschek,
16. Bez. Ottakringerstraße 150; Othmar Rohm, 16. Bez. Schinaglgasse 5;
Leopold Hany, 19. Bez. Leitermayergasse ~~45~~⁴⁸ Josef Tschakert, 18. Bez.
Leitermayergasse 45; Ferdinand Karpf, 19. Bez. Wigandgasse 29; Johann
Schmidt, 20. Bez. Gerhardusgasse 7; Johann Strobl, 21. Bez. Meißnergasse 1;
Zu Oberlehrerinnen: Anna Riedel, 5. Bez. Castelligasse 9; Leopoldine
Kienböck, 14. Bez. Ortnergasse 4.

verständlich, dass mit der Kontingentierung das Ziel noch nicht erreicht sein wird. Es wird daher auch für eine gerechte Verteilung der Kohle gesorgt werden müssen. In dieser Hinsicht ist beabsichtigt durch eine Rahmenverordnung die Landesstellen zu entsprechenden Massnahmen zu ermächtigen, eventuelle auch zur Einführung der Kohlen arte. Es soll dadurch erreicht werden, dass insbesondere für die Mindestbedürfnissen eine gewisse Menge Kohlen verfügbar ist. Der Minister schliesst seine Ausführung mit der Bitte, die Bestrebung des Ministeriums in dieser dringenden Frage ~~xxx~~ ^{durch} entsprechende Sparmassnahmen zu unterstützen. (Beifall).

Ein weiteres Referat erstattete Magistrats-Rat Dr. Fastenbauer über die eventuelle Einführung einer Kohlenkarte nach dem Prinzipien der Rayonierung und Rationierung. An dieses Referat knüpfte sich eine eingehende Debatte, in welche auch Ritter von Homann wiederholt eingriff. Bürgermeister Dr. Weiskirchner konnte zum Schlusse resumieren, dass der Verlauf der Sitzung in dankenswerter Weise eine Fülle von Material geboten habe, ohne dass jedoch die Frage heute schon zu einem Abschlusse gediehen sei. Er beauftragte die Magistratsräte ~~xxx~~ Dr. Jamöck und Dr. Fastenbauer die Anregungen zu bearbeiten, die nötigen statistischen Behelfe und Vorarbeiten zu treffen, damit in der nächsten Sitzung der Kohlenversorgungskommission konkrete Anträge des Magistrates zur Diskussion gestellt werden können.

Wiener Rathaus-Korrespondenz. 264

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 20. Juli 1917. Nr. 265.

Lehrerernennungen. Der Stadtrat hat in seiner getrigen Sitzung nach einem Antrage des StR. Tomola ernannt:

Zu katholischen Religionslehrern: Karl Umlauf, Ludwig Philipp Barth und Josef Freudenberger. Zu Bürgerschullehrern 1. Fachgruppe: Johann Pemmer und August Eigner; 2. Fachgruppe: Leopold Prey; 3. Fachgruppe: Ferdinand Scherpe, Franz Winter und Karl Hölzl. Zu Bürgerschullehrerinnen 1. Fachgruppe: Hedwig Urban, Hermine Becker, Emma Haas, Karoline König und Elise Horner; 2. Fachgruppe: Marie Felkl, Marianne Pokorny, Rosa Johnscher, Elisabeth Hofmann, Margarethe Schiffer und Dr. Elsa Busich; 3. Fachgruppe: Marie Größ, Friederike Prochaska, Anna Schmied, Pauline Hohl, Berta Pleyer und Hedwig Bartel. Zu Volksschullehrern 1. Klasse: Walter Girolla, Johann Nestbichler, Ferdinand Przibull, August Depisch, Ernst Kirschner, Johann Kresta, Ludwig Zeiler, Franz Krammer, Gustav Stella, Karl Fenzl, Rudolf Svoboda, Wilhelm Haas, Josef Kucera, Stephan Müllner, Gustav Fischer, Franz Zlobicky, Lorenz Haselbacher, Johann Eckhart, Karl Würzl, Josef Hermann, Josef Salomon, Heinrich Tapfer, Alois Beran, Edmund Ramberger, Gottfried Angerer und Philipp Nieter. Zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse: Antonie Buchsbaum, Johanna Topitsch, Friederike Mayerl, Mathilde Kritscha, Wilhelmine Kuhn, Margarete Dörler, Luise Uhl, Justine Sperlich, Barbara Wojatzek, Kornelia Enzlmüller und Stephanie Fraunhofer. Zu Volksschullehrern 2. Klasse: Franz Bannert, Anton Simonic, Julius Fereberger, Josef Kurt, Max Tschabitscher, Josef Pribil, Franz Rychtrmoc, Felix Arbingler, Karl Josef Weiß, Franz Josef Kühnel, Franz Spindler und Ernst Vogler. Zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse: Marie Popp, Hilda Bartelmus, Katharina Mehl und Margarete Artzt. Zu Bezirksaushilfslehrern an Bürgerschulen 1. Fachgruppe: Alfons Hofbauer. 2. Fachgruppe: Johann Klaudus und Franz Zwanzinger. Zu Bezirksaushilfslehrern an Knabenvolksschulen: Rudolf Hein, Philipp Frankowsky, Franz Schiel, Heinrich Melichar, Maximilian Partl, Gustav Körprich, Franz Lauer, Ottokar Spitzer, Marzell Mejovsek, Josef Huml und Oskar Vohnicky. Zu Bezirksaushilfslehrerinnen an Mädchen-volksschulen: Elisabeth Wippel und Marie Suda. Zu Handarbeitslehrerinnen, Josefina Leimeer, Josefina Vohnicky, Berta Augustin, Emma Michely, Julie Mayerhauser, Helene Bayer, Franziska Hirsch, Auguste Stier, Marie Schachinger und Therese Wolf.

Wiener Stadtrat.

Sitzung vom 20. Juli.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain.

Nach einem Antrage des StR. von Steiner wird die Anschaffung von 2 Uniformern für je 1000 K. W. Gleichstromleistungen für die städtischen Elektrizitätswerke mit dem Kostenaufwande von 503.202 K genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Hötzel wird das Grab des im Jahre 1897 verstorbenen Priesters Georg von Vest, der sich um die Jugendfürsorge große Verdienste erworben hat, in die Pflege der Gemeinde Wien übernommen.

Nach einem Antrage des StR. Schneider wird die Errichtung eines Chammottenmagazins im Gaswerke Leopoldau mit dem Kostenbetrage von 60.300 K genehmigt.

Für die Anschaffung von 10 eisernen Kassentruhen für die städtischen Straßenbahnen wird eine Kostenbetrag von 19.000 K bewilligt.

Nach einem Antrage des StR. Angermayer wird die straßenmäßige Herstellung der Geigergasse zwischen Gasser- und Haaslabgasse im 5. Bezirke mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 5805 K bewilligt.

Nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hierhammer wird dem Verbands der Schrebergärten-Vereine aller im Reichrate vertretenen Königreiche und Länder für seine Verbandskolonie auf dem Schafberge im 18. Bezirk gegen jederzeitigen Widerruf eine 50 %ige Ermässigung des Wasserpreises gewährt.

Umbau der Brigittabrücke. Der Stadtrat beschloß Anfangs des Jahres 1915 eine Anbotsverhandlung für den Umbau der Brigittabrücke auszuschreiben und hat hiezu mehrere Firmen eingeladen. Infolge der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse sah sich die Gemeinde genötigt, um eine Verlängerung des Termines für den Umbau der Brücke anzusuchen. Dem Ansuchen wurde vom Eisenbahn-Ministerium bis 1. Juli 1917 stattgegeben und die weitere Verlängerung vom Ergebnis einer Untersuchung der Brücke abhängig gemacht. Obwohl zu erwarten steht, daß eine weitere Verlängerung zugestanden wird, hat der Stadtrat nach einem Antrage des StR. Schneider beschlossen, alles vorzukehren, daß sofort nach Kriegsschlusse mit dem Umbau der Brücke begonnen werden kann. Für die Verfassung eines Entwurfes wurde ein Betrag von 12.000 K bewilligt. Diese Arbeit wurde der Firma R. Ph. Waagner, J. und L. Biro & A. Kurz übertragen, welche seit dem Jahre 1905 alle Umbauten der Donaukanalbrücken ausgeführt hat. Für die baukünstlerischen Fragen hat sich die Firma die Mitarbeit des Prof. Otto Wagner gesichert. Die Firma Mayreder, Kraus & Komp. hat sich erbötig gemacht, einen Uebersichtsentwurf für die neue Brücke in Eisen-Beton unentgeltlich zu liefern. Das Anbot wird mit Dank angenommen, weil hiedurch das Stadtbauamt in die Lage kommt, an einem in Eisen-Beton gedachten Entwurf die wirtschaftlichen und sonstigen Vor- und Nachteile gegenüber den üblichen Brückenausführungen mit eisernen Haupttragwerken nachprüfen zu können.

Für Gefangene in Rußland. Nach einem Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner widmete die Gemeinde Wien den im Gefangenenlager in Berezowka (Transbaikal) befindlichen nach Wien zuständigen österreichisch-ungarischen Soldaten zur Verbesserung ihrer Lage den Betrag von 3000 K.

Zur Neuregelung des staatlichen Unterhaltsbeitrages

für die Angehörigen der Fingerückten.

Der Wiener Stadtrat hat heute nach einem Berichte des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner einstimmig beschlossen, nachstehende Petition dem Herrenhause zu unterbreiten:

Das Abgeordnetenhaus hat in der Sitzung vom 14. Juli l.J. den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Neuregelung des Unterhaltsbeitrages gemäß den Anträgen des Unterhaltsbeitrags-Ausschusses in dritter Lesung angenommen. Für den Fall, daß dieser Entwurf, der eine wesentliche Besserstellung der schwer bedrängten Familien der Fingerückten beabsichtigt, in nächster Zeit Gesetz werden sollte, stellt die Gemeinde Wien die Bitte, das hohe Herrenhaus wolle die k.k. Regierung auffordern, im Interesse der beschleunigten Durchführung des Gesetzes die erforderlichen Verfügungen ^{zu} treffen. Anlässlich der jüngsten Novelle zum geltenden Gesetz über den staatlichen Unterhaltsbeitrag war leider verordnet worden, daß die Ansprüche auf das abgeänderte Ausmaß des Beitrages von den Anspruchsberechtigten angemeldet werden müssen. In Wien sind damals rund 150.000 solche Anmeldungen erstattet worden. Trotz angestrebter Arbeit werden die Wiener Unterhaltskommissionen erst im Laufe dieses Monats die enorme Arbeitsfülle aufgearbeitet haben, d.h. es werden volle 4 Monate vergangen sein, ehe alle Anspruchsberechtigten in den Genuß der Erhöhung treten, die am 1. April l.J. wirksam geworden ist. Die Folgen dieser Verzögerung, die begreifliche wachsende Ungeduld der beteiligten Bevölkerung ist im Ausschussberichte des Abgeordnetenhauses mit drastischen der Wahrheit aber durchaus entsprechenden Worten geschildert. Es darf nicht dazu kommen, daß die Familien der Fingerückten noch einmal der Qual des Zuwartensmüssens ausgesetzt werden, zumal da die Neuregelung allen Anspruchsberechtigten zukommt, also weit mehr Anmeldungen als im abgelaufenen Vorjahre zu erwarten wären. Beziehen doch in Wien gegenwärtig etwa 520.000 Personen, d.h. wohl mehr als 250.000 Familien den Unterhaltsbeitrag. Die Forderung neuer Anmeldungen hätte also zur Folge, daß bis zu ihrer Aufarbeitung vielleicht ein halbes Jahr oder mehr verstreichen würde.

Als Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien bitte ich im Namen der Menschlichkeit, ganz besonders aber im Interesse der Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, einer Wiederholung der unerträglichen Zustände anlässlich der letzten Beitragsregulierung auf jeden Fall vorzubeugen. Zugleich bitte ich zur Kenntnis nehmen zu wollen, daß ich als Chef des Wiener Magistrates angesichts der fortgesetzten Ueberlastung der durch die Einrückung stark reduzierten Gemeindebeamtenschaft gar nicht in der Lage bin, eine genügend rasche Aufnahme so vieler neuer Anmeldungen zu veranlassen. Noch viel weniger könnte es die Gemeinde Wien auf sich nehmen, den begreiflicherweise ungeduldigen Angehörigen durch ein halbes Jahr oder noch länger von zwei zu zwei Wochen fortlaufend auf die anhängige Erhöhung des Unterhaltsbeitrages Vorschuße zu gewähren.

Den Wünschen der Bevölkerung wie den Intentionen des Abgeordnetenhauses kann nur durch die Durchführung des neuen Gesetzes von amtswegen, also ohne neuerliche Anmeldung und ohne neuerliche Ausfertigung

der Zahlungsbogen, Kassenanweisungen und Avisi entsprochen werden. Mit dem Erlaß vom 20. Juni 1916 hat das hohe k.k. Ministerium für Landesverteidigung diesen Weg zur Durchführung der kais. Verordnung vom 11. Mai 1916 angeordnet. Leider kam der Erlaß damals zu spät, da in Wien wenigstens bereits in der Mehrheit der Fälle neue Anmeldungen erstattet worden waren. Zur Durchführung des neuen Gesetzes wäre der gleiche Vorgang, der im Vorjahre verspätet in Aussicht genommen worden ist, anzuordnen, diesmal jedoch in dem Momente, da das neue Gesetz in Kraft tritt. Zugleich wäre auch die Art und Weise, wie die Durchführung von amtswegen geschehen sollte, ausdrücklich festzusetzen.

Die Bestimmungen des neuen Gesetzes können mit der gebotenen Beschleunigung und mit der erwünschten Einfachheit nur dann durchgeführt werden, wenn den Zahlstellen aufgetragen wird, vom nächsten, dem Wirksamkeitsbeginne des Gesetzes folgenden Auszahlungstage an selbständig, d.i. ohne neuerliche Entscheidung der Unterhalts-Kommission, die erhöhten Beträge auf Grund des neuen Gesetzes anzuweisen. Der neue Einheitsatz, die Bestimmung, daß den Ehefrauen und den ehelichen Kindern, sowie allen Personen, die mit dem Fingerückten im gemeinsamen Haushalte lebten, der volle Unterhaltsbeitrag gebührt, endlich die einfache Regelung des zulässigen Höchstbetrages ermöglichen den Zahlstellen die rasche und sichere Liquidierung - mit Stampiglienaufdruck für die künftigen Zahlungen - auf Grund des bisherigen Zahlungsbogens in der ungeheuren Mehrheit der Fälle. Nur hinsichtlich einer geringen Minderheit von Fällen werden die Zahlstellen die Parteien an die Bezirkshauptmannschaften, in Wien ans magistratische Bezirksamt des Wohnortes weisen müssen, damit dort von amtswegen ein den neuen gesetzlichen Bestimmungen entsprechender Antrag an die zuständige Unterhaltskommission gestellt werden kann.

Die Petition wurde am heutigen Tage durch Bürgermeister Dr. Weiskirchner überreicht und wird bei der Behandlung der Angelegenheit im kriegswirtschaftlichen Ausschusse voraussichtlich ihrer Wichtigkeit gewürdigt werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz. 265

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 21. Juli 1917. Nr. 265.

Die neuen Straßenbahn-Fahrpreise. Am 1. August l. J. treten in den Preisen für die Einzelfahrscheine, am 2. August für die der Streckenkarten und der Netzkarten mit einmonatiger Gültigkeit folgende Aenderungen ein:

Der Früh- und Kinderfahrpreis an Werktagen und der Fahrpreis für die Sondertarifstrecke nach Rothneusiedl wird von 12 auf 16 h erhöht; hingegen bleibt der Fahrpreis von 12 h für die Sonderfarifstrecke am Flötzersteig und der Kinderfahrpreis an Sonn- und Feiertagen ebenfalls mit 12 h.

An Renntagen wird der Fahrpreis von der Kaiser Josefs-Brücke zum Lusthaus oder zur Freudenau in der Zeit zwischen 12 Uhr mittags und 9 Uhr abends von 22 h auf 1 K erhöht, an allen übrigen Tagen und Tageszeiten von 12 h auf 16 h.

Der 16 h-Fahrpreis für 2 Teilstrecken wird auf 22 h, der 30 h-Fahrpreis auf 32 h und die Hin- und Rückfahrkarten, die im Frühverkehr ausgegeben werden, von 30 h auf 32 h erhöht. Der 22 h Fahrpreis bleibt unverändert.

Die Preise der Netzkarten mit einmonatiger Gültigkeit werden von 30 auf 36 K, die Netzkarten mit Halbjähriger Gültigkeit von 180 auf 190 K und die Streckenkarte für 2 Teilstrecken von 15 auf 16 K erhöht. Die Streckenkarten für Aufzahlungsstrecken und die Zusatzkarten für Aufzahlungsstrecken zu den Zeitkarten entfallen in Zukunft. Die Preise der Streckenkarten von 20 und 25 K bleiben unverändert.

Der Gültigkeitsbereich der Netzkarten erfährt insofern eine Aenderung, als diese auf der Strecke nach Mauer bis zum Rosenhügel, auf der Linie nach Schwechat bis zur Haltestelle Donauuferbahn und auf der Strecke nach Groß-Enzersdorf bis zur Haltestelle Flugfeld gültig sind.

Mit 1. August erfolgt auch eine Aenderung der Abgrenzung der Tarife 1 und 2. Ersteres umfaßt alle im Wiener Gemeindegebiet gelegenen Linien bis zur Haltestelle Zentralfriedhof 3. Tor, Haltestelle Aspern, Haltestelle Gerasdorferstraße und Haltestelle Hermesstraße; von diesen Haltestellen angefangen bilden die Strecken bis Schwechat, Groß-Enzersdorf, Stammersdorf und Mödling das Tarifgebiet 2.

Im Tarifgebiet 1 treten noch folgende Aenderungen der Teilstreckengrenzen ein: Die Zonengrenze 2/3 am Rennweg wird von der Haltestelle Döblerhofstraße zur Haltestelle St. Marx verlegt, die Zone 7 im 21. Bezirk wird aufgelassen und die Zonengrenze 5/6 in der Brünnerstraße von der Haltestelle Lokomotivfabrik zur Haltestelle Transitbahn verschoben.

Das Tarifgebiet 2 wird in Teilstrecken eingeteilt und zwar sind die Linien Zentralfriedhof 3. Tor - Schwechat und Haltestelle Gerasdorferstraße - Stammersdorf je eine Teilstrecke; die Linien Haltestelle Hermesstraße - Mödling vier Teilstrecken und zwar: Hermesstraße - Mauer Langegasse - Rodaun, Rodaun - Perchtoldsdorf Brunnergasse, Perchtoldsdorf Brunnergasse - Mödling; die Linie Haltestelle Aspern - Groß-Enzersdorf drei Teilstrecken, dabei ist die Haltestelle Aspern - Ebling eine Teilstrecke, die Strecke Ebling - Groß-Enzersdorf gilt aber für 2 Teilstrecken.

Die Fahrpreise für eine erwachsene Person sind für eine Teilstrecke 22 h, für zwei Teilstrecken 32 h, für drei Teilstrecken 40 h und für vier Teilstrecken 50 h. Der Kinderfahrpreis beträgt für eine Fahrt

auf 1 oder 2 Teilstrecken 16 h, auf 3 oder 4 Teilstrecken 22 h.

Für Fahrten im Tarifgebiet 2 werden Blockkarten für Erwachsene für 20 Fahrten mit einem Nachlaß von 15% ausgegeben, die jedoch nur an Werktagen und bei Vorweisung des restlichen Blocks gültig sind.

Für Fahrten, die sich über 1 oder 2 Teilstrecken des Tarifgebietes 1 in das Tarifgebiet 2 oder umgekehrt erstrecken, beträgt der Fahrpreis für eine erwachsene Person über 1 Teilstrecke im Tarifgebiet 2, 32 h, über 2 Teilstrecken im Tarifgebiet 2, 40 h und für jede weitere Teilstrecke im Tarifgebiet 2, um 10 h mehr.

Für eine Fahrt auf der Bahnstrecke Station Aspern - Haltestelle Ebling, Floridsdorf am Spitz - Stammersdorf und Haltestelle Versorgungsheimstraße - Mauer - letztere jedoch nur mit Erkennungskarte - beträgt der Fahrpreis 22 h.

Im Vorverkauf gelöste, bis 1. August nicht benützte Einzelfahrscheine zu 30 h, ferner solche Fahrscheine zu 12 h und 16 h, sofern man sie nicht fortan zu Fahrten benützen will, die nach dem geänderten Tarif den betreffenden Fahrpreis kosten, werden bis zum Ablauf des auf dem Fahrschein eingestanzten Monats bei der Kartenausgabekassa, 6. Rahlgasse Nr. 3 zum Ankaufspreise zurückgenommen oder gegen Aufzahlung gegen Fahrscheine höherer Preislage umgetauscht. Die bis einschließ-lich 12. Juli l. J. gelösten Blockkarten für die Linie Mauer - Mödling behalten die Gültigkeit nach Maßgabe der bestehenden Fahrpreisbestimmungen.

Die Besitzer von Strecken- und von Netzkarten mit einmonatiger Gültigkeit, die auch für Aufzahlungsstrecken gelten, können für August 1917 neue Karten lösen oder die für diesen Monat gelösten Wertmarken auf ihre für den Juli l. J. geltenden Karten kleben. Diese haben aber sodann vom 2. August an ohne Rücksicht auf ihre in Zeichen und Wortlaut aufgedruckte oder geschriebene Gebiets- und Linienbezeichnung nur nach Maßgabe des neuen Tarifplanes und der neuen Fahrpreisbestimmungen Geltung.

Gemüseversorgung. Zahlreich sind die Klagen über die hohen Gemüsepreise, die sowohl im großen Publikum als auch in der Presse immer wieder laut werden. Dabei wird übersehen, daß der größte Teil des gegenwärtig auf den Wiener Markt kommenden Gemüses aus Ungarn stammt, wo die Preise aller Lebensmittel bedeutend höher als in Oesterreich sind. Eine Einflußnahme auf die Festsetzung der ungarischen Preise ist Oesterreich, wie bekannt, leider versagt. Oesterreichisches Gemüse ist bisher wenig auf die Märkte gekommen; zu einem nicht geringen Teil ist dies darauf zurückzuführen daß große Industrie-Unternehmungen, wie aus den zahlreichen in den Tagesblättern enthaltenen Ankündigungen zu ersehen ist, eifrigst bestrebt sind, Lebensmittel für ihre Arbeiter einzukaufen, in diesem Bestreben die Erzeuger von Gemüse aufsuchen und ihnen ihre Erzeugnisse zu weit höheren Preisen abnehmen, als sie beim Verkauf auf den Märkten erzielen würden. In den nächsten Wochen dürfte jedoch eine erhebliche Besserung der Gemüseversorgung eintreten, da bis dahin auf Grund von Anbau und Lieferungsverträgen größere Mengen von Gemüse aus den österreichischen Ländern, dessen Reife durch die anhaltende Trockenheit verzögert wurde, anrollen werden; diese Gemüse wird zu bedeutend niedrigeren Preisen auf die Märkte kommen. Auch sind Maßnahmen im Zuge, um eine reichlichere Versorgung der Märkte mit den Erzeugnissen der Gemüsegärtner Wiens und der Umgebung herbeizuführen. Eine teilweise Ermäßigung der Preise für ungarische Ware dürfte durch die beabsichtigte Einfuhr von Höchstpreisen in Ungarn eintreten.

Auszeichnung. Marktdirektor Kommerzialrat Bauer wurde durch die Verleihung des Ehrenzeichens zweiter Klasse vom roten Kreuze mit der Kriegsdécoration ausgezeichnet.

266

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 23. Juli 1917. Nr. 266.

Neue Bürger. Der Gemeinderatsausschuß für die Verleihung des Heimats- und Bürgerrechtes hat das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen;

Innere Stadt: Josef Hanzalek, Damenkleidmacher; Anton Straßer, Gastwirt; Johann Stipany, Schaffer; Franz Xaver Schötz, Papierhändler (Berichterstatter GR. Heindl).

Leopoldstadt: Anton Svobodnik, Spänglermeister (Berichterstatter GR. Rotter), Adolf Rudolf, Gastwirt (Berichterstatter BR. Partik).

Margarethen: Johann Schütz, Gemischtwarenverschleißer; Rudolf Leopold, Drechslermeister (Berichterstatter GR. Aichhorn).

Mariahilf: Anton Stadler, Marktviktualienverschleißer; Josef Hau, Bäckermeister; Karl Hofer, Zuckerbäcker (Berichterstatter GR. Paulitschke),

Neubau: Anton Tengler, Gemischtwarenverschleißer; Josef Herndl, Fleischhauermeister; Johann Baburek, Leistenschneidemeister; Johann Frohner, Gastwirt (Berichterstatter GR. Pichler).

Alsergrund: Leopold Gepp, Kaufmann (Berichterstatter GR. Partik).

Favoriten: Georg Schweiger, Hausbesitzer; Josef Stöger, Kaffeeschänker (Berichterstatter GR. Höck).

Hietzing: Alexander Krahnigg, Gemischtwarenverschleißer (Berichterstatter GR. Partik); Karl Lauthemer, Hausbesitzer (Berichterstatter GR. Breuer).

Ottakring: Johann Schiffmann, Rentner (Berichterstatter GR. Hötzl).

Hernals: Karl Sagl, Ingenieur und Firmateilhaber; Johann Josef Sagl, Firmenchef; Engelberg Matthias Michael Riener, Kleinfuhrwerksbesitzer (Berichterstatter GR. Rykl).

Döbling: Johann Dobias, Mauerermeister (Berichterstatter GR. Brenta).

In der selben Sitzung wurde einer größeren Anzahl von Personen die Zuständigkeit bzw. die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatsverband verliehen.

Stadtratssitzungen. Der Stadtrat tritt in dieser Woche am Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.

Gablentz-Gedenktafel. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Schneider die Anbringung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den Feldherrn Ludwig Freiherrn von Gablentz, Ehrenbürger der Stadt Wien, an der neuen Aspernbrücke genehmigt. Am 30. November 1864, an welchem Tage die Aspernbrücke durch den Kaiser Franz Josef eröffnet wurde, sind die österreichischen Truppen aus dem Schleswig-Holstein'schen Feldzug nach Wien zurückgekehrt und der damalige Bürgermeister Zelinka erwartete mit dem Gemeinderate sie auf der Leopoldstädter Seite und begrüßte den Führer der Truppen FML Freiherrn von Gablentz als Ehrenbürger von Wien. Der berühmte Heerführer soll nun durch die Anbringung einer Gedenktafel verewigt werden. Das Komitee, welches sich vor einigen Jahren gebildet hatte, um zur Erinnerung an den Feldzug ein Denkmal in Form einer Reiterstatue errichten zu lassen, ist durch die infolge des Weltkrieges geänderten Verhältnisse von dieser Idee abgekommen und hat sich an die Gemeindevertretung gewendet, es möge ihm gestattet werden, auf seine Kosten die Gedenktafel anbringen zu lassen.

Anschaffung eines Kraftwagens für den Leichentransport. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Beschaffenheit des Pferdmaterials und des Fuhrwerks hat die städtische Leichenbestattung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, um den an sie gestellten Anforderungen auch nur zum Teile gerecht werden zu können. Der Stadtrat beschloß daher nach einem Berichte des VB. Rain, da sich eine günstige Gelegenheit bot, einen Kraftwagen zu erwerben, der sich vorzüglich für den Aufbau eines leichten Wagenkastens zum Transporte von 4 bis 5 Leichen eignet. Die Kosten für den überfahrenen Wagen samt Instandsetzung- und Umbau-Arbeiten beziffern sich mit rund 12.000 Kronen.

Ein Gemüsemarkt im 10. Bezirk. Die Gemeinde Wien beabsichtigt auf dem freien Platz an der Mündung der Quellenstraße in die Triesterstraße einen Detail-Markt für Viktualien zu errichten. Bewerber um Marktstände wollen sich daher im Laufe dieser Woche, und zwar am Donnerstag, Freitag und Samstag, also den 26. 27. und 28. Juli bei der Marktamt-Abteilung für den 10. Bezirk, Laxenburgerstraße 47 in der Zeit von 8-bis 9 Uhr vormittags einfinden.

Ein Antrag auf Einführung der ungarischen Sprache. In der letzten Stadtratssitzung brachte StR. Tomola nachstehenden Antrag ein: Das Unterrichtsministerium wird ersucht, einen Lehrplan für den Unterricht in der ungarischen Sprache als nicht obligater Unterrichtsgegenstand an Bürgerschulen auszuarbeiten und kundzumachen. Das Unterrichtsministerium wird ferner ersucht, die Prüfungskommission für das Lehramt an Volk- und Bürgerschulen in Wien durch die Ernennung von Prüfungskommissären für die ungarische Sprache zu ergänzen, damit die Möglichkeit geboten ist, staatlich lehrbefähigte Lehrpersonen für diese Sprache zu gewinnen. Der Antrag wurde der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Gegen die Verlegung der Steuer-Administrationen. In der letzten Stadtratssitzung ersuchten die Stadträte Grünbeck und Hötzel den Bürgermeister, gegen den Plan der Verlegung der Steuer-Administration für den 16. und 17. Bezirk in den Bezirk Währing eine entschiedene Verwahrung einzulegen. Der Bürgermeister versprach alles vorzukehren, damit die Wünsche der Steuerträger der genannten Bezirke berücksichtigt werden.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 24. Juli 1917. Nr. 267.

Geehrte Redaktion!

Der Herr Bürgermeister bittet, einen Vertreter zur Besichtigung des Modells und der Pläne der Kaiser Karl Kriegerheimstätte Aspern morgen, Mittwoch 6 Uhr abends im Stadtrat-Sitzungssaale, zu entsenden.

Regelung der Preise in den städtischen Badeanstalten. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Zatzka beschlossen, eine Regelung der Preise in den städtischen Badeanstalten eintreten zu lassen. Durch diese Regelung sollen die Preise in sämtlichen städtischen Badeanstalten auf eine gleiche Höhe gebracht werden und ferner eine Erhöhung zur Deckung der außerordentlich gestiegenen Personallöhne und Materialpreise eintreten. Die Erhöhung soll in der billigeren Klassen nur eine geringfügige in den teureren Klassen etwas größer sein. Nach den vorliegenden Anträgen werden die Preise für die Volksbäder zweiter Klasse von 10 h (mit oder ohne Wäsche) auf 12 h ohne Wäsche und auf 16 h mit Wäsche, für Volksbäder 1. Klasse von 30 h auf 40 h mit Wäsche erhöht, während der Preis von 30 h für eine Bad ohne Wäsche aufrecht bleibt. StR. Spalovsky beantragte die Preise wie folgt festzusetzen: 2. Klasse 10 h ohne Wäsche, 12 h mit Wäsche. 1. Klasse 40 h ohne Wäsche, 50 h mit Wäsche. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Für das Theresienbad wurden die vom Referenten beantragten erhöhten Preise nach einem Antrage des StR. Müller wie folgt herabgemindert.: Wannenbad u. zw. Extrapad auf 1 K 50 h, erste Klasse auf 1 K 25 h, zweite Klasse auf 1 K, dritte Klasse auf 50 h. Dampfbad erste Klasse 1 K 25 h, zweite Klasse 80 h. Ebenso wurden beim Kaiser Franz Josef Bad im 17. Bezirk über Antrag des StR. Grünbeck und beim Dampf- und Wannenbad im 21. Bezirk über Antrag des Vize-Bürgermeisters Hof die nach dem Referentenantrag erhöhten Preise etwas herabgesetzt und zwar im Kaiser Franz Josefbad: Wannenbad erste Klasse 1 K 25 h, zweite Klasse 1 K 10 h, Dampfbad erste Klasse 1 K 25 h, zweite Klasse 90 h. Dampf und Wannenbad im 21. Bezirk: Wannenbad erster Klasse 1 K 25 h, zweite Klasse 1 K, Dampfbad erste Klasse 1 K 25 h, zweite Klasse 80 h. Der Preis für ein Familienbad des Strandbades „Gänsehüfel“ wurde über Antrag des StR. Jung auf 1 K 50 h erhöht. Die neuen Badepreise werden mit 1. August l. J. gelten. Die Bade- und Schwimmunterrichtspreise für Kinder in den städtischen Schwimmbädern und die den Schulkindern Mittelschülern und den Zöglingen der Jugendfürsorgevereine eingeräumten Begünstigungen erfahren keine Veränderung.

Subventionen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hierhammer dem Wiener Schützen-Vereine für die k. k. Landsturmschützenschule und dem Deutschmeister Schützenkorps für seine Schießschule eine Subvention von je 10.000 K bewilligt.

Auszeichnung nach dem Tode. Dem vor dem Feinde gefallenen Leutnant i. d. R. des 33. Infanterie-Regimentes Dr. Julius Zumbel, Oberkommissär beim Wiener Fortbildungsschulrate, wurde das Militär-Verdienstkreuz 3. Klasse mit der Kriegsdekoration und den Schwertern verliehen.

Städtische Kunstpflege. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Schwer, zehn Darstellungen aus der zweiten Türkenbelagerung in Bleistift-, Tuschzeichnungen und gemischter Technik vom Maler W. O. Noltzsch (1835 bis 1908) ausgeführt für die städtischen Sammlungen anzukaufen.

Nachträgliche Anmeldung von Mindestbemittelten. Mit Genehmigung des Volksernährungsamtes und der Statthaltereidirektion hat der Magistrat festgesetzt, daß solche Mindestbemittelte, welche aus irgend einem Grunde die Erklärung im Mai l. J. nicht abgegeben haben und daher nicht im Besitze eines amtlichen Einkaufsscheines für Mindestbemittelte sind, von Donnerstag bis Samstag bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission unter den gleichen Voraussetzungen sich anmelden können. Mitzubringen sind der polizeiliche Meldezettel, eine Personal-Legitimation (Geburtschein, Heimatschein, Arbeitsbuch oder dgl.) und der erhaltene weiße amtliche Einkaufsschein. Die Erklärungsannahme erfolgt jeden Tag in der Zeit zwischen 8 und 12 Uhr vormittags und zwischen 2 bis 5 Uhr nachmittags u. zw. für die Buchstaben

A bis H Donnerstag den 26.,

I bis Q am Freitag den 27.,

R bis Z am Samstag den 28.

In den Bezug des Wohlfahrtsfleisches können diejenigen, denen ein amtlicher Einkaufsschein für Mindestbemittelte zugewilligt wird, mit dem 6. August treten.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 25. Juli 1917. Nr. 238

Wiener Kriegerheimstätten.
=====

Das Kuratorium des Wiener Kriegerheimstättenfonds hielt am 24. d. M. unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner als Ober-Kurators seine erste Vollversammlung ab. Es waren erschienen die Ober-Kuratoren-Stellvertreter Ministerialrat Dr. Franz Meinzinger Edler von Meinzingen, Gemeinderat Leopold von Steiner, die Kuratoren Sektionsrat Dr. Pauer, Ministerialrat Poppr, Finanzrat Hovansky, Landesauschuß Kunschak, Gemeinderat Dr. Stich, weiters in Vertretung der Militärverwaltung Oberleutnant Dr. Richard Röhr und Dr. Gustav Schwab, in Vertretung der Zentralstelle für Wohnungsreform Hofrat Dr. Rudolf Maresch und Oberbaurat Julius Koch.

Oberkurator Dr. Weiskirchner begrüßte die Erschienenen und gab der Genugtuung Ausdruck, daß die Initiative der Gemeinde Wien auf fruchtbaren Boden gefallen sei und die Sache der Wiener Kriegerheimstätten nunmehr zu jenem Punkte gebracht wurde, welcher bei den jetzigen Kriegsverhältnissen überhaupt erreichbar ist.

Der von der Regierung bestellte Oberkurator-Stellvertreter Ministerialrat Dr. von Meinzinger richtete folgende Ansprache an den Bürgermeister: Eure Exzellenz gestatten, daß ich Sie im Namen der staatlichen Kurie als Oberkurator des Wiener Kriegerheimstättenfonds auf das herzlichste begrüße und Ihnen zugleich den Dank der hier vertretenen Ministerien für die Annahme der Wahl ausspreche. Gewiß diese Wahl war selbstverständlich, denn ich verrate in diesem Kreise sicherlich kein Geheimnis, wenn ich sage, daß die Bildung dieses Fonds vor allem das Werk Eurer Exzellenz ist, wir es nur Ihrer unermüdeten Ausdauer zu danken haben, daß wir uns heute hier versammeln können. Schwierigkeiten gab es ja manche, und wenn ich zurückschauend die nunmehr glücklich überwundenen Hemmnisse im Hinblick auf Ziele und Zwecke des Fonds verfolge, so fällt mir unwillkürlich der Volkspruch ein: „Gut Ding braucht Weile“. Wir wissen aber auch, daß jedes gute Ding noch etwas mehr als Weile braucht, vor allem den Willen und die Lust zu schaffen. Diesen Willen und die Lust sehen wir in Eurer Exzellenz verkörpert; aber auch wir sind bereit, uns voll und ganz in den Dienst der schönen Sache zu stellen, zum Besten der Stadt Wien, zum Wohle unserer Mitbürger, vor allem zur Verbesserung des Loses der heimgekehrten Krieger. Wir werden uns stets vor Augen halten, welchen Dank wir diesen schulden und getragen von diesem Gefühle der Dankbarkeit bestrebt sein, für alle Einrichtungen zu sorgen, welche zu deren Wohle bestimmt sind. Die erste von uns zu errichtende Kriegerheimstätte darf zufolge Allerhöchster Genehmigung den Namen „Kaiser Karl Kriegerheimstätte Aspern“ tragen. Kaiser Karl und Aspern! Der Stolz und die Liebe jedes Oesterreichers liegen in diesen Worten, die für uns feste glorreiche Begriffe geworden sind, als Symbole für uns, in welchem Geiste wir an die Schaffung unseres Werkes zu gehen haben. Wir sind überzeugt, daß niemand besser als unser allverehrter Herr Bürgermeister Seine Exzellenz Dr. Weiskirchner verstehen wird, als Oberkurator des uns anvertrauten Fonds in diesem Geiste zu wirken und so begrüße ich im Namen der staatlichen Kurie Seine Exzellenz auch in diesem Sinne als treuen Hüter aller Traditionen, die in den uns so lieb gewordenen Worten Kaiser Karl, Aspern und Wien zusammen klingen.“

Namens der Zentralstelle für Wohnungsreform gab Hofrat Dr. Rudolf Maresch dem Dank für die Berufung und der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit Ausdruck.

Der administrative Berichterstatter Magistratsrat Dr. Sagmeister brachte sodann die bisherigen Arbeiten und Ergebnisse, wobei besonderes Gewicht auf die gewerbliche und landwirtschaftliche Betätigung der Anzusiedelnden gelegt wurde, zur Kenntnis des Kuratoriums und berichtete über die mit der Gemeinde Wien und dem Aerar hinsichtlich des Baugrundes abzuschließenden Baurechtsverträge. Er berichtete weiter über die bisherigen Stiftungen und Widmungen sowie über die Finanzierung der Kaiser Karl Kriegerheimstätte Aspern, welche mit 50 % des Erfordernisses durch Pfandbriefe der nied. österr. Landes-Hypotheken-Anstalt (2,500.000 K), mit 40 % durch Darlehen (2,000.000 K), mit 10 % durch den Barbeitrag der Gemeinde Wien zu erfolgen hat.

Der technische Berichterstatter Ingenieur Dr. Odlemund erstattete sodann einen ausführlichen Bericht über den Stand der Projektarbeiten. Derselbe wurde wirkungsvoll unterstützt durch das in der Mitte des Saales aufgestellte vollständige Modell der ganzen Siedelung. Ebenso lagen die in einem Maßstabe von 1:200 bereits fertig gestellten Pläne dem Kuratorium vor. In Arbeit begriffen sind die Vorausmaße und Voranschläge. Mit den Erdarbeiten und der Kanalisierung könnte im Herbst begonnen werden, wenn dies die Kriegsverhältnisse zulassen. Der Baugrund umfaßt 125.088 m² und ist 300 m lang und 400 m breit. Er ist ca. 500 m vom östlichen Ortsausgange von Hirschstetten gelegen, die Entfernung der Straßenbahn beträgt von der Mitte der Anlage gerechnet 600 m. Es sind aber Verhandlungen im Zuge, um eine eigene Abzweigung der Straßenbahn für die Kolonie zu sichern. In der Anlage selbst sind sechs Straßenzüge vorgesehen. Die Mitte der ganzen Anlage nimmt eine große Spielwiese ein. Die Verbauung geschieht in Vier- und Zweifamilienhäusern, in Gruppen zusammengefaßt, welche zusammen 719 Wohnungen bieten werden. Bei einem Bewohnerstand von rund 5 Personen wird die Kolonie etwa 3600 Einwohner zählen. Neben den Wohnungen sind 12 Geschäftsläden und 9 kleinere Werkstätten an verschiedenen Punkten vorgesehen. Jede Wohnung besteht aus Zimmer, Kammer und Küche, sowie einem kleinen Vorraum, weiters hat jede Wohnung eigenen Abort und Speise, alle Wohnräume sind direkt reichlichst belichtet. In jedem Hause sind Waschküche und Dachbodenraum vorgesehen. Jede Partei wird einen eigenen Keller haben, der etwas größer als sonst üblich bemessen ist, um das Aufbewahren von Gemüse zu ermöglichen, welche in einem für jede Wohnung getrennten Gemüsegarten bezogen werden können. An besonderen Bauten ist ein Verwaltungsgebäude, welches auch eine Bücherei, eine Kanzlei, die Wohnung des Verwalters und im Untergeschoß Badeanlagen umfassen wird, projektiert. Die Kinder der Kolonisten sollen in einem Kindergarten, welcher für 300 Kinder berechnet ist, Aufnahme finden. Ein größerer Bau, der zudem noch erweiterungsfähig gedacht ist, ist das Werkstättenhaus. Auch ein Gasthausgebäude ist geplant. Für eine Kirche oder Kapelle ist ein Platz vorgesehen, doch sind die Mittel hierfür in dem bisher dem Wunde zur Verfügung stehenden Beträgen nicht enthalten und es wird gewünscht, daß durch Widmungen und Stiftungen für diesen Bau die nötigen Summen beschafft werden.

Der technische Berichterstatter gab zum Schlusse der Erwartung Ausdruck, daß die neue Anlage sich als gesundheitlich musterhaft bewähren und in städtebaulicher Beziehung ohne kleinliche Dekorationsmittel abwechslungsreich wirken werde.

Gemeinderat von Steiner regte zu diesem Berichte an, daß es Stiftern

ermöglicht werden solle, die besondere Ausgestaltung einzelner Objekte auf eigene Kosten zu bewirken. Berichterstatter erklärt sich hiemit einverstanden, unter der Voraussetzung natürlich, daß die betreffenden Objekte sich dem Gesamtbilde harmonisch einfügen.

Hofrat Maresch äußert den Wunsch, daß für besonders kinderreiche Familien auch größere Wohnungen vorgesehen werden, denn wenn auch das vorgesehene Wohnungsausmaß gegenüber den heutigen Verhältnissen arbeitenden Bevölkerung einen Fortschritt darstelle, müsse doch mit der hoffentlich in späteren Generationen eintretenden höheren Wohnungskultur gerechnet werden. Diese Anregung wird bei der Ausarbeitung der weiteren Einzelpläne berücksichtigt werden.

Oberbaurat Julius Koch brachte Bauerleichterungen zur Sprache.

Zum Schlusse wurde nach einem weiteren Antrage des technischen Berichterstatters die Erbauung einer Schlepplahnanlage zur Zubringung der Baumaterialien genehmigt.

Nach Erledigung der Tagesordnung gab Oberkurator Dr. Weiskirchner der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Wiener Kriegerheimstättenfonds durch einen baldigen Frieden ermöglicht werden möge, ehestens an die Durchführung seines Werkes zu schreiten.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amtsärzte wurde vom Ober-Stadtphysikus Dr. Böhm der Sanitäts-Hauptbericht für den Monat Juni erstattet. Der Krankenstand und die Sterblichkeit sind im Berichtmonat ziemlich stark zurückgegangen, waren aber immer noch viel höher als in den Vorjahren. In die armenärztliche Behandlung sind 9.721 Fälle gegen 11.358 im Vormonate und 9.357 im Juni des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 1704, auf jene der Verdauungsorgane 2108, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 845 Fälle. Die Infektionskrankheiten weisen seit dem Herbst des Vorjahres einen ganz ungewöhnlich niedrigen Stand auf. Aus der Zivilbevölkerung liefen 558, bezüglich Militärpersonen 64 Anzeigen ein. Im Berichtmonate starben 3345 Zivil- und 537 Militärpersonen, zusammen 3882 gegen 4474 im Vormonate. Die größte Zahl der Todesfälle entfielen auf die Tuberkulose mit 923 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 55,07 % das weibliche mit 44,93 % beteiligt. Im Monate Juni wurden 24 gerichtliche und 98 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen.

Kommunale Auszeichnungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des St.R. Spalovsky beschlossen, den Gemeinderate zu empfehlen, den Handelskammerrate kaiserlichen Rat Franz Wegel-Leckl anlässlich seines 50 jährigen Berufsjubiläums als Kleidermacher, seines 40 jährigen Meisters-Jubiläums und seines 25 jährigen Jubiläums als Präsident des Reichverbandes der Kleidermacher Oesterreichs in Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste auf dem Gebiete des Wiener Gewerbes das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen zu verleihen.

Subventionen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hierhammer dem Wiener Schützen-Vereine für die k.k. Landsturmschützenschule und dem Deutschmeister Schützenkorps für seine Schießschule eine Subvention von je 1000 K bewilligt.

Eine neue Kriegsküche. Die Kriegsküche Nr. 48 in Floridsdorf Brünnerstraße 179 wird am 31 d.M. den Betrieb aufnehmen. Anmeldungen werden dort morgen und Freitag von 12 bis 2 Uhr mittags und von 5 bis 7 Uhr abends entgegengenommen.

269

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.

Wien, 25. Juli 1917. abends. Nr. 269

Beflaggung. Ueber Anordnung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurden heute die städtischen Gebäude einschließlich des Rathauses aus Anlaß der Erfolge an der Ostfront beflaggt.

ad Wiener Kriegerheimstätten.
=====

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hatte für heute abends die Vertreter der Tagespresse zu einer Besichtigung des Modelles und der Pläne der Kaiser Karl Kriegerheimstätte, die bekanntlich in Aspern-Hirschstetten errichtet werden soll, eingeladen. Außer den beteiligten Beamten hatten sich auch die beiden Kurator-Stellvertreter Ministerialrat Dr. von Meinzinger und Stadtrat von Steiner eingefunden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte mit herzlichen Worten die Herren und betonte, daß Wien das erste deutsche Gemeinwesen ist, welches in dieser Form für die Krieger sorgt. Schon vor zwei Jahren sei mit den Vorarbeiten begonnen worden, nunmehr habe sich das Kuratorium konstituiert und es könne, so bald es die Verhältnisse erlauben, mit der Arbeit begonnen werden. Er hoffe die Herren ehestens zu einer Grundsteinlegung einladen zu können. Mit der Errichtung der Kriegerheimstätte werde ein Bau entstehen, welcher der Stadt Wien zur Ehre und zum Ansehen gereichen soll und durch den hohe Wohlfahrtsziele verwirklicht werden sollen. Mit der Kolonie verbinde die Gemeinde jedoch auch eine zielbewusste Wohnungspolitik. Der Bürgermeister gab der Erwartung Ausdruck, daß vermögende Personen und größere Unternehmungen reges Interesse für die Kriegerheimstätten-Bewegung zeigen und durch Widmungen und Stiftungen diese Wohlfahrtsaktion in welchem Maße fördern werden.

Stadtbaudirektor Dr. Goldemann erörterte nun das technische Projekt und der Vorstand des Wohnungsamtes der Stadt Dr. Saameister Wien/erläuterte die juristische und finanzielle Seite des Projektes.

Verschiedene Anfragen, die von den Anwesenden über Details der Ausführung und Einrichtung der Skizze gestellt wurden, wurden von den Referenten in erschöpfender Weise beantwortet.

Der Bürgermeister dankte zum Schlusse den ~~Herrn~~ Vertretern der Presse für ihr reges Interesse an der Sache und dankte auch den Stadtbaudirektor und den Magistratsreferenten für die wertvolle Unterstützung in der Betätigung der Gemeinde bezüglich der Wohnungsfürsorge.

Wiener Rathaus-Korrespondenz. 270

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michien,
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 26. Juli 1917. Nr. 270.

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarten. Die nächste Hauslistenabgabe findet am Samstag, den 28. Juli statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, den 4. August die Brot- und Mehlkarten für die 122. bis 129. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 47. bis 54. Woche, die Zuckerkarten für den Monat September, die Kaffeekarten für die Zeit vom 4. August bis 29. September und die Milchkarten für die 25. bis 32. Woche ausgegeben werden. Da die ordnungsmäßige Karten-Ausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hiefür angesetzte Termin genau einzuhalten und wird es sich empfehlen, daß die Leser dieser Mitteilung die Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen.

Fachkurs für Jugendfürsorge. Der Fachkurs für Jugendfürsorge, veranstaltet vom städtischen Jugenamt und dem Verbands der Wiener Tagesheimstätten beginnt gemeinsam mit dem vom Kuratorium der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung für Kriegerwitwen (Sektions Offizierswitwen) veranstalteten Fachkurs für Hortleiterinnen und Horterzieherinnen am Mittwoch den 18. d. M. die Schlußfeier unter dem Vorsitz des k. k. Landesschulinspektors Hofrates Dr. Rieger. Der Fachkurs wurde von 130 Gästen und 18 ordentlichen Teilnehmerinnen, darunter 8 des Kuratoriums, besucht. Von diesen 18 haben sich 16 der Abschlußprüfung unterzogen. 3 davon erhielten ein Zeugnis mit vorzüglichem Erfolg, 11 mit Erfolg und zwei wurde die Wiederholungsprüfung aus je einem Gegenstand im Herbst gestattet.

40 Jahre Hausbesorgerin in einem städtischen Haus. Der Frau Marie Berndt, welche durch 40 Jahre Hausbesorgerin im Bürgerspital-Fondshause 1. Bezirk Gonzagagasse 7 ist, wurde die Ehrenmedaille für 40 jährige treue Dienste verliehen. Der Vorstand der Magistrats-Abteilung für städtische Liegenschaften, Magistrats-Sekretär Dr. Handler überreichte ihr vor einigen Tagen die Auszeichnung.

Städtisches Wohlfahrtsamt. Dieses neu geschaffene Amt hat seine Tätigkeit im Rathaus 2. Stock (ehemalige Räume der Stadtbuchhaltung-Abteilung 12) begonnen.

Ein neues Luft- und Sonnenbad. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Schneider die Errichtung eines Luft- und Sonnenbades bei dem im Kuchelauer Hafen befindlichen Strombad Brigittenau-Floridsdorf mit dem Kostenbetrage von 2000 Kronen. Für die Benützung der neuen Badeabteilung wurde ein Zuschlag von 20 Hellern zu der für das Strandbad gelösten Karte festgesetzt. Die neue Anlage wird sich auf der Dammböschung zwischen dem Donaustrom und dem Kuchelauer Hafen befinden und die Ueberfuhr der Badegäste würde mit Zillen bewerkstelligt werden. Das Strombad liegt in unmittelbarer Nähe der Bahnstation Kahlenbergdorf.

Aufhebung des Rauchverbotes auf den Straßenbahnen. Der Stadtrat beschloß in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des StR. Schneider das Rauchverbot auf den Beiwagen der städtischen Straßenbahnen aufzuheben. Der Beschluß tritt, ab 1. August in Kraft.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Dr. Friedrich Edlen von Tepper und Karl Lachmayer zu Magistrats-Kommissären, Dr. Oskar Himmelsbauer, Dr. Ferdinand Holzer und Dr. Alois Wanyek zu Magistrats-Konzipisten im Stande der rechtskundigen Beamten; Dr. Mathias Pöschmüller zum Sekundararzt erster Klasse, Ingenieur Franz Pfannl zum Bau-Kommissär im Stadtbauamte, Anton Wagner zum Feuerwehr-Oberinspektor, Otto Josef Schöpfleuthner zum Kommissär und Stefan Pfeiffer zum Akzessisten des Konskriptionsamtes.

Neue Armenräte. Der Stadtrat hat die Wahl des Adalbert Kallander zum Obmann-Stellvertreter der 7. Sektion des 3. Bezirkes, des Otto Cüllmann (Neubau), Franz Haller und Raimund Effenberger (Fünfhaus), Johann Enzfelder, Josef Richter jun., Michael Kräftner und Johann Hörl (Hernals), Ludwig Hron (Brigittenau) und Max Okrouchlik (Floridsdorf) zu Armenräten bestätigt.

Ueberreichung der Auszeichnung an Gemeinderat Baron. Gestern hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner begleitet vom Ober-Kurator von Steiner dem gewesenen Stadtrat kaiserlichen Rat Baron auf seinem Besitz Lindenhof bei Hainfeld besucht, um denselben die ihm vom Gemeinderate verliehene doppelt große goldene Salvator-Medaille zu überreichen. Der Bürgermeister begleitete die Ueberreichung mit Worten herzlicher und aufrichtiger Anerkennung für die nimmer müde Pflicht-treue und Hingebung, mit welcher kaiserlicher Rat Baron stets dem öffentlichen Interessen gedient habe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er fern von den Geschäften wieder volle Gesundheit erlangen werde, zur Freude seiner vielen Bekannten und Anhänger. StR. von Steiner beglückwünschte den Ausgezeichneten namens des 19. Bezirkes und entschuldigte den Bezirksvorsteher Kuhn, welcher derzeit zum Kurgebrauche in Gastein welle. Tiefgerührt dankte Baron für die ihm erwiesene Ehre.

Ehrung eines Arbeiters. Bürgermeister Dr. Weiskirchner überreichte heute in seinem Empfangszimmer an den Arbeiter Alois Verilly, der vor kurzem das Jubiläum seiner 60 jährigen Dienstleistung bei der Firma F. Rollinger im 12. Bezirke begangen hat, aus diesem Anlasse ein Ehrengeschenk der Gemeinde von 200 K. Der Bürgermeister sagte in seiner Ansprache, daß es zu den erhebensten Akten zähle, wenn er Verteranen der Arbeit gegenüber stehe und ihnen den Dank der Gemeinde zum Ausdruck bringt. Ein Fall aber wie der heutige sei wohl äußerst selten, und es sei Pflicht der Oeffentlichkeit, hievon dankbarst Kenntnis zu nehmen. Nichtminderer Dank und Anerkennung aber gebühre der Firma, welche es verstehe, durch Dezenien hindurch Arbeiter in ihren Diensten zu behalten. Der Bürgermeister erwähnte schließlich noch, daß der heute von der Gemeinde geehrte auch bereits zweimal vom Kaiser ausgezeichnet worden ist. Dem Ausgezeichneten beglückwünschten sodann noch Bezirksvorsteher Adlersflügel und Stadtrat Müller, worauf Bezirksrat Reichardt namens des Ausgezeichneten und der Chef der Firma Karl Schulta sen. namens des Unternehmens dem Bürgermeister für die Ehrung dankten.

Auskunftei für Sommerwohnungen. In der städtischen Auskunftei für die Vermietung von Sommerwohnungen in Niederösterreich wurden bis Ende Juni 890 Wohnungen in 58 Gemeinden angemeldet. Vermietet wurden insgesamt 193 Wohnungen.

271

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Donnerstag 26. Juli abends № 271.

=====

Zur Kohlenversorgung. In mehreren Tagesblättern sind Berichte über eine am 24. d.M. abgehaltene Sitzung im Rathaus erschienen. Zur Aufklärung wird mitgeteilt:

Gegenstand der Sitzung bildete die Regelung grundsätzlicher Fragen für die Einführung von Kohlenkarten daher u.a. auch die Frage der Rayonierung, die Aufrechterhaltung des Sackgeschäftes, die Versorgung der Abgabestellen mit Kohle und die Regelung des Absatzes bis zur Einführung der Kohlenkarte. Die Besprechung hatte rein informativen Charakter und hatte den Zweck, die Anschauung der Groß- und Kleinhändler über die Lösung dieser Frage kennen zu lernen. Beschlüsse wurden in der Versammlung nicht gefasst. Es sind daher alle in den Blättern enthaltenen Nachrichten und Urteile über angebliche „Beschlüsse“ nicht zutreffend.

Die Beheizung der Schulen und der Kohlenmangel. Der Wiener Stadtrat hat über Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner einstimmig beschlossen, schon jetzt gegen den Plan im Falle Kohlenmangels die städtischen Schulen im Winter zu schließen entschieden Verwahrung einzulegen, da im Falle eines solchen Notstandes nach seiner Ansicht die Schulen den Kindern über die übliche Schulzeit noch zur Verfügung gestellt werden müssen, eventuell auch die Turnsäle der Bevölkerung als Wärme- stuben zu überlassen wären. Der Bürgermeister wurde ersucht, dieser Anschauung des Stadtrates bei den ^{kompetenten} Regierungsorganen Geltung zu verschaffen.

27. Jahrg, Wien, Freitag, 27. Juli 1917. Nr. 272

Knochensammlung.

In nächster Zeit soll in ganz Oesterreich eine umfassende Aktion zur Sammlung jener Knochen zur Durchführung gelangen, die bisher in den Haushaltungen verbrannt oder sonst vernichtet worden sind. Diese Sammlung bezweckt, das Material der Fettgewinnung zuzuführen. Man erhofft sich aus dieser Aktion eine sehr bedeutende Fettausbeute, da solche Knochen im Durchschnitt 7-8 % Fett enthalten und die Knochenmenge, um die es sich handelt, eine sehr große ist; in Wien allein wird diese Menge auf 300 Waggon jährlich geschätzt. Bei der allein rationellen Art der Fettgewinnung aus solchen Knochen, nämlich durch Extraktion mittels Benzin, die keine Fettrückstände im Knochen zurücklässt, ist selbstverständlich nur die Gewinnung von sogenanntem „technischen Fett“ möglich, also von Fett zur Erzeugung von Kerzen, Seifen, Glycerin etc.; aber dadurch wird Fett für den menschlichen Genuss frei, das bisher infolge des dringenden Industriebedarfes diesem wichtigsten Zwecke entzogen werden musste. Die vollständig entfetteten Knochen eignen sich am besten für Dungzwecke und bilden einen wertvollen Ersatz für jenen Kunstdünger, der nicht mehr über See bezogen werden kann. Weiters kann daraus Knochenleim und Spodium für gewerbliche Zwecke (für Zuckerraffination etc.) gewonnen werden.

Diese Wichtigkeit der bisher nicht ausgenützten Knochen der Haushaltungen hat die Regierung veranlaßt, im Verordnungswege ein Verbot der Knochenvernichtung zu erlassen und die Sammlung dieser Knochen anzuordnen.

Ein guter Erfolg der Sammelaktion ist vom Standpunkte wichtiger Interessen der Bevölkerung dringend zu wünschen. Es wird erzielt werden, wenn jeder Haushalt in Stadt und Land im wohlverstandenen eigenen Interesse dabei durch sorgfältige Bewahrung und prompte Ablieferung der Knochen tatkräftig mitwirkt. Die Gemeinde Wien wird im Gebiete der Stadt die Sammlung im Anschlusse an die Hauskehrteinsammlung durchführen und der Magistrat daher im Wege einer Kundmachung einen dringenden Aufruf an alle Haushaltungen ergehen lassen, die Knochen getrennt vom Hauskehrt zum Sammelwagen zu bringen, wo sie in Säcken, die an dem Wagen befestigt sind, eingesammelt werden.

Ausgabe von Gutscheinen zum Bezuge von Freibrot. Die von der Gemeindeverwaltung getroffene Verfügung, daß besonders bedürftige Personen, die in der öffentlichen unentgeltlichen Ausspeisung stehen, einen Teil der ihnen von der Behörde zugewiesenen Brotmenge, nämlich 70 Gramm pro Kopf und Tag, unentgeltlich erhalten sollen, wird am 1. August d.J. verwirklicht werden. An diesem Tage wird in den öffentlichen Ausspeisestellen mit der Ausgabe von Gutscheinen begonnen werden, die den damit Beteiligten berechtigen, bei seiner Brotbezugsstelle gegen Abgabe der entsprechenden Anzahl Brotmarken wöchentlich einen halben Laib Brot umsonst zu beziehen. Die Abgabe der Brotmarken und die Vorweisung der Brotbezugskarte ist erforderlich, da es sich nicht um einen Zuschuß über die gesetzliche Brotmenge handelt- die Bemühungen der Zentralstelle, den in der Ausspeisung Stehenden ein Plus an Brot zu sichern, waren erfolglos- sondern der Gutschein nur den unentgeltlichen

Bezug von Brot ermöglicht. Der Gutschein lautet auf die Dauer von 4 Wochen und besteht aus 4 Abschnitten, deren jeder auf $\frac{1}{2}$ Laib Brot (420 g Brot) lautet. Von Woche zu Woche wird je ein Abschnitt mit dem Stampiglienaufdruck der Speisestelle versehen, wodurch der betreffende Abschnitt erst seine Giltigkeit erlangt. Die Brotabgabestellen nehmen die mit dem Stampiglienaufdruck versehenen, vom Gutscheine abgetrennten Abschnitte an Zahlungstatt an und senden sie an ihre Brotlieferanten ein. Diese, das sind die Brotfabriken, die Bäckergenossenschaften, die Konsumvereine u.a. haben bereitwilligst das Sammeln dieser Gutscheine übernommen und sprechen bei der Kriegsfürsorgezentrale, Abteilung für Ausspeiseaktion, 1. Neues Rathaus unter Einsendung der Gutscheine die darauf entfallenden Beträge an.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Knoll wird ein Grund in Leopoldau E.Z. 29 im Ausmaße von 7341 m² um 20.391 Kronen angekauft. - Der Bezug der „Grüße ins Feld“ wird nach einem Antrage des StR. Schwer auf ein weiteres viertel Jahr genehmigt. - Für das Kleider und Wäscheerfordernis der Kinderpflegeanstalt in der Siebenbrunnnergasse 78 wird nach einem Antrage des StR. Dr. Haas ein Betrag von 172.954 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Schneider wird die Erweiterung der beim Kriegsspital Grinzing bestehenden Gleitschleife für Zwecke der Kohlenbeförderung zum neuen Kohlenverkaufsplatz 19. Bezirk Grinzingerallee mit den Kosten von 14.000 Kronen genehmigt. - Der straßenmäßigen Ausgestaltung der Wehlstraße im 20. Bezirk vor dem Haus Nr 66 wird mit dem Erfordernisse von 7300 Kronen zugestimmt. - Die Herstellung der Flankenbüchlergasse im 21. Bezirk zwischen der Ostmarkgasse und Bessemerstraße wird mit dem Kostenbetrage von 10.200 K genehmigt.

Rückgabe städtischer Schulen. Die wiederholten Bemühungen des Bürgermeisters, jene Schulen, welche zu Beginn des Krieges für militärische Bequartierungen zur Verfügung gestellt werden mußten, wieder ihrem Zwecke zuzuführen, waren wenigstens zum Teile von Erfolg geleitet. Wie der Bürgermeister in der letzten Stadtratsitzung mitteilte, sind von 267 Schulen, welche für Bequartierungs und Spitalszwecke von der Gemeinde beigelegt wurden, nunmehr 91 Schulen wieder zurück gestellt worden, die Freimachung weiterer 10 Schulen vom militärischen Belage ist in Aussicht gestellt. Es kann nun daran gegangen werden, die Schulgebäude gründlich zu desinfizieren, zu reinigen und instand zu setzen. Wenn auch bei dem Mangel an Personal nur ein Bruchteil der rückgestellten Schulen schon im kommenden Schuljahr gebrauchsfähig sein wird, so kann doch damit gerechnet werden, daß in absehbarer Zeit wieder geordnete Schulverhältnisse Platz greifen werden. Der Stadtrat beschloß, dem Sekretär Dr. Hubmayer den Dank und Anerkennung für seine erfolgreiche Dienstleitung bei den Verhandlungen mit den militärischen Stellen auszusprechen. - Bei diesem Referate sprach StR. Schwer den Wunsch aus, daß dort, wo noch immer Wechselunterricht statt finden muß, wenigstens nur Mädchenschulen davon betroffen werden und in den Knabenschulen ausschließlich der normale Unterricht eingeführt werde. - StR. von Steiner gab die Anregung, daß wissenschaftliche Einrichtungen, die vom Militär angebracht wurden, soweit sie für Unterrichtzwecke verwendet werden können, in den Schulen verbleiben.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola dem Ansuchen des Bürgerschuldirektors Franz Prohaska, des Oberlehrers Hermann Habicher und des Bürgerschullehrers Wilhelm Schütz um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

273

27. Jahrg, Wien, Samstag, 28. Juli 1917. Nr. 272

Abgabe von Dörrgemüse an Mindestbemittelte. Ueber Auftrag des Amtes für Volkeernährung wird in der nächsten Woche an alle drei Gruppen der Mindestbemittelten Dörrgemüse (Mischgemüse) zum ermäßigten Preise von 36 Heller für je 10 dkg. abgegeben. Die Abgabe geschieht für die Gruppen 1 und 2 (grüner und blauer Einkaufsschein) am Montag, für die Gruppe 3 (brauner Einkaufsschein) am Dienstag. Die Abgabe erfolgt bei den Kartoffel abgabestellen und zwar vorzugsweise auf Märkten und in den Markthallen. In den Bezirken, in welchen sich weder Märkte noch Markthallen befinden, sind die Adressen der Abgabestellen bei der Marktamtsabteilung des betreffenden Bezirkes zu erfragen. Die Verkaufsstellen sind durch eine blaue Tafel mit der Aufschrift: „Abgabestelle für Mindestbemittelte“ gekennzeichnet. Die Abgabe ist an den Wohnbezirk gebunden. Der Verkauf erfolgt für die Gruppen 1 und 2 gegen Abtrennung des Abschnittes 2, für die Gruppe 3 gegen Abtrennung der Abschnitte 1 und 2 des amtlichen Einkaufsscheines. Auf jeden Einkaufsschein entfällt eine Menge von 10 dkg, welche in gekochten Zustände eine Menge von 1 Kg ergeben. Es sind alle Mindestbemittelten bei obigen Abgabestellen bezugsberechtigt, auch wenn sie ihren Einkaufsschein von einer Konsumentenorganisation abstempeln liessen.

Für Kriegsgefangene in Rußland. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des StR. Müller, einen Betrag von 3000 K für die nach Wien heimatsberechtigten Kriegsgefangenen des Lagers Werchne-Winsk zu widmen.

Nachricht aus Pechestschanka. Einer dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner zugekommenen Karte ist zu entnehmen, daß das Lager Antipicha mit jenem von Pechestschanka vereinigt wurde. Die in den beiden Lagern untergebrachten Wiener übermitteln dem Bürgermeister die herzlichsten Grüße mit dem Beifügen, daß sie mit Sehnsucht der Zeit harren, da sie ihre liebe Vaterstadt begrüßen können.

Armenlotterie. Nach dem vom Stadtrate genehmigten Rechnungsabschlusse der Armenlotterie 1916 betragen die Einnahmen 293.671 K und die Ausgaben 149.497 K. Es ergab sich demnach ein Reinertragnis von 144.174 K. An Losen wurden 398.522 Stück abgesetzt. Für die Anschaffung von Effektentreffern wurden rund 97.000 K verausgabt und diese bei 112 Lieferanten angekauft. Die Gemeindevvertretung konnte dadurch einem Teil jener Geschäftsleute, welche infolge des Krieges unverschuldet in ungünstige Verhältnisse geraten sind, einen willkommenen Verdienst zukommen lassen. Im Jahr 1918 veranstaltet die Gemeinde Wien die 103. Lotterie zugunsten der Armen Wien, welche mit der bisherigen erhöhten Zahl von 5.950 Treffern im Gesamtwerte von 200.000 K, darunter Haupttreffer in Barem zu 20.000 K, 2000 K, 1000 K, 500 K und 100 K, ausgestattet sein wird. Die Ziehung findet wie üblich am Fachingdienstag den 12. Februar 1918 statt.

NB. Der Korrespondenz liegen bei: das Verzeichnis Nr. 13 der Straf-erkenntnisse und eine Kundmachung der Gemeinde über Sammeln von Knochen

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 30. Juli 1917. Nr. 274.

Höchstpreise für ausländische Butter. Die Höchstpreise für ausländische Butter stellen sich im Kleinhandel bis auf weiteres wie folgt: K 13,15 per Kg für ausgeschnittenen Ware, K 13,35 per Kg für pakettierte Ware; es dürfen demnach für 12 dkg nicht mehr als K 1,58 bei ausgeschnittener Ware, K 1,60 bei pakettierter Ware berechnet werden.

Staatlicher Unterhaltsbeitrag. Die Ministerialverordnung zu Durchführung des neuen Unterhaltsbeitragsgesetzes bedeutet einen erfreulichen Erfolg der Petition, die der Wiener Stadtrat über Antrag des Bürgermeisters beschlossen hatte. Mehr als 500.000 Personen beziehen in Wien den Unterhaltsbeitrag. Wären für die Erhöhung neue Anmeldungen verlangt worden, so hätten die beteiligten Behörden beim besten Willen mehrere Monate zur Aufarbeitung benötigt. Im Sinne der Anregung des Wiener Stadtrates werden nun die Erhöhungen von Amtswegen und mit einer entsprechenden Ermächtigung der Zahlstellen zur vorschußweisen Auszahlung durchgeführt. Schon zwei Wochen nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, bei der Behebung der zweiten Augustrate werden die Ehefrau und die ehelichen Kinder des Fingerrückten und alle anderen Personen, die nachweisbar mit ihm vor seiner Einrückung im gemeinsamen Haushalte gelebt haben, zum erstenmal die erhöhten Beiträge erhalten. Gelegentlich der Auszahlung in der ersten Hälfte August, bei der die Parteien über Verlangen den Zahlungsbogen abzugeben haben, werden die Beiträge noch in der bisherigen Höhe flüssig gemacht. Neue Anmeldungen haben beim magistratischen Bezirksamte ihres Wohnortes nur jene Personen einzubringen, die bisher keinen Anspruch hatten (z.B. die nicht angetraute Lebensgefährtin), ferner die dauernd arbeitsunfähigen alleinigen Haushaltsgenossen des Fingerrückten, denen nunmehr die Gebühr im doppelten Ausmaße zukommt.

Vorrückung von Lehrpersonen. Nach einem Antrage des StR. Tomola wurden vom Stadtrate im Wege der Vorrückung ernannt: Leopold Niernberger und Franz Feucht zu Volksschullehrern 1. Klasse, Berta Schrötter zur Volksschullehrerin 1. Klasse, Ludwig Otmar und Karl Moßler zu Volksschullehrern 2. Klasse, Rosina Rauch, Emilia Billig, Hermine Johnscher, Josefina Rieger, Agnes Aigner und Friedericke Marschik zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

Rechtsschutz der Standesbezeichnung „Ingenieur“. Die Statthalterei hat mit dem Erlasse vom 3. Juli nachstehendes eröffnet: Gemäß der kaiserlichen Verordnung vom 14. März 1917 ist der Gebrauch des Dienstitels „Ingenieur“ sowie aller Dienstittel, bei welchen das Wort „Ingenieur“ in irgend einer Verbindung vorkommt, zur Bezeichnung von Dienststellungen aller Art außerhalb des Heeres- (Landwehr-) Verbandes, bzw. des Verbandes der Kriegsmarine unzulässig. Uebertretungen dieser Vorschrift werden bestraft. Da die kaiserliche Verordnung bereits mit 1. Mai 1917 in Wirksamkeit getreten ist, erscheint es unerlässlich, daß auch in gewerblichen Unternehmungen die allenfalls bestehenden Dienstittel, bei welchen das Wort „Ingenieur“ vorkommt, sofern dies nicht ohnehin schon erfolgt ist, außer Gebrauch gesetzt und durch anderweitige Dienstittel ersetzt werden. Infolge Erlasses des k.k. Handelsministeriums ergeht der Auftrag, hierauf alle in Betracht kommenden gewerblichen Unternehmungen aufmerksam zu machen.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 31. Juli 1917. Nr. 275.

Die Wohnungsverhältnisse Wiens. Dem Monatsbericht des Wohnungsamtes der Stadt Wien für Juni 1917 ist zu entnehmen daß die im Vormonate festgestellte Abnahme der leerstehenden Wohnungen im Berichtmonate nicht nur angehalten sondern auch auf die bisher nicht berührte Wohnungsgattung, nämlich jene der Kleinwohnungen übergegriffen hat. Während im Vormonate die Zahl der leerstehenden Kleinwohnungen noch um 154 gestiegen ist und der Rückgang ausschließlich bei den größeren Wohnungen auftrat, erstreckt sich jetzt die rückgängige Bewegung auf alle Wohnungsgattungen. Prozentuell ist allerdings der Rückgang bei den großen und Mittelwohnungen erheblich größer als bei den Kleinwohnungen. Bei der Würdigung dieser Tatsache wird zu berücksichtigen sein, daß der Berichtmonat der zweite Monat nach dem Kündigungsquartal war und daß naturgemäß von einem Quartal zum andern die frei stehenden Wohnungen mehr und mehr beansprucht werden. Die Ziffern für den Monat August werden seinerzeit erkennen lassen, ob es sich um eine zeitliche, durch die Ergebnisse der Vierteljahrsumzüge wieder aufgehobene, oder eine andauernde Bewegung handelt. Die Zahl der leerstehenden Geschäftsräume hat eine kleine Vermehrung erfahren. Die Zahl der angemeldeten Wohnungen und Geschäftsräume ist nicht erheblich größer als jene der leerstehenden, die Benützung des Wohnungsnachweises beschränkt sich daher vorläufig noch in der Hauptsache auf die leerstehenden Räumlichkeiten. Die Zahl der Wohnungssuchenden betrug 1199. Allgemeine Lage des Wohnungsmarktes: Die zum Teil im Vormonate und stärker im Berichtmonate festgestellte Verringerung der leerstehenden Wohnungen hat bisher eine merkliche Wirkung nicht geäußert. Der Bedarf kann angesichts der allgemeinen Ständigkeit der Wohnungsverhältnisse und der derzeit geringen Wanderbewegung befriedigt werden. Nur bei großen Wohnungen ist der Vorrat in den meisten Bezirken auf ein Mindestmaß zurückgegangen.

Gemeindevermittlungsämtler. Die Verhandlungen der Gemeindevermittlungsämtler Mariahilf und Neubau finden im August am 1., 8., 22. und 29. statt.

Ein Kinderbad im Wienflusse. Gemeinderat Kunschak hatte in der letzten Gemeinderatsitzung den Antrag gestellt, besonders geeignete Teile des Wienflußbettes als Kinderbad und Tummelplatz nutzbar zu machen. Im Sinne dieses Antrages wird nun ein Kinderfreibad auf einem Wiesengrund in hochwasserfreier Lage in Hütteldorf errichtet werden. Das Bad wird eine Länge von 10 m, eine Breite von 30 m und eine Tiefe von 70 cm messen und mit Wasser aus dem Wienfluß gespeist werden. Da der Platz ringsherum Wiesengrund ist, kann er zum regelrechten Spielbetrieb verwendet werden. Der Stadtrat hat nach einem Antrag des StR. Poyer die bezüglichen Anträge genehmigt.

Die österr.-ung. Ferienkolonie in der Schweiz. Frau Gerta von Einem, die Gattin des Obersten und österr. ung. Militärattachés von Einem in Bern, hat die Idee „Wiener Kinder aufs Land“ bekanntlich aufgegriffen und zu einer großzügigen Aktion „Oesterreichisch-ungarische Kinder in die Schweiz“ ausgestaltet. Unermüdlich sammelte sie Geldmittel, die sie in die Lage versetzten, einer bedeutenden Anzahl erholungsbedürftiger und mittelloser Kinder die Wohltat eines Ferienaufenthaltes

in der prächtigen Schweiz zu gewähren. Als die Mittel gesichert waren, war es ihre nächste Aufgabe, einen passenden Ort ausfindig zu machen. Ihre Wahl fiel auf das idyllisch gelegene Einsiedeln, das in einer Höhe von 908 m gelegen, rings von Wäldern umgeben, einen geradezu idealen Luftkurort darstellt. Da der Strom der Pilger, der sich sonst nach Einsiedeln ergießt, durch den Krieg stark eingeschränkt wurde, stand eine große Anzahl von Hotels für die Unterbringung der Kinder zur Verfügung. Eine Gruppe besonders erholungsbedürftiger kränklicher Kinder wurde im Luftkurort Iberg in der Nähe von Einsiedeln untergebracht. Auch diese Vorarbeiten, die Unterhandlungen mit den Gasthofbesitzern, die Festsetzung der Verpflegungsgebühren leitete ebenfalls Frau von Einem mit größter Umsicht. Die Auswahl der Kinder erfolgte in Wien durch die Aktion „Wiener Kinder aufs Land“ unter der umsichtigen Leitung des Bezirksschulinspektors Prof. Dr. R. Richter und durch das städtische Jugendamt. Es wurden im ganzen bereits 1157 Kinder in drei Gruppen mit Seperatzügen in die Schweiz entsendet. Davon entfiel jedesmal die Hälfte auf Wiener Kinder, die andere Hälfte umfasste Kinder aus Graz, Prag, Brünn und Budapest. Die Kinder sind gewöhnlich in Gruppen von 20 bis 25 unter einer Aufsichtsperson, die Mittelschüler unter Aufsicht eines Professors in je einem Hotel untergebracht. Ihre Verpflegung ist trefflich und überaus reichlich. Besonders wertvoll ist für die erholungsbedürftige Jugend der Genuß der ausgezeichneten Alpenmilch und Schokolade, die zwei bis dreimal täglich in ausgiebigen Mengen gereicht werden. Aber auch in jeder anderen Hinsicht zeigt sich die Bevölkerung von Einsiedeln unserer Jugend gegenüber überaus entgegenkommend und freundlich. Der Erzabt des berühmten Benediktinerklosters P. Dr. Thomas begrüßte die Kinder mit einer Ansprache und erteilte ihnen seinen Segen, der Oberpfarrer P. Peter Fleischlin hält für die Jugend jedem Sonntag eine Exhorte, der Ortschaftspräsident Kantonalrat Frei stellt nicht nur die Turnhalle der Schule zur Verfügung, wo in regelmäßigem Turnus Turnstunden abgehalten werden, sondern gestattete auch tägliche Benützung der großen Jugendspielplätze bei der Schule. Der Arzt Dr. Linhart ordiniert für Kranke und Marode in der uneigennützigsten Weise, das Frauenhilfskomitee von Einsiedeln besorgt die Ausbesserung der Kleider und Wäsche. Zahlreiche Bewohner von Einsiedeln beschenken die Kinder wiederholt mit Ansichtskarten und Schokolade. So wirken alle Kreise der Bevölkerung zusammen, unserer erholungsbedürftigen Jugend den Aufenthalt in der Schweiz zu einer bleibenden schönen Jugenderinnerung zu machen. Und nicht vergessen werden darf die ebenfalls von Frau von Einem angeregte Wohltätigkeitsaktion der österreichisch-ungarischen Hilfsvereine von Zürich und Luzern, welche eine große Anzahl von Kindern mit Kleidern und Wäsche ausstatteten. Frau von Einem hält ihr Werk damit aber noch nicht für abgeschlossen. Eine weitere Gruppe von Kindern soll auch am 1. September auf 6 Wochen in die Schweiz abgehen und auch für das nächste Jahr hat sie, weil die Ernährungsverhältnisse bei uns sich bis dahin leider wohl nicht sehr bessern werden, eine Wiederholung der heurigen, so erfolgreichen, edlen Aktion ins Auge gefaßt.

Bezirksvertretung Leopoldstadt. Nach 35 monatigem Frontdienst ist Bezirksvorsteher Dr. Blasel zurückgekehrt und hat die Amtsgeschäfte wieder übernommen. Er ist täglich von 11 bis 1 Uhr vormittags in der Bezirksvorsteherung für Parteien zu sprechen.